

19. DGB-Bundeskongress

2. Tag – Montag, 17. Mai 2010

(Beginn des 2. Kongresstages: 9.06 Uhr)

Edeltraud Glänzer, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir hoffen, Ihr hattet gestern einen schönen Abend mit guten Gesprächen und viel Spaß. Bevor wir jetzt gleich in die Tagesordnung einsteigen, noch einige organisatorische Hinweise, aber vor allem die Bitte an alle Delegierten, jetzt ihre Plätze einzunehmen, damit wir gemeinsam durchstarten können.

Einige organisatorische und allgemeine Hinweise: Robert hatte gestern auf die elektronischen Kommunikationsmittel hingewiesen. Ich bitte Euch heute Morgen, Eure Handys lautlos zu stellen. Insbesondere diejenigen, die sich in der Nähe der Bühne aufhalten, bitte ich, die Handys ganz abzuschalten; denn wir wissen, dass diese die Übertragungsanlage stören.

Robert hatte gestern schon darauf hingewiesen, dass der DGB-Kongress live im Internet übertragen wird und anschließend auch zu dokumentarischen Zwecken in der gesendeten Fassung online archiviert wird. Bitte denkt daran bei Euren Wortbeiträgen, aber nicht nur dabei.

Ein weiterer Hinweis zu den Reisekosten: Die Reisekostenabrechnungen sind bitte ausgefüllt, unterschrieben und mit den notwendigen Belegen bis spätestens heute Mittag, 12 Uhr, bei der DGB-Reisekostenstelle abzugeben.

Der letzte organisatorische Hinweis: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihr habt auf Euren Plätzen das Tagesprotokoll vorliegen. Herzliche Bitte an Euch: Die Korrekturen, falls von Eurer Seite Korrekturen notwendig erscheinen, können bis heute Mittag, 12 Uhr, an der Wortmeldestelle abgegeben werden.

Soweit die allgemeinen und organisatorischen Hinweise.

Für heute steht ja auf der Tagesordnung, dass wir am Vormittag die Wahlen vornehmen werden, und zwar zunächst die Wahl des Vorsitzes, dann die Wahl des stellvertretenden Vorsitzes, dann die Wahl der weiteren drei Geschäftsführenden Bundesvorstandsmitglieder. Die letzte Wahlhandlung ist dann die Wahl der Revisionskommission. Im Zusammenhang mit den Wahlen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ganz wichtig, dass alle Delegierten, die an der Wahl teilnehmen möchten, auch ihre Wahlunterlagen haben. Deshalb zwei Bitten: Erstens. Diejenigen, die diese Wahlunterlagen eventuell auf dem Zimmer gelassen haben, haben jetzt die Möglichkeit, ganz schnell die Wahlunterlagen noch zu holen. Der zweite Punkt ist: Falls es Delegierte gibt, die noch keine Wahlunterlagen haben, können diese jetzt am mobilen Wahlcounter – das ist hier vorne an der Wortmeldestelle – abgeholt werden.

Nach der Mittagspause werden wir das Grundsatzreferat des dann gewählten Vorsitzenden hören und eine Aussprache dazu durchführen. Anschließend daran werden wir die Neufassung der DGB-Satzung beraten und darüber einen Beschluss fassen.

Heute ist also ein ganz besonderer Tag. Das gilt auch für denjenigen, der heute Geburtstag hat. Deshalb bitte ich, bevor wir mit dem offiziellen Teil anfangen, den Kollegen Seppel Kraus von der IG BCE auf die Bühne. Seppel Kraus ist Landesbezirksleiter des Bezirks Bayern. (Beifall) Herzlichen Glückwunsch auch von unserer Seite und des gesamten Kongresses. Alles Gute wünschen wir Dir. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestern hatte der Kollege Hugo Müller 390 Delegierte festgestellt. Um die aktuelle Zahl der anwesenden Delegierten zu ermitteln und gegebenenfalls neu hinzugekommenen Delegierten das Mandat erteilen zu können, bitte ich jetzt den Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission, noch einmal seinen Bericht abzugeben. Kollege Müller von der GdP hat jetzt das Wort.

Hugo Müller, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen wunderschönen guten Morgen! Ich möchte neben der Information über die aktuelle Delegiertensituation auch noch einige weitere wichtige Informationen vor dem Hintergrund des gestrigen Geschehens und insbesondere auch der bevorstehenden Wahlsituation geben. Erlauben Sie mir, diese Informationen vorab zu formulieren.

Es ist gestern aufgefallen, dass bei den Abstimmungen manchmal nicht die Stimmkarten benutzt wurden, sondern dass Handzeichen gegeben wurden oder eine andere Karte verwendet wurde. Wir bitten von der Kommission ausdrücklich, die Stimmkarten zu benutzen. (Unruhe) – Das ist Gegenstand der Geschäftsordnung, die Ihr selbst verabschiedet habt.

Bezogen auf die Wahlen bitte ich dann um eine engagierte Unterstützung der Arbeit der Wahlkommission, die nachher auf Ansage des Präsidiums ja die Arbeit aufnehmen wird. Dabei ist es wichtig, dass nur gegen Abgabe der Wahlmarken auch ein entsprechender Stimmzettel zu bekommen ist. Wir werden bei der Auszählung darauf achten, dass keine Informationen vorab in den Saal beziehungsweise in das Netz gehen. Wir versuchen, das sicherzustellen. Insofern ist es für die Mitglieder der Wahlprüfungs- und Wahlkommission auch gut, wenn man sie nicht entsprechend angeht.

Ich will auch darauf hinweisen, dass nach der Geschäfts- und Wahlordnung im ersten Wahlgang mehr Ja- als Nein-Stimmen benötigt werden und mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten ihre Stimme abgegeben haben müssen. Nach Ziffer 10.5 der Geschäfts- und Wahlordnung werden Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen als nicht abgegebene Stimmen gewertet. Das prozentuale Wahlergebnis bezieht sich nur auf die abgegebenen gültigen Stimmen, also die Ja- und Nein-Stimmen.

Nun zu den Zahlen. Seit der letzten Mandatsbestätigung, die gestern am späten Nachmittag stattfand, sind weitere sechs Delegierte eingetroffen. Wir haben alle Mandate dieser Delegierten neu geprüft. Alle Mandate sind unter Berücksichtigung der einschlägigen Vorschriften der Geschäfts- und Wahlordnung gültig. Es nehmen also derzeit genau 396 Delegierte ihr Mandat wahr.

Wir bitten den Kongress, den neu eingetroffenen Delegierten die Stimmberechtigung zu erteilen.

Aus Sicht der Wahlkommission vorab der Hinweis, dass bei den Wahlgängen die notwendige Mehrheit bei 199 Stimmen liegt. – Danke schön. (Beifall)

Edeltraud Glänzer, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank für Deinen Bericht. – Ich lasse nun über die Gültigkeit der Mandate abstimmen. Dafür braucht Ihr, liebe Delegierte, Eure Stimmkarten. Ich komme zur Abstimmung. Wer der Gültigkeit der Mandate zustimmt, den möchte ich jetzt um das Kartenzeichen bitten. – Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Gültigkeit der Mandate einstimmig angenommen. Herzlichen Dank an Euch. Es sind nunmehr 396 stimmberechtigte Delegierte anwesend.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt Wahlen auf. Es ist gerade darauf hingewiesen worden, dass die Grundlage der Wahlen die Geschäfts- und Wahlordnung sowie die Satzung in der Fassung von 2006 sind. Bevor wir gleich durchstarten, noch ein paar einleitende Anmerkungen.

Ich hatte vorhin schon gesagt, dass wir heute vier Wahlhandlungen durchführen werden. Diese werden, wie eben teilweise schon erläutert, so ablaufen, dass die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission bei Euch an den Plätzen jeweils nach Aufruf des Wahlgangs vorbeikommen wird. Daher ist es wichtig, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Ihr während der Wahl auf Euren Plätzen bleibt. Zur Legitimation gegenüber der Wahlkommission müsst Ihr dann bitte Euren Kongressausweis bereithalten und die entsprechenden Wahlmarken. Die Wahlmarken werden dann gegen den Stimmzettel ausgetauscht.

Ich möchte darauf hinweisen, dass alle Wahlen geheim sind. Das heißt, es kann am Platz abgestimmt werden. Aber wir haben auch vorbereitete Wahlkabinen. Wer diese benutzen möchte, kann das gerne tun.

Wenn Ihr dann Eure Stimme abgegeben habt, werden die Stimmzettel von den Kolleginnen und Kollegen der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission an Eurem Platz eingesammelt. Es ist eigentlich klar, aber zur Sicherheit sage ich noch einmal: Jeder und jede kann nur *einen* Stimmzettel abgeben. Damit ist gemeint, dass der eigene Stimmzettel abgegeben werden muss. Es ist also nicht möglich, dem Nachbarn oder der Nachbarin den Stimmzettel zum Einwerfen zu übergeben.

Eine Bitte an die Fotografen und an die Kameralleute: Bitte die Delegierten bei der Wahl bitte nicht aufnehmen. Diese Bitte geht an die Kolleginnen und Kollegen von der Presse und an die Fotografen. Dafür schon jetzt herzlichen Dank.

Wenn die Stimmzettel eingesammelt sind, erfolgt die Auszählung. Wir werden für die Auszählung den Kongress kurz unterbrechen und nach der Unterbrechung die jeweiligen Wahlergebnisse bekannt geben und dann natürlich fragen, ob der Kandidat/die Kandidatin die Wahl annimmt. Dafür ist Voraussetzung, dass das jeweils notwendige Quorum erreicht worden ist.

Im ersten Wahlgang ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der beschlossenen Stimmberechtigten erreicht und mehr Ja- als Nein-Stimmen auf sich vereinigt. Eben ist schon darauf hingewiesen worden – das ist wichtig –: Enthaltungen und nicht gültige Stimmen werden als nicht abgegebene Stimmen gewertet.

Für den Fall, dass ein Kandidat/eine Kandidatin das Quorum nicht erreicht, werden wir einen zweiten Wahlgang ansetzen. Dabei ist wichtig, dass der zweite Wahlgang mit demselben Kandidaten/derselben Kandidatin wie beim ersten Wahlgang durchgeführt wird. Es kann also innerhalb einer Wahlhandlung kein neuer Kandidat/keine neue Kandidatin aufgestellt werden.

Im zweiten Wahlgang ist gewählt, wer mehr Ja- als Nein-Stimmen hat. Erhält er beziehungsweise sie gleich viele Ja-Stimmen, wird der Wahlvorgang wiederholt. Wer allerdings mehr Nein- als Ja-Stimmen erhält, ist nicht gewählt. Die Wahlhandlung ist dann abgeschlossen, da ein dritter Wahlgang in der Wahlordnung nicht vorgesehen ist. Wie es dann weitergehen würde, würden wir dann – was wir nicht hoffen – entscheiden.

Soweit ein paar Anmerkungen zum Prozedere, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir kommen jetzt endlich zum Vorschlag für die Wahlen des Geschäftsführenden Bundesvorstands und der Revisionskommission. Diesen wird uns der dienstälteste Vorsitzende der Mitgliedsgewerkschaften unterbreiten. Das war beim 18. Ordentlichen Bundeskongress und ist auch beim 19. Ordentlichen Bundeskongress der Kollege Franz-Josef Möllenberg von der NGG. – Franz-Josef, Du hast das Wort.

Franz-Josef Möllenberg

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte dem nachkommen, was Edeltraud angekündigt hat, und den Vorschlag der Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften für unseren Deutschen Gewerkschaftsbund vortragen. Es ist ein starker Bund. Wir wollen, dass er stark bleibt und noch stärker wird. Ich schlage Euch vor, dass wir als Bundesvorsitzenden den Kollegen Michael Sommer wiederwählen. Er ist ein starker Vorsitzender, er wird auch weiterhin Stärke entwickeln. Das ist unser Vorschlag für den Vorsitzenden. (Beifall)

Edeltraud Glänzer, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank zunächst an Dich, Franz-Josef.

Wir kommen nun zur Wahl des Vorsitzenden. Vorgeschlagen ist der Kollege Michael Sommer. Ich habe Euch an dieser Stelle zu fragen, ob es weitere Kandidatinnen- und Kandidaten-Vorschläge gibt. (Zurufe: Nein! Nein!) – Das ist nicht der Fall, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Dann frage ich Dich, lieber Michael: Bist Du zur Kandidatur bereit? (Michael Sommer: Ja!) – Michael hat mit „Ja“ geantwortet.

Bevor wir gleich wirklich wählen können, muss ich Euch noch eine weitere Frage stellen, nämlich die, ob Ihr wünscht, dass sich Michael Euch noch mal vorstellt? (Heiterkeit) – Wer das wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. (Große Heiterkeit) – Okay. Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dann beginnen wir mit dem Wahlgang. Hierzu gebe ich noch mal den Hinweis auf den Paragraphen 13 Ziffer 5 Satz 4 der DGB-Satzung. Da heißt es sinngemäß: Wenn kein Kandidat/keine Kandidatin angekreuzt ist, gilt der Stimmzettel als Enthaltung und wird damit als nicht abgegebene Stimme gewertet. Bei der Wahl des Vorsitzenden ist der Stimmzettel also dann gültig, wenn „Ja“ oder „Nein“ angekreuzt wird.

Ich bitte jetzt die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission, an den Plätzen die Wahlzettel zu verteilen. Ich hatte vorhin schon darauf hingewiesen, dass die Wahlmarken bei Euch jeweils gegen die Stimmzettel ausgetauscht werden. Das heißt, gegen das Vorzeigen des Ausweises erhaltet Ihr dann die Stimmzettel.

Ich habe die herzliche Bitte an Euch, die Gänge zwischen den jeweiligen Stuhl- und Tischreihen freizuhalten, damit die Kolleginnen und Kollegen dort ganz schnell durchflitzen können.

An die Kameraleute und Fotografen habe ich noch mal die herzliche Bitte, die Delegierten nicht unmittelbar bei der Wahl aufzunehmen. – Vielen Dank.

Ich bitte jetzt um die Verteilung der Stimmzettel. – Wo sind jetzt die fleißigen Helfer und Helferinnen? (Zuruf: Die frühstücken noch! – Heiterkeit) – Die frühstücken natürlich nicht mehr. (Zuruf: Die stehen dort schon bereit!) – Das ging wahrscheinlich etwas zu flott für die Kolleginnen und Kollegen. Aber ich sehe, sie sind jetzt auf dem Weg.

Ich will Euch noch mal darauf hinweisen, was eigentlich logisch ist: Natürlich bekommt Ihr den Stimmzettel gegen die Wahlmarke Nummer 1. (Heiterkeit) – Überraschung! (Austeilen der Wahlzettel)

Haben jetzt alle Delegierten einen Wahlzettel erhalten? – Nein? Dann warten wir noch.

Wie sieht es jetzt aus? Haben alle Delegierten einen Wahlzettel erhalten? – Ich höre keinen Widerspruch. Dann können wir mit der Wahl beginnen. Ich bitte die Teams, die Wahlurnen in den Saal zu bringen und die ausgefüllten Stimmzettel einzusammeln.

Dazu noch einmal die herzliche Bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen: Denkt daran, der Einwurf der Stimmzettel erfolgt ausschließlich auf Euren Plätzen, und jeder Delegierte und jede Delegierte wirft bitte nur den eigenen Wahlzettel in die Urne. Die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission kann jetzt durchstarten. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bekomme gerade von der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission das Signal, dass alle Stimmzettel abgegeben wurden. Ich frage zur Sicherheit noch einmal: Gibt es noch jemanden, der seinen Stimmzettel noch nicht in die Wahlurne geworfen hat? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Wahlgang zur Wahl des Vorsitzenden geschlossen, und die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission kann jetzt die Stimmen auszählen.

Ich unterbreche den Kongress für die Zeit der Auszählung. Da wir uns am Beginn der Wahlen befinden und noch nicht genau wissen, wie lange die Auszählung dauert, haben wir für die Unterbrechung noch keine besondere Zeit ausgemacht. Daher bitte ich Euch, in der Nähe des Plenums zu bleiben und auf den Gong zu achten. Er wird Euch das Zeichen geben, wieder in den Saal zu kommen. Der Kongress ist unterbrochen.

(Unterbrechung des Kongresses: 9.37 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 9.55 Uhr)

Edeltraut Glänzer, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich bitte Euch, Eure Plätze einzunehmen, damit wir den Kongress wieder eröffnen und das Wahlergebnis bekannt geben können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nochmals die herzliche Bitte: Nehmt jetzt Eure Plätze ein. Wir haben noch ein paar Wahlgänge vor uns, und Ihr seid sicherlich schon alle gespannt, wie der erste Wahlgang ausgegangen ist. Deswegen bitte jetzt auf die Plätze – fertig – los!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kollege Hugo Müller erhält als Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission jetzt das Wort für das Ergebnis des ersten Wahlgangs. – Hugo, Du kannst loslegen.

Hugo Müller, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Auszählung hat stattgefunden. Die notwendige Mehrheit, die vorab festgestellt worden war, für den ersten Wahlgang liegt bei 199 Stimmen.

Es wurden 389 Stimmen gültig abgegeben. Davon entfielen auf Michael Sommer mit Ja 366 Stimmen. (Anhaltender lebhafter Beifall) – Ich erlaube mir, das Protokoll zu Ende zu verlesen. – Mit Ja haben gestimmt 366, mit Nein haben gestimmt 23 Delegierte. Das entspricht, bezogen auf die gültigen abgegebenen Stimmen einer Zustimmungsquote von vollen 94,1 Prozent. Herzlichen Glückwunsch! (Starker Beifall)

Edeltraut Glänzer, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank für das Ergebnis. – Jetzt, lieber Michael, bitte ich Dich ans Mikrofon und frage Dich: Nimmst Du die Wahl an?

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Liebe Edeltraut, liebe Delegierte! Ich bedanke mich für das Vertrauen. Natürlich nehme ich die Wahl an. Herzlichen Dank. (Starker Beifall)

Edeltraud Glänzer, Vorsitzende des Kongresses

Lieber Michael! Herzlichen Glückwunsch auch vom Präsidium für dieses supertolle Ergebnis! Wir wünschen Dir in den nächsten vier Jahren ganz, ganz viel Erfolg für einen starken Bund der Gewerkschaften. Herzlichen Glückwunsch!

Und weil noch nicht alle Gelegenheit – – Ja, es kann ruhig noch mal geklatscht werden. (Starker Beifall)

Und weil es noch welche gibt, die gerne sofort die Gelegenheit ergreifen möchten, um Michael zu gratulieren, machen wir eine ganz, ganz kurze Unterbrechung. (Widerspruch) – So viel Zeit muss sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(kurze Unterbrechung des Kongresses)

Edeltraud Glänzer, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe, dass die Schlange der Gratulanten und Gratulantinnen jetzt fast durch ist, und wir würden jetzt gerne den Kongress fortsetzen.

Bevor wir in den nächsten Wahlgang eintreten, möchte ich noch einen Hinweis geben für die Delegierten von ver.di. Die Delegierten von ver.di werden gebeten, sich hinter der Antragsberatungskommission am rechten Bühnenrand zu versammeln, allerdings nicht jetzt, sondern bitte erst, bevor die Delegierten zum Mittagessen gehen.

Der zweite Punkt, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich habe die Information, dass es noch eine Veränderung bei der Zahl der Delegierten gegeben hat. Deshalb bitte ich jetzt noch einmal den Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission, Hugo Müller, um seinen Bericht.

Hugo Müller, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit der letzten Mandatsbestätigung ist ein weiterer Delegierter eingetroffen. Wir haben das Mandat geprüft. Das Mandat ist nach der Geschäfts- und Wahlordnung gültig. Es nehmen also zurzeit 397 Delegierte ihr Mandat wahr, und wir bitten den Kongress, auch dem neu eingetroffenen Delegierten das Stimmrecht zu erteilen. – Danke schön.

Edeltraud Glänzer, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank. – Ich lasse jetzt sofort über die Veränderung der Delegiertenzahl abstimmen. Dafür benötigt Ihr Eure Stimmkarten. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Gültigkeit der Mandate einstimmig bestätigt. Vielen Dank dafür. Wir haben nunmehr 397 Delegierte, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir kommen nun zur Wahl des stellvertretenden Vorsitizes. Wie vorhin schon bitte ich den Kollegen Franz-Josef Möllenberg, uns wieder den Vorschlag für die Wahl zu unterbreiten. Ich sage es jetzt doch: Du bist der Dienstälteste, aber nicht nur beim 18. und beim 19. Bundeskongress, sondern Du hast mir verraten, Du warst es auch schon beim 17. Ordentlichen Bundeskongress. (Beifall) – Franz-Josef, Du hast das Wort. Das war gemein. Du hast gesagt, ich soll es nicht sagen. Aber jetzt ist es gerade mal raus.

Franz-Josef Möllenberg

Edeltraud, vielen Dank. Allerdings bin ich ja immer noch fast einer der Jüngsten; das muss man auch noch sagen. (Heiterkeit) Aber das nur am Rande. (Beifall) – Kolleginnen und Kollegen, zum Ernst zurück. Es gab vorhin ein kleines Gespräch zwischen dem Präsidium, zwischen Edeltraud und mir. Ich schlage Euch vor, auch damit ich nicht so oft im Protokoll erscheine, jetzt die noch anstehenden Wahlvorschläge im Block hier vorzutragen. (Beifall)

Wir schlagen als Vorsitzende der Einzelgewerkschaften zur Wahl als stellvertretende Vorsitzende unsere Kollegin Ingrid Sehrbrock vor. Wir schlagen des Weiteren vor als Mitglieder des Geschäftsführenden Bundesvorstandes den Kollegen Dietmar Hexel, wir schlagen vor Annelie Buntenbach, und wir schlagen vor Claus Matecki.

Ich muss zur Aufklärung auf eines hinweisen: In der nächsten Legislaturperiode werden Ingrid Sehrbrock und Claus Matecki das 65. Lebensjahr vollenden. Das wird im Jahre 2013 beziehungsweise Anfang 2014 sein. Der Fairness halber weise ich darauf hin, dass wir natürlich der Rente mit 67 hier nicht Vorschub leisten wollen. Wir sind nach wie vor für die Rente 65, und deshalb haben Ingrid Sehrbrock und Claus Matecki beide sowohl mündlich als auch schriftlich erklärt, dass sie mit Erreichen der Regelaltersgrenze ihre Funktion niederlegen werden. Das wird also im Verlauf des Jahres 2013 beziehungsweise Anfang 2014 der Fall sein.

Des Weiteren will ich darauf hinweisen; das gehört ebenfalls zu den Wahlvorschlägen: Für die Revisionskommission schlagen wir Euch wieder unsere bewährten Kräfte vor. Das sind Bertin Eichler von der IG Metall, Robert Feiger von der IG BAU und Peter Hausmann von der IG BCE. Das sind unsere Vorschläge, jetzt komplett im Block vorgetragen, und ich bitte Euch, diesen Wahlvorschlägen auch zu folgen. – Vielen Dank. (Beifall)

Edeltraud Glänzer, Vorsitzende des Kongresses

Super. Herzlichen Dank. – Wir kommen jetzt zur Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden. Auch hier muss ich Euch zunächst fragen, ob es von Eurer Seite weitere Vorschläge gibt. – Das ist nicht der Fall. Somit ist Ingrid Sehrbrock als einzige Kandidatin vorgeschlagen. Liebe Ingrid, bist Du zur Kandidatur bereit? – Jawohl. Das ist prima. Dann können wir gleich in den Wahlgang starten. Auch hier gilt wieder: Der Stimmzettel ist gültig, wenn „Ja“ oder „Nein“ angekreuzt wird; andernfalls gilt der Stimmzettel als Enthaltung und wird damit als nicht abgegebene Stimme gewertet.

Im Übrigen verfahren wir wie vorhin. Das haben wir ja schon einmal geübt. Das heißt, die Wahlmarken werden wieder von der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission am Platz gegen die Wahlzettel eingetauscht. Diesmal ist es die Wahlmarke 2. Wie vorhin schon kann wieder am Platz oder in den vorbereiteten Wahlkabinen gewählt werden. Ich bitte noch einmal die Kameraleute und Fotografen, die Delegierten bei der Wahl nicht aufzunehmen. – Herzlichen Dank. Wie ich sehe, werden die Wahlzettel schon verteilt.

Ich habe gerade das Signal bekommen, dass die Wahlzettel alle ausgeteilt sind. Hat ein Delegierter, eine Delegierte noch keinen Wahlzettel, dann bitte jetzt ganz schnell melden. – Das ist nicht der Fall, liebe Kolleginnen und Kollegen. Damit kann die Wahlkommission durchstarten und die Stimmzettel einsammeln. Wieder der Hinweis, die Wahlzettel bitte an Eurem Platz in die Wahlurne einzuwerfen.

Jetzt habe ich das Zeichen von dem Kollegen Hugo Müller erhalten, dass alle Stimmzettel eingesammelt sind. Zur Sicherheit noch einmal: Hat ein Delegierter, eine Delegierte noch nicht gewählt? – Das ist nicht der Fall. Dann ist der Wahlgang zur Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden abgeschlossen. Die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission wird jetzt die Stimmen auszählen. Wie vorhin unterbreche ich den Kongress erneut. Ebenfalls bitte ich Euch, in der Nähe des Plenums zu bleiben und auf den Gong zu achten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Bis gleich.

(kurze Unterbrechung des Kongresses)

Edeltraud Glänzer, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich bitte Euch, jetzt die Plätze einzunehmen, damit wir den Kongress fortsetzen können. Uns liegt das Ergebnis der zweiten Wahlhandlung vor. Das wird jetzt wieder der Kollege Hugo Müller bekannt geben.

Hugo Müller, Mandatsprüfungs- und Wahlkommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf das Ergebnis des zweiten Wahlgangs zur Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden bekannt geben. Auch hier betrug das zu erreichende Quorum 199 Stimmen. Es haben mit gültigen Stimmen an der Abstimmung teilgenommen 382 Delegierte. Mit Ja gestimmt haben 232 Delegierte, mit Nein haben gestimmt 150 Delegierte. Das entspricht einem Prozentverhältnis von 60,7 Ja-Stimmen. Damit ist Ingrid Sehrbrock gewählt. Herzlichen Glückwunsch! (Beifall)

Edeltraud Glänzer, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Ingrid, ich möchte Dich, bevor Du die Gratulationen entgegennimmst, gerne fragen, ob Du die Wahl annimmst. Nimmst Du die Wahl an?

Ingrid Sehrbrock, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Natürlich nehme ich die Wahl an. Ich bedanke mich für das Vertrauen. Danke schön, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Edeltraud Glänzer, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Ingrid, natürlich auch vom Präsidium die herzlichsten Glückwünsche. Auch wir wünschen Dir für die nächsten Jahre viel Erfolg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns abgestimmt und würden jetzt gerne gleich zur nächsten Wahlhandlung kommen. Hier geht es um die Wahl der drei weiteren geschäftsführenden Bundesvorstandsmitglieder. Der Kollege Franz-Josef Möllenberg hat uns ja hierfür einen Vorschlag unterbreitet. Wie vorhin auch schon frage ich Euch jetzt, liebe Delegier-

te: Gibt es von Eurer Seite weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Damit werden in alphabetischer Reihenfolge Annelie Buntenbach, Dietmar Hexel und Claus Matecki vorgeschlagen. Ich frage jetzt alle einzeln, ob sie zur Kandidatur bereit sind. – Annelie hat schon genickt, Claus Matecki auch, Dietmar Hexel auch. Wunderbar, alle sind bereit.

Jetzt muss ich Euch fragen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ob Ihr möchtet, dass sich die Kandidaten noch einmal vorstellen. – Kein Gebrummel. Ich sehe, auch das ist nicht der Fall. Deshalb können wir gleich in die Wahl einsteigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch hier gilt wieder: Wenn kein Kandidat, keine Kandidatin angekreuzt ist, gilt der Stimmzettel als Enthaltung und wird damit als nicht abgegebene Stimme gewertet. Das heißt, bei der Wahl der drei geschäftsführenden Bundesvorstandsmitglieder ist der Stimmzettel gültig, wenn mindestens ein Kreuz bei Ja oder Nein gemacht worden ist. Ansonsten kennt Ihr das Prozedere schon.

Ich bitte die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission, jetzt die Wahlzettel auszuteilen. Es gilt jetzt die Wahlmarke 3. Wenn Ihr diese abgibt, dann bekommt Ihr auch die entsprechenden Stimmzettel. Bitte denkt daran, zwischen den Plätzen etwas frei zu lassen, damit die Kolleginnen und Kollegen schnell durchkommen.

Nochmals die herzliche Bitte an die Kameraleute und die Fotografen, die Delegierten nicht unmittelbar bei der Wahl aufzunehmen.

Natürlich kann auch bei diesem Wahlgang wieder in den vorbereiteten Wahlkabinen geheim gewählt werden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Jetzt bekomme ich das endgültige Zeichen, dass eigentlich alle Delegierten Stimmzettel haben müssten. Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, könnt Ihr nun in die Wahl eintreten. Ich bitte jetzt die Helferinnen und Helfer, schon mit den Wahlurnen hereinzukommen, sodass wir zügig in das Einsammeln der Wahlzettel einsteigen können.

Ich habe vom Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission den Hinweis bekommen, dass insbesondere die Medienvertreter versuchen, das Wahlgeschehen sehr genau zu beobachten. Deshalb noch einmal meine herzliche Bitte, die Delegierten bei der Wahl nicht aufzunehmen. – Vielen Dank.

Ich habe jetzt das Signal bekommen, dass alle Stimmzettel eingesammelt worden sind. Aber auch hier zur Sicherheit die Frage: Haben alle Delegierten ihren Stimmzettel in die Wahlurnen eingeworfen? – Ich höre keinen Widerspruch. Damit ist der Wahlvorgang zur Wahl der drei Geschäftsführenden Bundesvorstandsmitglieder abgeschlossen. Die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission wird jetzt die Stimmen auszählen.

Der Kongress wird erneut unterbrochen. Es kann jetzt etwas länger dauern, weil nicht nur ein Kandidat/eine Kandidatin zur Wahl steht, sondern eine Kandidatin und zwei Kandidaten. Deshalb hat die Kommission darum gebeten, dass wir den Kongress für circa 20 Minuten unterbrechen. Ich bitte Euch, auf den Gong zu hören, damit wir schnell weitermachen können. – Herzlichen Dank und viel Spaß für die Pause.

(Unterbrechung des Kongresses: 10.50 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 11.15 Uhr)

Edeltraud Glänzer, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Das Wahlergebnis liegt uns zwar noch nicht vor. Aber ich kann die Zeit nutzen, zwei kurze Hinweise zu machen.

Zum einen haben wir den Hinweis bekommen, dass die Luft immer dünner wird beziehungsweise es immer wärmer wird. Dies geht uns nicht nur hier oben so. Michael Sommer hat gerade höchstpersönlich veranlasst, dass die Technik das jetzt regeln wird und mal Frischluft in den Saal bringt. (Lebhafte Zustimmung)

Zweiter Hinweis: Wir sind schon verschiedentlich gefragt worden, wie denn die Wahl der Revisionskommission durchgeführt wird. Wir wissen ja, dass mit der Zunahme der Dauer eines Kongresses, insbesondere eines Wahlmorgens, dann auch gerne etwas schneller gewählt wird. An der Stelle kann ich und muss ich Euch sagen: Auch die Revisionskommission muss in geheimer Wahl gewählt werden. Das heißt, wir können das nicht durch Hochhalten der Stimmkarten machen. So viel dazu. Ihr könnt Euch darauf auch schon mal einstimmen.

Jetzt warten wir alle gemeinsam auf den Sprecher der Wahlkommission. Wir haben hier oben auch noch kein Signal, aber es kann sich eigentlich nur noch um Sekunden handeln.

Liebe Delegierte, ich bitte Euch, jetzt wieder die Plätze einzunehmen. Das Wahlergebnis für die drei weiteren GBV-Mitglieder liegt vor. Ich bitte jetzt den Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission um Bekanntgabe. Kollege Müller, Du hast jetzt das Wort.

Hugo Müller, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es tut uns leid, dass es hier etwas länger dauerte, aber wir mussten ja auch dreifach auszählen.

Ich trage die Ergebnisse nacheinander vor. Zuerst für die Kollegin Annelie Buntenbach. Hier gab es eine Gesamtzahl von 389 abgegebenen gültigen Stimmen. Mit Ja stimmten hiervon 337 Delegierte, (lebhafter Beifall) mit Nein stimmten 52 Delegierte. Das entspricht einer Prozentquote von 86,6 Prozent. Die notwendige Mehrheit war bei 199 Stimmen. Damit ist Annelie Buntenbach gewählt. (Starker Beifall)

Ich verkünde nun das Ergebnis für Dietmar Hexel. Hier haben 383 Delegierte gültige Stimmen abgegeben. Mit Ja stimmten hiervon 308. Mit Nein stimmten 75. Das entspricht einer Zustimmungquote von 80,4 Prozent. Dietmar Hexel ist somit gewählt. Herzlichen Glückwunsch! (Starker Beifall)

Ich darf das Ergebnis für Claus Matecki vortragen. 387 Delegierte haben gültige Stimmen abgegeben. Mit Ja stimmten hiervon 206. (Zurufe: Oh!) Mit Nein stimmten 181. Das entspricht einer Quote von 53,2 Prozent. Damit ist Claus Matecki gewählt. Herzlichen Glückwunsch! (Beifall)

Edeltraud Glänzer, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Hugo. – Ich frage jetzt die drei Gewählten und bitte zunächst Annelie, ans Mikro zu kommen. Annelie, nimmst Du die Wahl an?

Annelie Buntenbach

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke Euch ganz herzlich für Euer Vertrauen. Ja, ich nehme die Wahl an. (Beifall)

Edeltraud Glänzer, Vorsitzende des Kongresses

Dietmar, ich darf Dich nun nach der Umarmung nach vorne bitten. Dietmar, nimmst Du die Wahl an?

Dietmar Hexel

Ich nehme die Wahl an und danke Euch für Euer Vertrauen. Vielen Dank. (Beifall)

Edeltraud Glänzer, Vorsitzende des Kongresses

Und jetzt bitte ich Claus Matecki ans Mikro. Ich bitte Dich um Deine Antwort auf die Frage, ob Du die Wahl annimmst.

Claus Matecki

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es würde jedem anderen auch so gehen: Ich hätte mir ein besseres Ergebnis gewünscht. Ich nehme die Wahl an und werde alles dafür tun, damit der Teil, der sich nicht für mich aussprechen konnte, in den nächsten fast vier Jahren mit meiner Arbeit zufrieden ist. Vielen Dank. (Beifall)

Edeltraud Glänzer, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Annelie, lieber Dietmar, lieber Claus, auch vonseiten des Präsidiums gratulieren wir Euch ganz herzlich und wünschen Euch für die nächsten Jahre viel Erfolg.

Wir möchten jetzt direkt in die nächste Wahlhandlung einsteigen; es ist die letzte Wahlhandlung. Es steht die Wahl der Revisionskommission an; Franz-Josef hat vorhin den Vorschlag unterbreitet. – Ich glaube, vorher sollten wir aber doch eine kleine Pause machen, damit die Gewählten die Glückwünsche entgegennehmen können.

Edeltraud Glänzer, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Schlange der Gratulantinnen und Gratulanten nimmt ab, sodass ich jetzt gerne weitermachen möchte. Wie schon angekündigt, kommen wir jetzt zum letzten Wahlgang, der Wahl der Revisionskommission. Ich hatte ja schon darauf hingewiesen, dass der Kollege Franz-Josef Möllenberg hier einen entsprechenden Vorschlag ge-

macht hat. Vorgeschlagen wird der Kollege Bertin Eichler von der IG Metall, der Kollege Robert Feiger von der IG BAU und der Kollege Peter Hausmann von der IG BCE.

Ich frage Euch wieder, liebe Delegierte, bevor wir jetzt in den Wahlgang einsteigen: Gibt es von Eurer Seite weitere Vorschläge? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Franz-Josef hatte ja schon darauf hingewiesen, dass das bewährte Kräfte sind.

Ich muss die Kandidaten jetzt fragen, ob sie zur Kandidatur bereit sind. Kollege Eichler! (Bertin Eichler: Ja!) – Wunderbar. Robert! (Robert Feiger: Ja!) – Wunderbar. Und Peter Hausmann sehe ich auch. (Peter Hausmann: Ja!) – Jawohl. Alle drei sind bereit. Vielleicht kann ich mir die Frage ersparen, aber aus Gründen des Protokolls nicht. Gibt es von jemandem den Wunsch, dass sich die Kollegen kurz oder länger hier vorstellen? – Das ist nicht der Fall, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dann können wir sofort in den Wahlgang einsteigen.

Ein letztes Mal zur Erinnerung: Wenn kein Kandidat angekreuzt ist, gilt der Stimmzettel als Enthaltung und wird damit als nicht abgegebene Stimme gewertet. Das heißt, bei der Wahl zur Revisionskommission ist der Stimmzettel gültig, wenn mindestens ein Kreuz bei Ja oder Nein gemacht worden ist.

Wenn die Neugewählten hier oben Platz nähmen, könnten wir insgesamt weitermachen.

Ich bitte jetzt die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission, die Zettel auszuteilen. Hier wird schon alles heftig gemanagt. Das ist jetzt die Wahlmarke Nummer 4. Das Procedere, glaube ich, brauche ich nicht zu erklären; das wisst Ihr schon. – Ich habe das Zeichen bekommen, dass die Wahlzettel gegen die Wahlmarken ausgeteilt und ausgetauscht sind. Ich frage vorsichtshalber: Haben alle Delegierten einen Wahlzettel bekommen? – Ich höre keinen Widerspruch. Dann bitte ich, jetzt zu wählen, und die Kommission, mit den Wahlurnen an den Plätzen vorbeizukommen und die Stimmzettel einzusammeln. Vielen Dank.

Ich habe das Zeichen bekommen, dass alle Stimmzettel eingesammelt sind, sodass die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission jetzt auszählen kann. Bevor jetzt die ersten Delegierten schon in die Mittagspause entfliehen, möchte ich bekannt geben, dass wir gleich noch eine kurze Pause zur Auszählung der Stimmen einlegen. Ich bitte Euch daher um etwas Geduld. Ich finde, wir sollten auch diesen Wahlgang durchführen. Wir werden nach der kurzen Pause das Ergebnis bekannt geben und danach in die Mittagspause eintreten. Aber noch einmal: Bitte bleibt hier und achtet auf den Gong, damit ihr das Zeichen hört, dass wir das Wahlergebnis gerne bekannt geben wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Und jetzt könnt Ihr ein Foto machen.

(kurze Unterbrechung des Kongresses)

Edeltraud Glänzer, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bekomme gerade das Zeichen, dass die Stimmen ausgezählt sind. Ihr hört den Gong, und ich bitte alle Delegierten, wieder Platz zu nehmen, damit wir auch das letzte Ergebnis bekannt geben können. – Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, bitte nehmt die Plätze ein. Je schneller die Plätze eingenommen sind, desto schneller können wir fortfahren.

Bis es endgültig so weit ist, noch zwei Durchsagen. Erste Durchsage: Die Jugenddelegierten werden gebeten, sich um 13 Uhr zu einer Besprechung im Raum C 1/2 einzufinden. Ich wiederhole: 13 Uhr, Raum C 1/2. – Zweite Durchsage: Ich hatte vorher ja schon angekündigt, dass sich die Delegierten von ver.di bitte hinter der Antragsberatungskommission am rechten Bühnenrand treffen, bevor sie zum Mittagessen gehen.

Jetzt haben die meisten von Euch Platz genommen. An die, die jetzt noch stehen, noch einmal die herzliche Bitte: Setzt Euch einfach noch ein paar Minuten hin. Das Wahlergebnis liegt uns vor, und der Kollege Hugo Müller als Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission ist bereit, uns das Ergebnis mitzuteilen. Lieber Hugo, Du hast das Wort.

Hugo Müller, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf das Ergebnis der Wahl für die Revisoren mitteilen. Ich beginne mit Peter Hausmann. Für ihn wurden 379 gültige Stimmen abgegeben. Davon haben gestimmt mit Ja 366, mit Nein 13. Das entspricht einer Zustimmungquote von 96,5 Prozent. Herzlichen Glückwunsch! (Beifall)

Zur Wahl stellte sich ebenfalls Robert Feiger. Hier haben 381 Mandatsdelegierte gültige Stimmen abgegeben. Mit Ja haben gestimmt 375, mit Nein 6. Das entspricht einer Zustimmungquote von 98,4 Prozent. Mein Glückwunsch! (Beifall)

Ihr glaubt wahrscheinlich, das sei nicht zu toppen. Ich trage das Ergebnis für Bertin Eichler vor. Hier haben 380 Mandatsdelegierte gültige Stimmen abgegeben. Mit Ja stimmten 375, mit Nein 5. Das entspricht einem Votum von 98,7 Prozent. Herzlichen Glückwunsch! (Starker Beifall)

Edeltraud Glänzer, Vorsitzende des Kongresses

Das sind ja ganz fantastische Ergebnisse. Ich darf die Kollegen jetzt bitten, kurz zum Mikro zu laufen. Jeder Schritt hält fit, jeder Gang macht schlank. Peter ist als Erster auf dem Weg. Bertin, es wäre schön, wenn Du Dich dann auch schon auf den Weg machen könntest. Robert ist ja hier oben.

Lieber Peter, nimmst Du die Wahl an?

Peter Hausmann

Ja. Ich freue mich. Ich nehme die Wahl an. Vielen Dank für das Vertrauen. (Beifall)

Edeltraud Glänzer, Vorsitzende des Kongresses

Danke. – Bertin, darf ich Dich jetzt zum Mikro bitten und die Antwort auf die Frage bekommen, ob Du die Wahl annimmst?

Bertin Eichler

Herzlichen Dank, Kolleginnen und Kollegen, für dieses fantastische Ergebnis. Ich nehme an. (Beifall)

Edeltraud Glänzer, Vorsitzende des Kongresses

Ich stelle auch Robert die Frage, ob er die Wahl annimmt.

Robert Feier

Ja. Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielen herzlichen Dank für das tolle Wahlergebnis. Vielen Dank auch dafür, dass es nicht einstimmig war. Das gilt, glaube ich, auch für Bertin. Die Spitznamen für uns wären sonst doch schwierig gewesen; denn wer möchte heute noch „Honni“ genannt werden? (Heiterkeit) Vielen herzlichen Dank. Ich nehme sehr gerne an. (Beifall)

Edeltraud Glänzer, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Kollegen, wir gratulieren Euch ganz herzlich zu diesem fantastischen Ergebnis und wünschen Euch viel Erfolg bei Eurer Arbeit. – Der Kollege Hugo Müller hat noch einmal um das Wort gebeten.

Hugo Müller, Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission

Die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission hat mich gebeten, Euch allen Dankeschön zu sagen für Eure Disziplin, für Eure Bereitschaft, sehr konstruktiv bei den Wahlvorgängen mitzuhelfen. Es ist deswegen auch ganz gut gelaufen.

Zwei Kollegen aus meiner eigenen Bezirksgruppe West aus ver.di haben mich gebeten, noch zwei Bekenntnisse abzulegen. Erstens soll ich feststellen, dass ich Saarländer bin. Zweitens soll ich sagen, dass sie glauben, ich sei deswegen Sprecher der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission geworden, weil ich gelernter Polizist bin. Sie haben mich gebeten, doch einmal ins Mikrofon zu sagen: „Achtung, Achtung! Hier spricht die Polizei!“ – Danke schön. (Heiterkeit – Beifall)

Edeltraud Glänzer, Vorsitzende des Kongresses

Die Polizei – Dein Freund und Wahlhelfer. (Heiterkeit) – Herzlichen Dank. (Beifall)

Damit ist der Tagesordnungspunkt „Wahlen“, liebe Kolleginnen und Kollegen, abgeschlossen. Auch wir bedanken uns ganz herzlich bei Euch für Eure Geduld und für Eure Disziplin. Wir danken aber insbesondere auch den Mitgliedern der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission für den tollen Job, den Sie gemacht haben. Ich denke, das ist auch noch einmal einen Applaus wert. (Beifall)

Wir haben uns jetzt alle ein leckeres Mittagessen verdient. Ich unterbreche den Kongress bis 14 Uhr und bitte Euch, pünktlich um 14 Uhr wieder hier zu sein. Ich wünsche Euch einen guten Appetit.

(Unterbrechung des Kongresses: 12.08 Uhr)

-

(Fortsetzung des Kongresses: 14.02 Uhr)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Kolleginnen und Kollegen, ich darf Euch bitten, Platz zu nehmen, damit wir mit dem Kongress fortfahren können. – Ich darf Euch nochmals bitten, Platz zu nehmen, damit wir den Kongress fortführen können. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in den hinteren Reihen bitte Platz nehmen.

Wir setzen den Kongress fort. Ich freue mich, mit Euch gemeinsam in den zweiten Teil des Tages einzusteigen und diesen Part moderieren zu dürfen. Es ist das Grundsatzreferat des wiedergewählten Vorsitzenden Michael Sommer und die anschließende Aussprache dazu. Das heißt, die ersten Wortmeldungen können parallel zur Rede von Michael Sommer abgegeben werden.

Michael Sommer hat eine tolle Wahlleistung hinter sich gebracht mit einem tollen Ergebnis. Ich habe mir überlegt, wie fangen wir den heutigen Nachmittag an und bin auf ein Zitat von Albert Schweitzer gestoßen: „Jahre runzeln die Haut, aber den Enthusiasmus aufgeben, runzelt die Seele.“ Wir hoffen auf eine enthusiastische Rede. Michael, Du hast das Wort.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestattet mir, mich noch einmal herzlich bei Euch für den großen Vertrauensvorschuss und Vertrauensbeweis zu bedanken. Ich will tun, was ich kann, dass wir diese deutsche Gewerkschaftsbewegung gemeinsam weiter in eine gute Zukunft führen können – trotz Krise und allem Drumherum.

Kolleginnen und Kollegen! Inne zu halten und über Grundsätzliches, über unsere Werte und Ziele nachzudenken, bevor es gleich in der Antragsberatung um unsere Politik für die nächsten vier Jahre geht, ist ein guter, ist ein wichtiger Brauch bei den Gewerkschaften, und ich bin froh, dass sich dieses 19. Parlament der Arbeit auch heute dafür Zeit nimmt. Ich muss die Kongressleitung um Verständnis bitten, dass ich mit zehn Minuten Redezeit jetzt nicht auskommen werde. (Vereinzelt Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, in den vergangenen Jahren hat es gewaltige Umbrüche gegeben. Und obwohl wir Gewerkschaften – das sage ich nicht ohne Stolz – gerade in der aktuellen Krise gehört werden in den Unternehmen, von Politik und in der Gesellschaft, obwohl wir Einfluss genommen haben und auch künftig Einfluss nehmen werden, müssen wir auch ungeheure Fehlentwicklungen zur Kenntnis nehmen.

Die Analyse ist ernüchternd, denn einiges ist aus dem Lot geraten in diesem unserem Land. Wir haben verhängnisvolle Jahre von Deregulierung, Privatisierung und zügelloser Globalisierung erlebt. Der historische Kompromiss der alten Bundesrepublik, der auch den kleinen Leuten ihr kleines Glück gönnte, der die Gesellschaft durchlässiger und den Aufstieg für alle greifbarer machte, wurde aufgekündigt. Und so kam vieles, an das wir geglaubt haben, unter die Räder.

Unsere Werte von guter Arbeit, Gerechtigkeit und Solidarität wurden erst verhöhnt und dann ausgehöhlt. Das Ergebnis war die schlimmste Krise seit Jahrzehnten. Deshalb bin ich überzeugt, sind wir überzeugt: Diese Gesellschaft muss dringend wieder in Ordnung gebracht werden. In eine gute, in eine soziale, in eine solidarische Ordnung. In eine neue Ordnung und nicht die Ordnung des Neoliberalismus, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir brauchen diese Ordnung, damit Arbeit, Gerechtigkeit und Solidarität wieder den Wert erhalten, der ihnen zukommt. Damit wir mit Arbeit, mit Gerechtigkeit und in Solidarität gemeinsamen Wohlstand schaffen können.

Wir brauchen eine soziale Ordnung, die krisenfest ist. Eine Ordnung, die den Sozialstaat stärkt und die Würde von Arbeit garantiert. Übrigens auch eine Ordnung, die Demokratie und Frieden sichert.

Kolleginnen und Kollegen, es ist die Arbeit, die die Werte schafft. Und wenn wir Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen von Arbeit reden, dann meinen wir sozial sichere, humane, menschenwürdige Arbeit.

Arbeit für alle. Arbeit, von der man leben kann.
Arbeit, von der Eltern ihre Kinder ernähren können.
Arbeit, die nicht krank macht.
Arbeit, bei der wir mitbestimmen können.

Aber die Wirklichkeit sieht anders aus. Ihr erlebt das täglich draußen vor Ort in den Betrieben, den Unternehmen, aber auch in den Warteschlangen der Jobcenter. Arbeit hat in den vergangenen Jahren vieles von ihrem Wert verloren. Und oft auch ihre Würde.

Wir haben ein Jahrzehnt der Anarchie auf dem Arbeitsmarkt erlebt. Das Ergebnis ist nicht mehr und bessere Arbeit, sondern mehr prekäre Beschäftigung, mehr Ungerechtigkeit, mehr Missbrauch von Leiharbeit, mehr Lohn-Ungerechtigkeit, mehr Armutslöhne, mehr Unterbeschäftigung – kurz, weniger Würde von Arbeit.

Millionen von Beschäftigten werden erpresst, müssen länger arbeiten und verdienen immer weniger. Und sie lassen sich darauf ein, einzig um ihren Job, ihre Existenz zu retten. Dabei wissen die meisten Arbeitgeber haargenau, wie leicht ihr Spiel ist. Denn schon die Drohung mit Arbeitslosigkeit, die Angst vor Hartz IV reicht aus, um die Menschen gefügig zu machen. Die Furcht sitzt tief, selbst den Arbeitsplatz zu verlieren und irgendwann auch die bürgerliche Existenz.

Ein dumpfes Gefühl von Bedrohung durch globale Entwicklungen, die kaum zu durchschauen sind, geschweige denn zu steuern, haben das gesellschaftliche Klima des vergangenen Jahrzehnts verändert. Sie haben das soziale Gleichgewicht in diesem Land empfindlich gestört.

Kolleginnen und Kollegen, es ist pervers, wohin der Geiz und die grenzenlose Gier einer schamlosen selbsternannten Elite diese Gesellschaft inzwischen gebracht haben. Schon fast ist das Chaos der Schamlosen Normalität geworden. Da geht der kurzfristige Gewinn über alles, ebenso das Wohl des Aktionärs.

Es wird gezockt statt produziert, die Vorsorge des ehrbaren Kaufmanns wird mild belächelt, aus Bankiers wurden Banker, und die Verantwortung für die eigenen Beschäftigten wird mehr und mehr auf den Staat abgeschoben.

Kolleginnen und Kollegen, ich erinnere mich an manche 1. Mai-Ansprache, in der ich, in der andere vor amerikanischen Verhältnissen auf unseren Arbeitsmärkten gewarnt haben. Heute haben wir sie. Da müssen Menschen beispielsweise in Bäckereien, bei Sicherheitsfirmen oder Friseuren für Löhne schufteln, von denen kein Mensch sich selbst, geschweige denn eine Familie vernünftig ernähren kann. Selbst dann nicht, wenn er oder sie zwei oder drei Jobs annähme.

Kolleginnen und Kollegen, dann schicken manche Arbeitgeber ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch noch zur Arbeitsagentur. Soll der Staat doch geben, was den Leuten zum Leben fehlt. Ich halte das wirklich für dreist. Das ist nicht mehr und nicht weniger als der tausendfache Missbrauch staatlicher Leistungen, Kolleginnen und Kollegen! (Beifall)

Immer mehr Unternehmen tragen den Wettbewerb um die niedrigsten Kosten und das günstigste Angebot gnadenlos auf dem Rücken der Beschäftigten aus. Und auf dem Rücken des Staates. National. In Europa. Und weltweit. Schamlos verbrämen sie blanke Ausbeutung mit angeblichen Zwängen der Globalisierung. Und ihre Helfershelfer in der Politik bereiten den Weg.

Im Jahr 2010 sind die Einkommens- und Vermögensunterschiede in Deutschland größer denn je. Im Jahr 2010 ist die Schere zwischen Arm und Reich, zwischen Arbeitenden und Arbeitslosen, zwischen Frauen und Männern, zwischen Leiharbeitskolonnen und Stammebelegschaft weiter geöffnet denn je. Im Jahr 2010 beziehen acht Millionen Menschen in Deutschland Leistungen von der Bundesagentur für Arbeit. Die offizielle Statistik weist allein 4,7 Millionen als „unterbeschäftigt“ aus, also als wirklich arbeitslos. Nur zur Erinnerung: Versprochen wurde uns eine Halbierung der Arbeitslosenzahlen.

Auch im Jahr 2010 haben die Armen kaum noch eine Chance, aus eigener Kraft ihrer Lage zu entkommen. Die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in reguläre Beschäftigung ist nach wie vor verschwindend gering. 40 Prozent der Langzeitarbeitslosen haben das Hartz-IV-System noch nie verlassen, seitdem es das gibt. Weitere 40 Prozent sind in irgendwelchen Maßnahmen, die mehr die Statistik bereinigen als den Betroffenen helfen. Und nur 20 Prozent sehen wenigstens ab und zu mal Licht am Ende des Tunnels.

Im Jahr 2010 hat die Kinderarmut erschreckende Ausmaße angenommen. Und ich mahne: Diese Kinder gehören wirklich auf die Agenda. (Beifall) Diese Kinder müssen ihre Chance bekommen. Sie dürfen nicht ausgegrenzt werden, nur weil ihre Mütter und Väter keine Arbeit finden oder arm sind. Oder Arbeiterkinder, deren Chancen, an die Universitäten zu kommen, immer schlechter werden.

Kolleginnen und Kollegen, es gehörte einmal zum gesellschaftlichen Konsens in der Bundesrepublik Deutschland, dass Intelligenz nichts mit dem Geldbeutel zu tun hat. Dass wir alle Kinder brauchen und dass Bildung ein Menschenrecht ist und

niemand ins Prekariat abgeschoben wird. Dass jedem Kind eine gute Schul- und Berufsausbildung zusteht. Ich selbst habe diesem emanzipatorischen Sozialstaat und seinem Bildungsversprechen viel zu verdanken. Viele von Euch vermutlich auch. Lasst uns das niemals vergessen und lasst uns dafür streiten, dass es wieder so wird, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Dieses Land ist im vergangenen Jahrzehnt aus dem Lot geraten. Der soziale Teil der Marktwirtschaft deutscher Prägung, der historische Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit wird systematisch, Stück für Stück, demontiert. Sicherlich nicht überall, wie zum Beispiel das Bekenntnis der Bundeskanzlerin zur Mitbestimmung oder Tarifautonomie belegt. Aber auch hier mahne ich. Die offensichtlich geplante Änderung der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts zur Tarifautonomie droht Splittergruppen zu begünstigen und damit das Tarifsystem auszuhöhlen. Die Tarifeinheit im Betrieb ist aber für uns ein unverzichtbarer Bestandteil dieses Systems. Das muss meines Erachtens im Tarifvertragsgesetz unmissverständlich klargestellt werden, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Aus dem Lot geraten ist auch soziale Gerechtigkeit. Sie verkommt zur Fürsorge, zur Armutsvorsorge, wie in Großbritannien. Das Schröder-Blair-Papier lässt grüßen. Aber auch dort hat ja New Labour die Quittung bekommen für die Verarmung der Armen und die Vergötterung der Märkte. Massenhafte Abhängigkeit von Hartz IV und Ein-Euro-Jobs haben mit sozialer Gerechtigkeit nichts mehr zu tun, wohl aber mit sehr viel Entwürdigung und Perspektivlosigkeit.

Die Solidarität der sozialen Sicherungssysteme wird immer dreister aufgekündigt. Wir erinnern uns: Schon in den 80er-Jahren haben die jeweiligen Bundesregierungen in Bonn immer mal wieder Milliarden zwischen Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung hin und her geschoben, wenn sich irgendwo ein Loch auftat. Richtig dramatisch wurde es, als die Konservativen die Kosten der deutschen Einheit nicht aus Steuern begleichen wollten, sondern diese Kosten den Sozialversicherungen aufbürdeten. Denn schon damals war es ja bei den Besitzenden verpönt, Steuern zu zahlen.

Aus der so verursachten Schiefelage hat sich die Rentenversicherung bis heute nicht richtig erholt. Ich sage: Wie viel stabiler wäre diese Rentenversicherung, hätte sie diese Verschiebebahnhöfe nicht verkraften müssen. Und wie viel stabiler wäre sie, würde die Politik nicht versuchen, die Altersvorsorge zumindest teilweise zu privatisieren und in die Hände von Zockern zu geben, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Wie viel stabiler wäre die gesetzliche Rente, wenn allein auf ihre Stärke, auf das Modell der Erwerbstätigenversicherung und die Ergänzung durch Betriebs- und Tarifrenten gesetzt würde.

Kolleginnen und Kollegen, die Folgen einer falsch angelegten Rentenpolitik müssen die Beschäftigten ausbaden, wie immer. Nicht die Demografie ist unser Problem, sondern die systematische Schwächung des gesetzlichen Umlagesystems. (Beifall)

Wir wehren uns mit Recht gegen die Rente mit 67. Denn solange es keine Arbeitsplätze für die Älteren gibt, solange jemand mit über 50 zum alten Eisen gehört, ist die Rente mit 67 nur ein Rentenkürzungsprogramm. Deswegen werden wir unseren Frieden damit nicht machen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Die Entsolidarisierung geht in der Krankenversicherung weiter. Die paritätische Finanzierung des Gesundheitswesens ist ja schon lange Geschichte. Ich erinnere nur an den Buß- und Betttag für die Pflege, das Krankengeld, das die Beitragszahler allein versichern.

Ich erinnere an die Praxisgebühr, gravierende Verschlechterungen beim Zahnersatz oder bei Sehhilfen und die drastischen Zuzahlungen für Medikamente.

Die Kopfpauschale aber ist der Gipfel: Da soll das Kapital endgültig aus der Mitverantwortung für die Gesundheit der Beschäftigten entlassen werden. Wer das will, der muss wissen: Das gibt Ärger mit uns. Wir werden dieser Herausforderung, dem Kampf gegen die Kopfpauschale, nicht ausweichen! Wir werden dagegen vorgehen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Ich füge hinzu: Niemand soll die Menschen für blöd halten. Die wissen, dass der versprochene Sozialausgleich nicht funktionieren kann, unter anderem deshalb, weil die Summen viel zu hoch wären, die man dafür bräuchte.

Wir glauben den Apologeten der Kopfpauschale ohnehin nicht. Der versprochene Sozialausgleich wird nicht kommen und soll nicht kommen. Wir werden dafür kämpfen, dass er auch nicht gebraucht wird, denn die Kopfpauschale selbst darf nicht kommen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Mit Blick auf den Sonntag vor einer Woche füge ich hinzu: Wenn die Wahlkämpfer von NRW ihr Wort halten und nicht brechen, dann wird die Kopfpauschale auch nicht kommen. Aber wir sollten trotzdem wachsam sein.

Übrigens: Es gibt vernünftige Alternativen zur ausschließlichen Koppelung der Krankenversicherungsbeiträge an die Löhne, nämlich eine Bürgerversicherung, in die jeder einzahlt und die allen nützt.

Kolleginnen und Kollegen, die traurige Wahrheit ist: Die Starken in dieser Gesellschaft wollen keine Verantwortung mehr für die Schwachen übernehmen. Und jene, die selbst in ihren Kreisen als die unverantwortliche Erbgeneration bezeichnet werden, halten sich für etwas Besseres. Sie wollen mit den vermeintlichen Verlierern nichts zu tun haben. Was sie wollen, ist: viel abschöpfen, Boni verdienen, gut leben, möglichst wenig Steuern zahlen, nur für sich selbst aufkommen – und das alles auf Kosten der großen Masse der kleinen Leute. Was sie nicht wollen, ist: Verantwortung übernehmen, Verantwortung für ihre Beschäftigten, für ihren Betrieb, für die Gesellschaft, in der sie leben.

Übrigens, Herr Vizekanzler, die alten Lateiner wussten schon: Quisquis agis prudenter agas et respice finem – Was du auch tust, handle klug und bedenke das Ende. Wenn er das gemacht hätte, dann hätte er bedacht, was er machen muss, wenn er wirklich Missstände anprangern will: Dann hätte er an die Schamlosigkeit der Eliten und das Los der Armen erinnern müssen, Kolleginnen und Kollegen, und an sonst nichts. (Beifall)

Merke: Auch im alten Rom waren nicht die Sklaven dekadent, sondern nur die Sklavenhalter. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, dass die Werte von Arbeit, Gerechtigkeit und Solidarität noch nicht gänzlich unter die Räder gekommen sind, ist vor allem uns, den Gewerkschaften, zu verdanken. Wir waren es, die immer wieder Front gemacht haben gegen unsoziale Politik, gegen das Singen neoliberaler Lieder, gegen die Verbeugung demokratischer Politik vor den vermeintlichen Sachzwängen einer Wirtschaft, die nach Maximalprofiten strebt.

Ja, wir haben den Finger in den vergangenen Jahren immer wieder in die Wunde gelegt, unverdrossen und ganz gleich, welchen Ärger wir uns einhandelten und mit wem wir uns Ärger einhandelten. Uns geht es ausschließlich darum, der Arbeitnehmerschaft und den sozial Schwachen eine Stimme zu geben – und das auch dann, wenn die Politik es vorzieht, wegzuhören.

Kolleginnen und Kollegen, die organisierte Arbeitnehmerschaft ist vor dem Neoliberalismus nicht in die Knie gegangen. Wir sind den geistigen Vätern des Neoliberalismus nicht gefolgt. Denn wir wissen, dass die Unterwerfung der Politik unter die Interessen des Kapitals weder modern ist noch zukunftsgerichtet, sondern dass eine solche Unterwerfung die Demokratie aushöhlen würde.

Wir haben zu Recht nicht auf das Totenglöckchen gehört, das uns manchmal geläutet wurde. Wir sind übrigens auch nicht die Ewiggestrigen, sondern die pragmatischen Utopisten, die den Fortschritt organisieren, den kleinen, aber stetigen Fortschritt. Zumindest haben wir vielfach den Rückschritt verhindert. Schutz und Gestaltung war unsere Aufgabe und bleibt unsere Aufgabe.

Die Gewerkschaften waren, sind und bleiben zu Recht selbstbewusst. Sie und ihr Bund sind stark und zukunftsfähig.

Kolleginnen und Kollegen, natürlich kann man Gewerkschaft auch anders organisieren, als wir das in Deutschland tun. Ich halte allerdings die Idee der Einheitsgewerkschaft, das Prinzip „ein Betrieb, eine Gewerkschaft“, den Betriebsbezug unserer Arbeit, das Industrieverbandsprinzip, die gemeinsame Organisation aller Generationen, anders als manchmal in der Zeit der Weimarer Republik gemeinsame Organisationen für Männer und Frauen, gemeinsame Gewerkschaften für Arbeiter, Angestellte und Beamte im öffentlichen Dienst, keine getrennten Verbände für unterschiedliche Status- oder Berufsgruppen und nicht zuletzt die Überzeugung, dass wir am besten wirken können, wenn wir mit jeder demokratischen Partei zusammenarbeiten, aber dies eben parteipolitisch unabhängig und ausschließlich geleitet von den gemeinsamen Interessen unserer Mitglieder – all dies, was das Prinzip der Einheitsgewerkschaft in Deutschland ausmacht, halte ich für wirklich zukunftsweisend.

Auch die Arbeitsteilung zwischen den Gewerkschaften und ihrem Bund ist im Prinzip richtig. Die Stärke der Gewerkschaften liegt im Betrieb, in der Handhabung der Mitbestimmung, in der Ausgestaltung der Tarifpolitik. Und sie gewinnt dadurch zusätzliche Kraft, dass die Gewerkschaften sich einen Bund geschaffen haben, der ihre Politik verallgemeinert und gesellschaftspolitisch vertritt. Dieser Bund, der DGB, ist so gesehen niemals die neunte Gewerkschaftsorganisation, sondern immer der gemeinsame Arm seiner Mitgliedsgewerkschaften.

Dass der neue Satzungsentwurf dieses Prinzip bestätigt und herausarbeitet, ist ein wichtiges Ergebnis unserer gemeinsamen Diskussionen: Die Gewerkschaften bekennen sich zu ihrem Bund und der Bund konzentriert sich auf die Aufgaben, die ihm die Gewerkschaften geben.

Eine wichtige Aufgabe des neuen geschäftsführenden Bundesvorstands wird es sein, die hauptamtlichen Strukturen im DGB nicht nur der neuen Satzung anzupassen, sondern auch zu modernisieren und effektiver zu machen. Dabei gilt es, alle im DGB mitzunehmen. Das gilt insbesondere auch für die Bezirke. Die innere Reorganisation wird umso erfolgreicher sein, als wir die Bezirksvorsitzenden in die Konzeptionierung und Erarbeitung dieser Reorganisation mit einbeziehen.

Kolleginnen und Kollegen, insgesamt: Dieser Bund, dieser DGB, und damit wir alle stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Denn wir sind nicht weniger, aber auch nicht mehr als die starke, einheitliche Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Und weil es so wichtig ist, wiederhole ich an dieser Stelle bewusst: Wir ergreifen Partei für die Schwachen, aber wir sind keine Partei. Das ist die Stärke der Einheitsgewerkschaft und ihre Begrenzung zugleich.

Das Streikrecht, die Wahrnehmung des Widerstandsrechts nach Artikel 20 unseres Grundgesetzes, aber auch unsere politischen Rechte einschließlich des Demonstrationsrechts innerhalb und außerhalb des Betriebes leiten wir aus diesem gewerkschaftlichen Grundverständnis ab. Und so schöpfen wir unsere Kraft aus der Einheit und aus uns selbst. Wir schöpfen unsere Kraft aus der Fähigkeit, Vielfalt zu gemeinsamer Stärke zu bündeln. Und wir schöpfen unsere Kraft auch aus der Bereitschaft, uns Mühe miteinander zu geben, auch wenn wir mal in der Sache anderer Meinung waren oder sind. Unsere Kraft kommt auch aus dem festen Willen, immer wieder Brücken zu bauen, um zum gemeinsamen Ziel zu kommen. Unsere Gestaltungskraft entsteht aus der Bündelung unterschiedlicher Kulturen und Erfahrungen, aber auch dem gemeinsamen Willen, für eine bessere Zukunft zu kämpfen.

Kolleginnen und Kollegen, so sind wir alle gemeinsam eine der bestimmenden Gestaltungskräfte in diesem Land geworden. Und dass der soziale Friede trotz aller Verwerfungen gehalten hat, das ist auch uns zu verdanken. Umso mehr haben wir die Verantwortung, ja die Pflicht, unseren Beitrag zu erbringen, damit dieses Land wieder ins Lot kommt. Und ich verspreche Euch: Wir werden dieser Pflicht nachkommen.

Was wir brauchen, ist ein sozial gerechteres und gesamtwirtschaftlich stabileres Wirtschaftsmodell, ein Modell, das Marktwirtschaft bejaht, aber dieser Wirtschaftsform feste Regeln gibt, das die Mitwirkung der Arbeitnehmerschaft und ihrer Gewerkschaften stärkt durch erweiterte Mitbestimmung der Betriebsräte und zusätzliche Rechte der mitbestimmten Aufsichtsräte und durch gesellschaftliche Kontrolle und Steuerung. Dazu müssen wir uns – wem sage ich das in diesen Tagen? – zualtererst der Finanzmärkte annehmen. Diese sind – daran besteht wohl kein Zweifel – national und international vollkommen aus dem Ruder gelaufen. Was mit der Krise des Bankensystems begann, schlug schnell auf die Realwirtschaft durch.

Dass die Regierungen mit Finanzspritzen ungeheuren Ausmaßes, mit Konjunkturspritzen, mit Kurzarbeitergeld sofort reagiert haben, das war wichtig, und das war auch richtig, auch jetzt beim Angriffskrieg der Hedgefonds gegen den Euro. Da haben wir auch erheblichen Einfluss gehabt, und wir haben ihn genutzt zum Wohl von Hunderttausenden, die nichts für diese Krise können, die nie von ihr profitiert haben, aber nun Angst haben müssen, in dem Strudel windiger Geschäfte ihre Existenz zu verlieren.

Doch dieser Spuk ist noch lange nicht vorbei. Lasst Euch nicht einreden, die Krise sei am Abebben. Diese Krise hat ohnehin schon eine gewaltige Schneise in die knappen Staatshaushalte geschlagen, und sie tut es immer wieder aufs Neue. Was das mittel- und langfristige für einen Sozialstaat bedeuten kann, das ist bereits in einigen europäischen Ländern zu besichtigen, und bei uns werden bereits dieselben Töne angeschlagen. Da werden öffentliche Dienste gekürzt, Renten und soziale Leistungen gekappt, da wird bei den kleinen Leuten gespart, und das immer mit dem Argument, das wir ja auch gestern Vormittag hörten, dass nun mal kein Geld da sei.

Ich kann nur jeden und jede in diesem Land davor warnen, diesen verhängnisvollen Weg zu gehen. Denn wenn sich diese Gesellschaft immer weiter spaltet, dann laufen wir Gefahr, mitten in eine Gesellschafts- und Staatskrise hineinzuschliddern. Und deren Folgen für Demokratie, Stabilität und den inneren und äußeren Frieden können wir gar nicht ermessen.

Auch deshalb werden die Gewerkschaften alles daran setzen, wieder Ordnung zu schaffen auf den nationalen und internationalen Finanzmärkten, wieder Ordnung zu schaffen bei der nationalen und internationalen Finanzwirtschaft, auch wenn jene selbst ernannte Elite, der wir das Elend zu verdanken haben, greint und jault und alles tut und weiter tun wird, um sich vernünftigen Regeln zu entziehen. Denn wir wissen, sie planen munter weiter, sie planen weiterzumachen, erneut auf den Finanzmärkten zu wetten, auf die Pleite großer und kleiner Unternehmen oder den Untergang einer ganzen Volkswirtschaft, eines Währungsverbundes, einer Staatengemeinschaft.

Es ist unverantwortlich, ja, in einigen Fällen, wie bei Goldman Sachs, offenbar auch kriminell, was Investmentbanker unter dem Deckmantel angeblich innovativer Finanzprodukte so getrieben haben und zum Teil noch treiben. Und es ist mindestens genauso unverantwortlich, dass die Politik zwar innerhalb von einer Woche Hunderte von Milliarden Euro bereitstellen kann, um die Zocker rauszupauken, es aber anderthalb Jahre nach dem Lehman-Crash immer noch nicht geschafft hat, wenigstens gefährliche Leerverkäufe wirksam zu unterbinden. Das ist und bleibt unverständlich, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Das gilt auch für die Notwendigkeit, Ratingagenturen an die Kette zu legen oder einen TÜV für neue Finanzprodukte einzuführen.

Um einen neuen Zusammenbruch zu verhindern, brauchen wir ausgesprochen restriktive Regelungen bei der Verbriefung von Forderungen. Mit ein bisschen Eigenkapitalunterlegung, worüber die letztendlich lachen, ist es da nicht getan. Wir brauchen ein Verbot von Leerverkäufen und ein Ende des Handels mit Kreditausfallversicherungen. Wir brauchen endlich ein Verbot, Risiken aus den Bilanzen auszulagern, ohne sie angemessen mit Eigenkapital zu hinterlegen. Und, Kolleginnen und Kollegen, die Staaten müssen sich endlich das Recht sichern, Banken notfalls zu zerschlagen, wenn sie zu groß und mächtig sind, um sie scheitern zu lassen. (Beifall)

Veräußerungsgewinne müssen übrigens endlich wieder versteuert werden. Es war ein wahrhaft kapitaler Fehler im doppelten Sinne des Wortes, diese Gewinne steuerfrei zu stellen, denn das war die Gruft für die Deutschland AG. (Beifall)

Nicht zuletzt brauchen wir endlich eine wirksame Finanztransaktionssteuer. Es ist sehr schön, dass es uns gelungen ist – auch gestern im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung mit allem, was darum herum war –, dieses Thema wieder in diese Gesellschaft zu tragen. Das hatte diese ja schon beinahe abgehakt nach dem Motto: „Wir werden es schon hinkriegen, dass darüber nicht weiter geredet wird.“ Nein, wir müssen die Stimme erheben. Denn es gibt zu dieser Steuer keine vernünftige Alternative, weil sie zum einen kurzfristige Geschäfte unattraktiver macht und zum anderen die Verursacher endlich an den Kosten des Desasters beteiligt werden.

Ich wiederhole mit anderen Worten das, was ich gestern bereits zur Eröffnung gesagt habe: Die Minibankenabgabe, die die Bundesregierung plant, würde ja nicht einmal ausreichen, eine Dorfsparkasse aufzufangen, geschweige denn ein Desaster dieses Ausmaßes, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Nein, wir brauchen eine vernünftige Finanztransaktionssteuer in Deutschland. Wenn diese für das Erste nicht durchsetzbar ist, dann darf sich die Bundesregierung wieder nicht herausreden, dann darf sie nicht hilflos mit den Achseln zucken, sondern dann muss sie sich als ersten Schritt, nicht als Ersatz, wenigstens für eine nationale Börsenumsatzsteuer entscheiden, wie sie in anderen europäischen Ländern einschließlich Großbritannien längst erhoben wird. Aber ich sage ausdrücklich: Die Börsenumsatzsteuer ist nicht Ersatz, sondern ist ein Schritt hin zu einer umfassenden Besteuerung von Finanztransaktionen, denn es geht ja insbesondere auch um die Besteuerung und die Lenkung und Kontrolle des Private-Equity-Markts und nicht nur des Public-Equity-Markts. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, wir bleiben dabei: Die Zeche müssen diejenigen zahlen, die uns reingeritten haben. Und es bleibt dabei: Die Lasten dürfen nicht allein auf die kleinen Leute abgewälzt werden. Ich habe an der Formulierung, an diesem „nicht allein“ sehr lange getüftelt. Es geht uns ja immer so locker über die Lippen, zu sagen „dürfen nicht auch“. Wir wissen doch schon, dass wir diejenigen sind, die wieder und wieder zur Kasse gebeten werden. Und wir wissen auch, dass immer wieder versucht wird, uns alleine zur Kasse zu bitten. Der erste Schritt zu mehr Gerechtigkeit, nicht zur Vollendung von Gerechtigkeit, das ist der, dass tatsächlich auch diejenigen, die das verursacht haben, mit zur Kasse gebeten werden, Kolleginnen und Kollegen, und nicht wieder allein die kleinen Leute die Karre aus dem Dreck zu ziehen haben. (Beifall)

Ich füge mit Blick auf die Realwirtschaft hinzu: Nicht zuletzt muss der Würgegriff gelockert werden, mit dem die Finanzwirtschaft die reale Wirtschaft zu strangulieren droht. Auch davon spreche ich, wenn ich sage, dass wir eine neue Ordnung schaffen.

Neben mir sind noch drei Vorsitzende hier anwesend, die den Gipfel bei der Bundeskanzlerin besuchten, als es um die sogenannte Kreditklemme ging. Was ist da nicht alles erzählt worden, wie man da helfen kann und will! Nichts, Kolleginnen und Kollegen, ist aber passiert. Es war ein bisschen Show für die Presse – mehr nicht.

Gerade – und das ist unsere große Befürchtung – jetzt, wo der Aufschwung in einigen Bereichen kommen soll, wo die Unternehmen wieder ihre Lager füllen müssen und wo sie wieder Kredite für neue Investitionen und Erweiterungsinvestitionen brauchen, diese allerdings nicht bezahlbar sind, droht die Finanzwirtschaft die Realwirtschaft zu strangulieren. Deswegen sage ich und bleibe auch dabei – das ist nicht einfach so dahingesagt –: Wir müssen dafür sorgen, dass der Würgegriff, mit

dem die Finanzwirtschaft die reale Wirtschaft zu strangulieren droht, gelockert wird. Das ist eine der existenziellen Fragen, ob wir überhaupt wieder Licht am Ende des Tunnels sehen.

Kolleginnen und Kollegen, es war niemals möglich – und es wird niemals möglich sein –, anständig und mit der stinknormalen Produktion guter Autos oder Maschinen, von Kuscheltieren oder Kartoffeln, mit Altenpflege oder Service und Vertrieb 20 oder 30 Prozent Gewinn zu machen. Das ist übrigens auch völlig in Ordnung so. Denn dauerhafte Renditen im einstelligen Bereich sind sehr, sehr viel seriöser.

Wer aber Gewinnhöhen von Hedgefonds anstrebt, der muss sich auch so benehmen wie sie, und der kann dies nur mit haltloser Spekulation schaffen. Der setzt dann nicht mehr auf das Erlblühen gesunder Unternehmen, sondern auf deren Ausplünderung und am Ende auch auf deren Zerschlagung. Der kauft und verkauft rund um den Globus Firmen wie Schweinehälften, ohne sich darum zu kümmern, wie die Geschäfte wirklich laufen und wie es den Beschäftigten geht. Der belastet gesunde Betriebe mit dem eigenen Kaufpreis und treibt sie in die Insolvenz.

Das ist es, was wir endlich unterbinden müssen. Die neue Ordnung, die ich meine, sieht anders aus: ein Finanzsystem, das der Realwirtschaft dient, statt sie von innen auszuhöhlen. Ich möchte Banken, die florierende Unternehmen mit ordentlichen Krediten versorgen. Das gilt übrigens auch für öffentliche Banken. Ihre ureigenste Legitimation besteht nämlich darin, dass sie sich eben anders benehmen als Hedgefonds und Investmentbanken. Sie haben nur dann eine wirkliche Existenzberechtigung, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Ihr Sinn kann doch nur darin bestehen, den kleinen Leuten und dem Mittelstand verpflichtet zu sein oder der öffentlichen Hand zu helfen, aktive Struktur-, Regional- und Industriepolitik zu betreiben.

Prinzipiell gilt: Was wir brauchen, sind Finanzmanager, die etwas riskieren, weil sie von neuen Produkten und Ideen überzeugt sind, die aber nicht auf ihr Scheitern wetten. Das ist es aber, was wir heute erleben. (Vereinzelt Beifall) Das setzt allerdings voraus, Kolleginnen und Kollegen, dass der Staat endlich die Kraft findet, die Finanzwirtschaft an die kurze Leine zu legen. Das setzt voraus, dass die demokratische Politik wieder das Primat vor einer selbstherrlich agierenden Wirtschaft bekommt. Das setzt den Willen zur Umkehr voraus. Das brächte das Finanzwesen wieder ins Lot. Das wäre ein wichtiger Beitrag zu einer neuen Ordnung.

Kolleginnen und Kollegen, Umkehr und Ordnung sind auch die Zauberworte für den Arbeitsmarkt. Zu lange haben wir uns den Blödsinn vom segensreichen Wirken eines Niedriglohnssektors, von der Notwendigkeit, Arbeitnehmerschutzrechte abzubauen und alles zu flexibilisieren, was möglich war, anhören müssen. Immer wieder wurde uns vorgehalten, dass Bescheidenheit bei Lohn und Schutzrechten das Mittel der Wahl gegen die Arbeitslosigkeit sei. Und wenn das nicht funktionierte – und es funktionierte nie –, dann redeten sich die Neoliberalen damit heraus, dass die bittere Medizin eben weiter genommen werden müsse, bis die Flasche leer sei. Nun ist die Flasche leer, und unsere Geduld ist am Ende. (Lebhafter Beifall)

Es ist schlicht eine Unverschämtheit, dass ausgerechnet die Schutzpatrone der freien Berufe den Mindestlohn verteufeln. Die wollen uns weismachen, dass das Ende des christlichen Abendlandes naht, wenn ein Mensch für gute Arbeit mindestens 8,50 Euro – und keinen Cent weniger – bekommt. Kolleginnen und Kollegen, ich habe einmal in den Gebührenordnungen gestöbert, die es so gibt: für Freiberufliche wie Ärzte, Tierärzte, Zahnärzte, Anwälte, Notare, Architekten, Steuerberater und und und. Für die sind Bezahlungssätze, das heißt richtige Mindestentlohnungen, per Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates festgeschrieben. 8,59 Euro gibt es zum Beispiel für die allgemeine Untersuchung eines Mastschweins. Das dauert dann aber keine Stunde.

Versteht mich recht: Ich habe nichts dagegen, dass auch Tierärzte oder Notare keine Lust haben, sich gegenseitig mit ihrem Stundenlohn Konkurrenz zu machen, sondern sagen, dass die Leute zu ihnen kommen sollen, weil sie gute Arbeit machen. Ich kann zur Not auch noch Verständnis dafür aufbringen, dass diese Gebührenordnungen jeweils still und heimlich vor den Bundestagswahlen angeglichen werden. Ich kann nur nicht einsehen, warum ein menschenwürdiges Entgelt nicht allen zustehen soll. Ich werde es nie akzeptieren, dass sich ausgerechnet die Ärmsten der Armen gegenseitig mit Hungerlöhnen unterbieten sollen, Kolleginnen und Kollegen. (Lebhafter Beifall)

Ich fordere die Regierungsparteien auf, mit diesem Irrsinn Schluss zu machen. „8,50 Euro Mindestlohn für alle“ ist und bleibt unsere Forderung, und wir werden sie auch durchsetzen – je schneller, desto besser. Ein solcher Mindestlohn wäre nicht nur ein sinnvoller Beitrag zur Bekämpfung von Armutslöhnen, sondern in meinen Augen auch ein sinnvoller Beitrag zur Absicherung des Tarifsystems nach unten.

Kolleginnen und Kollegen, das wäre ein überfälliger Anfang, dem weitere Schritte folgen müssten. Denn es wird Zeit, dass auch auf dem Arbeitsmarkt wieder eine soziale Ordnung geschaffen wird. So verlangen wir ein Ende der Subventionen von

Mini- und Midijobs, gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Männer und Frauen (vereinzelt Beifall), keinen Missbrauch der Zeitarbeit, also gleiche Arbeitsbedingungen und gleiche Bezahlung für Stammbeschäftigten und Leihbeschäftigte einschließlich mehr Mitbestimmung der Betriebsräte. (Vereinzelt Beifall) Wir verlangen nicht weniger als ein Ende der Tariffucht, mehr Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen, ein Austrocknen des Niedriglohnssektors und nicht zuletzt die Stärkung von sicheren, unbefristeten und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen. Nur dann – wir wissen es doch alle – können arbeitende Menschen – übrigens auch arbeitende junge Menschen – ihre Zukunft planen. Nur dann können sie ihren Angehörigen den nötigen Rückhalt geben. Dass selbst die OECD feststellt, dass die Einkommensungleichheit und Armut in Deutschland seit dem Jahr 2000 stärker zugenommen hat als in jedem anderen Land der OECD, ist ein Warnsignal für unsere Zukunft.

Kolleginnen und Kollegen, wir fordern Arbeitgeber und Politik auf, endlich gemeinsam mit uns gegenzusteuern – zum Wohle der gesamten Gesellschaft. Und komme uns bitte niemand mit den Sachzwängen der Globalisierung. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Immer häufiger sind es deutsche Firmen, die international die Löhne drücken. Die allermeisten Länder in der EU haben längst einen Mindestlohn, und deutsche Firmen sind es dann, die mit Billigangeboten kommen und jeden unterbieten, der vernünftige Löhne zahlt; das gilt nicht für alle, aber für viele.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben nicht den Ehrgeiz, Weltmarktführer bei der Lohndeflation zu sein. Im Gegenteil: Mit Blick auf den Niedriglohnsektor sage ich: Wir haben auch bei den Einkommen aus Arbeit einen ungeheuer großen verteilungspolitischen Nachholbedarf. Billigarbeit geht zulasten der kleinen Leute hier in Deutschland und auch in Europa. Sie ist menschenunwürdig und ökonomisch unsinnig. Nicht Einkommensverzicht, sondern eine massive Ankurbelung der Binnenfrage ist gerade in der Krise das Gebot der Stunde.

Wir Gewerkschaften wollen überall gute Löhne für gute Arbeit, und auch deshalb kämpfen wir für eine gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, und zwar in Deutschland und in Europa. Europapolitisch stehen wir vor einem Scheideweg. Bleibt Europa ein Hort des Neoliberalismus und der sozialen Stagnation, oder werden wir endlich die notwendigen demokratischen Rechte erstreiten, um die Eurobürokratie zu kontrollieren und zu verhindern, dass sich die Regierungen mit ihren unsozialen Absichten hinter Europa verstecken?

Tatsache ist: Auch nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages sind wir von demokratischer Kontrolle und Lenkung Europas noch ebenso weit entfernt wie von einer wirklich sozialen Staatengemeinschaft. Noch immer begreift sich die Euro-Bürokratie als Hüterin der Deregulierung, als Hüterin des freien Markts und der Unternehmerinteressen. Dabei müsste sie eigentlich die Profitgier im Geist der politischen und sozialen Menschenrechte zügeln. Sie müsste den Europäerinnen und Europäern von Portugal bis Rumänien, von Lettland bis Italien Mitsprache beim Haben und beim Sagen garantieren.

Und ich füge hinzu: Auch der Europäische Gerichtshof nimmt schon lange nicht mehr die Rolle des Fortschrittmotors wahr. Ernüchtert müssen wir feststellen: Auch nach der Erweiterung der EU auf 27 Mitgliedsstaaten ist nicht wirklich etwas gelungen, nämlich aus der Wirtschaftsgemeinschaft eine echte politische Union zu machen, von einer sozialen Union ganz zu schweigen. Das schränkt unsere Handlungsmöglichkeiten massiv ein.

Natürlich war es richtig, dass wir die Dienstleistungsrichtlinie vom Kopf auf die Füße gestellt haben, und es ist auch gut, dass wir das Herkunftslandprinzip bei der Behandlung von Arbeit verhindern konnten. Aber es ist leider auch wahr, dass wir allein mit der Verhinderung von Verschlechterungen kein soziales Europa schaffen können. Es ist wahr, dass wir kein soziales Europa schaffen können, wenn wir unsere Kräfte in immer wieder neuen Abwehrkämpfen verschleiben müssen.

Kolleginnen und Kollegen, ich bin zutiefst davon überzeugt: Europa braucht gemeinsame Zukunftsprojekte; Projekte, für die sich die Menschen einsetzen; Projekte, die sie nicht bekämpfen müssen, sondern für die sie sich begeistern können. Vielleicht könnte die Schaffung einer europäischen Wirtschaftsregierung ein solches Projekt sein: einer gemeinsamen Regierung, die ökonomischem, ökologischem und sozialem Fortschritt gleichermaßen verpflichtet ist; einer Wirtschaftsregierung, die in der Lage wäre, schnell und transparent Krisen zu meistern und Spekulanten das Handwerk zu legen; einer Wirtschaftsregierung, die eine gemeinsame Klimapolitik durchsetzt, die Mitbestimmung zum Maßstab macht, die Arbeitsplätze schafft und sichert sowie Industrie- und Umweltpolitik sinnvoll miteinander verbindet.

Aber auch dafür ist die echte Demokratisierung Europas Voraussetzung. Das bislang Erreichte ist schlicht zu wenig. Ohne Demokratie und ohne soziales Gewissen wird Europa scheitern.

Wir, die Gewerkschaften, wollen dies nicht. Wir können nur hoffen, dass die Euro-Bürokraten, das Europäische Parlament und die Regierungen endlich aufwachen.

Kolleginnen und Kollegen, der Ungeist von Deregulierung und Neoliberalismus, den müssen wir auch aus den Steuer- und Sozialversicherungssystemen vertreiben. Die Entstaatlichung hat zwischen 1998 und 2008, also in diesem Jahrzehnt, zu dem verrückten Ergebnis geführt, dass Deutschland als einziges Land in der Europäischen Union seine gesamten Staatsausgaben preisbereinigt *gesenkt* hat. Das heißt aber nicht, dass der Staat deshalb weniger Aufgaben hätte; er kann sie nur nicht mehr so oder nicht mehr so gut erledigen, wie es nötig wäre.

Es führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei: Wenn der Staat seinem gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsauftrag in Zukunft nachkommen will, müssen die Staatseinnahmen wieder steigen.

Kolleginnen und Kollegen, die sprichwörtliche schwäbische Hausfrau kann nämlich nicht nur sparen. Sie ist erst einmal eifrig hinterher, dass ordentlich was in die Kasse kommt. Und das kann man unseren Finanzministern auch nur empfehlen, Kolleginnen und Kollegen. Und wer ein wirklich gerechtes Steuersystem will, der muss dafür sorgen, dass die Starken mehr schultern als die Schwachen. Der muss sich endlich verabschieden von unsinnigen Steuergeschenken für Reiche und Superreiche, die inzwischen selbst vielen von denen peinlich sind, die sie bekommen sollen. Die halten das nämlich auch für unanständig. Und sie können rechnen. Sie wissen, dass man nicht alles haben kann: erst Milliarden für die Finanzindustrie und dann noch Steuergeschenke und gute Bildung und eine gute Infrastruktur und Sicherheit und ein funktionierendes Rechtssystem und und und. Das geht nicht; das wissen sie.

Aber was bislang nicht auf der Agenda steht, sind mehr Geld für Bildung, gute Infrastruktur, Sicherheit und ein funktionierendes Rechtssystem, sondern vor allem erst einmal Milliarden für die Finanzindustrie und Steuergeschenke. Und dagegen, Kolleginnen und Kollegen, wehren wir uns, und damit werden wir uns nicht abfinden. (Starker Beifall) Das ist übrigens auch der Grund, warum wir uns gegen die Schuldenbremse wehren; denn wir wissen nur zu gut, wie unsinnig sie ist. Sie war und bleibt der größte finanzpolitische Unsinn der Großen Koalition. Seriöse Politik wäre gut beraten, sie wieder aus dem Grundgesetz zu streichen.

Mit anderen Worten: Soziale Balance wird es auf Dauer nur geben, wenn wir wieder ein gerechtes, ein solidarisches Steuersystem haben: mit einem vernünftigen Spitzensteuersatz für die, die wirklich vermögend sind, mit passgenauen Abstufungen für jene, die weniger haben, und mit Hilfen für die, die Hilfen brauchen. Und nur, wenn der Staat endlich in der Lage ist, seine Aufgaben zu erfüllen, kann er auch dem Anspruch gerecht werden, die Zukunft aktiv zu gestalten.

Ja, auch die Staatsfinanzen brauchen eine neue Ordnung. Und das ist eben nicht die der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, sondern eine im Interesse der Arbeit und eines handlungsfähigen Staates. Eine neue Ordnung, die Gestaltungskraft freisetzt, ist es – ich bleibe dabei –, die dieses Land benötigt. Ohne zusätzliche, massive öffentliche Investitionen in Beton und Köpfe wird es nicht gehen. Das fängt bei der vernünftigen Kinderbetreuung an, geht über gute Schulen, herausragende öffentliche Universitäten und hört in der Forschungs- und Innovationsförderung nicht auf. Wir brauchen eine vorausschauende Industrie- und Dienstleistungspolitik, die den Einsatz neuer Technologien auch in bestehenden Branchen forciert; die es ermöglicht, dass Deutschland nicht nur bei den Investitionsgütern, in der Automobil- und Chemieindustrie oder im Maschinenbau Weltspitze bleibt, sondern Schritt halten kann in den strategisch zentralen Branchen der Informations-, Nano-, Umwelt-, Energie- und Biotechnologie.

Dazu gehört, dass forschungsnahen Dienstleistungen und Entwicklungen für kleine Unternehmen gefördert werden. Da hat unser Land noch zentrale Defizite. Da müssen endlich auch Leitmärkte definiert und Entwicklungsszenarien erarbeitet werden. Das würden wir unter aktiver Industriepolitik verstehen. So müsste eine ökologische Wirtschaftspolitik und eine „grüne“ Industrie dazu beitragen, dass wir künftig die natürlichen Ressourcen effizienter nutzen und Treibhausgas-Emissionen reduzieren.

Dazu brauchen wir den weiteren Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Zugleich müssen die Wirkungsgrade der Kraftwerke erhöht werden; denn Deutschland wird noch für einige Jahrzehnte auf nicht erneuerbare Energieträger angewiesen sein. Gleichwohl halten wir an dem Gesetz zum Ausstieg aus der Atomenergie fest (Beifall); denn Kernenergie ist umweltpolitisch gefährlich und wirtschaftspolitisch riskant. (Starker Beifall) Es wäre unverantwortlich, den mühsam gefundenen Kompromiss jetzt aufzukündigen und den Druck auf die Entwicklung alternativer Energiesysteme zu lockern. Wir fordern die Bundesregierung auf, am Atomausstieg festzuhalten.

Ich glaube übrigens auch: Es täte angesichts der Preisentwicklung auf den Rohstoffmärkten und den Spekulationswellen bei den Energieträgern dem Land gut, den Ausstieg aus der Steinkohleförderung rückgängig zu machen und auch die CO₂-Abscheidung und -Speicherung politisch zu ermöglichen. (Beifall) Denn mit der heimischen Braun- und Steinkohle können

wir die Versorgungssicherheit verbessern. Mit einem Bekenntnis zur Kohle könnte die Bergbautechnologie in die Zukunft geführt und der Zugang zu den Lagerstätten dieses im Land befindlichen Grundstoffes nachhaltig gesichert werden.

Kolleginnen und Kollegen, auch und gerade in der Krise müssen wir die industriellen Kerne erhalten. Es ist schlimm genug, dass allein im vergangenen Jahr jeder 20. Arbeitsplatz in der Industrie vernichtet worden ist. Da müssen wir schnell und wirksam gegensteuern. Es ist nämlich wesentlich teurer und mühsamer, niedergegangene Strukturen wieder aufzubauen, als sie über die Krise zu retten und/oder zukunftsfest zu machen. Es ist allemal sinnvoller, selbst neue Standards zu setzen und Weltnormen zu entwickeln, als sich von anderen Industrienationen abhängig zu machen.

Wie wichtig eine solide industrielle Basis ist, zeigt ein kurzer Blick auf Großbritannien. Dort trägt die industrielle Produktion nur noch mit etwa 13 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei, und das ist und bleibt einfach zu wenig. So weit dürfen wir es nie kommen lassen. Deutschland ist ein Industrieland und muss es bleiben. Wir brauchen starke, qualitativ hochwertige Industrien und Dienstleistungen gleichermaßen, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall) Deshalb muss die künftige Industriepolitik gesamtwirtschaftlich angelegt werden, und sie muss immer auch Dienstleistungspolitik sein. Dass diese Verzahnung entscheidend ist, zeigt schon die Geschichte vieler Erfindungen. Da werden in Deutschland Patente angemeldet, die Forschung wird auch gefördert, aber die neuen Produkte werden dann häufig im Ausland entwickelt oder produziert. Da gehen also Beschäftigungschancen verloren. Kommerzialisierungsfonds könnten hingegen das notwendige Kapital bereitstellen, Innovationsräte von Wissenschaftlern und Betriebsräten könnten wichtige Steuerungsfunktionen übernehmen, damit das, was hier erdacht wurde, auch hier zu guter Arbeit führt.

Grundvoraussetzung für eine wissensintensive Produktion, für eine gute Industriepolitik aber ist und bleibt ein Bildungssystem, das Chancengleichheit bis zum Abschluss eines Hochschulstudiums sichert. Auch das gehört zu einer sozialen Ordnung in Deutschland; denn Bildung ist kein Gedöns. Bildung ist unsere Zukunft. Sie ist für jeden einzelnen Menschen, aber auch für die gesamte Volkswirtschaft entscheidend.

Bildung ist auch entscheidend für die Entwicklung eines starken Dienstleistungssektors. Noch immer klafft eine große Dienstleistungslücke, vornehmlich im Bereich von sozialen Dienstleistungen. Wir werden gemeinsam Wege aufzeigen, wie gute Arbeit und gute Lebensqualität miteinander kombiniert werden können, vor allem in den Bereichen Kinderbetreuung, Gesundheit und Pflege. Deswegen wehren wir uns gegen eine weitere Demontage des öffentlichen Dienstes und gegen Sparorgien bei sozialen Dienstleistungen. Nicht zuletzt hier entscheidet sich, ob es uns gelingt, umzudenken, eine neue Ordnung zu schaffen und die Gesellschaft in der Balance zu halten beziehungsweise sie wieder in eine Balance zu bringen.

Wir müssen dringend in die soziale Infrastruktur investieren. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Zukunftssicherung; denn eine vorausschauende, solidarische Gesellschaft lässt die Menschen mit ihren Lebensrisiken nicht allein. Sie privatisiert und individualisiert sie nicht. Sie achtet vielmehr darauf, dass alle gemeinsam vorsorgen, um sich dann gegenseitig schützen zu können bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter oder Pflege.

Kolleginnen und Kollegen, ein meistens schöner, aber dennoch dramatischer Einschnitt in das Leben junger Menschen ist die Geburt von Kindern. Wir sagen: Das Familienmodell, das ausschließlich auf den männlichen Alleinernährer setzt, hat ausgedient. (Beifall) Eine moderne Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft braucht alle klugen Köpfe, seien es nun die von Männern oder die von Frauen. Schon die Klassiker der Arbeiterbewegung wussten, dass der Stand der Emanzipation der Frauen Ausdruck der Emanzipation der gesamten Gesellschaft ist. Oder wie mir eine Kollegin aus Angola einmal sagte: Die Diskriminierung von Frauen ist die Mutter aller Diskriminierungen. (Vereinzelt Beifall)

Wirkliche Wahlfreiheit heißt: Beide Elternteile sind zuständig für den Nachwuchs, beide müssen das Recht und die Möglichkeit haben, einem Beruf nachzugehen. Es muss endlich aufhören, dass Kinder in Deutschland ein Armutsrisiko sind – für junge Familien, aber auch für Alleinerziehende. (Beifall) Es ist gut, dass die Jobcenter künftig allen Müttern oder auch Vätern, die auf sich gestellt sind, eine Kinderbetreuung anbieten müssen. Nur so wird es den Müttern oder Vätern gelingen, der Hartz-IV-Falle wirklich zu entkommen.

Mehr Frauen in der Erwerbstätigkeit haben übrigens ganz automatisch auch zur Folge, dass die Nachfrage nach Kinderbetreuung und Altenpflege als Dienstleistung wächst – erstens, weil die Doppelbelastung von Familie und Beruf weder für Männer noch für Frauen auf Dauer ohne Hilfe zu stemmen ist, und zweitens, weil einfach auch mehr Geld da ist, um gute Dienstleistung bezahlen zu können. Deshalb sagen wir: Der Ausbau sozialer Dienstleistungen und nicht der Rückbau oder der Verzicht ist das Gebot der Stunde.

Kolleginnen und Kollegen, es ist eine große Vision, das wieder in Ordnung zu bringen, was in zwei, drei Jahrzehnten in Deutschland durcheinander geraten ist. Es ist eine wirkliche Herausforderung, eine neue Ordnung für die guten Ziele Arbeit, Gerechtigkeit und Solidarität zu schaffen. Dann wäre diese Gesellschaft wieder auf der Höhe der Zeit. Neoliberalismus war gestern, soziale Gerechtigkeit könnte morgen sein. Es wird nicht auf die Schnelle möglich sein, das gesellschaftliche Klima zu erneuern, die Deutungshoheit zurückzuerlangen und dem Grundgesetz und seinen Normen wieder Geltung zu verschaffen. Aber je früher wir anfangen, desto besser ist das für die Gewerkschaften, für unsere Mitglieder und für die gesamte Gesellschaft. Denn nach wie vor gilt: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Und: Eigentum verpflichtet.

Unsere Vision ist eine menschliche, eine gerechte, eine solidarische Gesellschaft mit guter Arbeit für alle. Es hat einmal eine Zeit gegeben, da war es verpönt, eine Vision zu haben. Mehr noch: Wer Visionen hatte, wurde zum Arzt geschickt. Welch ein Irrsinn! Wir wissen: Wer keine Vision hat, dem fehlen Richtung und Ziel. Wer nicht weiß, wohin er will, der irrt umher, und der verirrt sich auch, Kolleginnen und Kollegen. Und genau das ist geschehen. Neoliberalismus, Deregulierung und Privatisierung waren gigantische Irrtümer. Sie haben Wirtschaft und Gesellschaft in eine Sackgasse geführt.

Kolleginnen und Kollegen, wir müssen aus dieser Sackgasse heraus. Die deutschen Gewerkschaften und ihr Bund, der DGB, haben die Kraft zur Veränderung. Wir können den gesellschaftlichen Diskurs anstoßen – überall, in jedem Ort, in jedem Bezirk, in den Städten und Landkreisen genauso wie in den Betrieben. Wenn wir zusammenstehen, wenn wir es ernst meinen mit Einheitsgewerkschaften, die sich von niemandem zersplittern lassen, und wenn wir – bei allem Streit in der Sache – Solidarität leben, dann können wir dieses Land verändern. Dann können wir wieder Ordnung schaffen – eine neue Ordnung, Ordnung in den Köpfen und Ordnung im System. Das ist eine große Herausforderung. Ich nehme sie an. Ich freue mich darauf, es gemeinsam mit Euch zu tun in den nächsten vier Jahren. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (Lang anhaltender starker Beifall – in rhythmisches Klatschen übergehend)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Lieber Michael, vielen Dank für Deine klaren Worte, insbesondere für Deine klaren Worte gegen jede Form von Armut. An unserer Seite sind nicht nur altrömische Denker und Arbeiterführer, sondern auch der größte deutsche Dichturfürst, der einmal sagte: Armut, Keuschheit und Gehorsam – unerträglich sind sie alle. (Heiterkeit – Beifall)

Ich gebe Euch jetzt 15 Minuten Zeit, Eure Gedanken zu sortieren. Ihr könnt gerne Eure Wortmeldezettel in der Pause abgeben. Pünktlich in 15 Minuten machen wir weiter. Bis gleich.

(Unterbrechung des Kongresses: 15.09 Uhr)

(Fortsetzung des Kongresses: 15.25 Uhr)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Ich bitte Euch, wieder hereinzukommen und die Plätze einzunehmen, damit wir die Diskussion starten können. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, kommt bitte herein, wir möchten die Aussprache beginnen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte kommt herein und nehmt Eure Plätze ein. Wir möchten beginnen mit der Diskussion. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf ein Letztes: Bitte nehmt Eure Plätze ein, damit wir beginnen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zur Aussprache. Bitte beachtet die Redezeit von zehn Minuten. Nach acht Minuten springt die Ampel von Grün auf Gelb. Wenn sie auf Rot springt, habt Ihr noch circa 30 Sekunden Zeit, einen Schlusssatz zu formulieren.

Uns liegen bis jetzt 17 Wortmeldungen vor. Wir freuen uns auf eine muntere, bewegte Diskussion mit Euch allen. Die erste Wortmeldung ist von Ellen Paschke von ver.di, Delegiertennummer 349. – Ellen, Du hast das Wort.

Ellen Paschke

Danke schön. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein wunderschöner Tag, nicht nur weil wir heute den DGB-Bundesvorsitzenden mit einem Superstimmergebnis gewählt haben und den DGB-Bundesvorstand – nebenbei bemerkt auch, weil Michael Sommer hier frischen Wind in den Kongress hereinbringt, weil er sich ja selbst um die Klimaanlage gekümmert hat – , sondern auch, weil wir als ver.di bei einem kirchlichen Krankenhaus in Hamburg gestreikt haben und der Arbeitgeber Kirche versucht hat, durch eine Einstweilige Anordnung diesen Streik zu verhindern. Die Richterin am Arbeitsgericht in Hamburg hat dem Kirchenarbeitgeber signalisiert, ich werde gegen Sie entscheiden, und das hat den Arbeitgeber veranlasst, seine Klage auf Einstweilige Anordnung zurückzuziehen. Das ist ein Supererfolg, weil die Kirchen uns das Streikrecht ja streitig machen, Kolleginnen und Kollegen. (Zustimmung – Beifall)

Und warum machen die Kirchen uns das Streikrecht streitig? Eigentlich ist auch, sage ich mal, der Mainstream in der Rechtsprechung so, dass sie sagen, die Kirchen haben ein Sonderrecht, den so genannten Dritten Weg. Sie müssen nicht mit Gewerkschaften Tarifverhandlungen führen, sondern sie können das mit eigenen arbeitsrechtlichen Kommissionen machen. Der Grundstein dafür ist 1949 gelegt worden, als den verfassten Kirchen und ihren Wohlfahrtsverbänden anstelle von Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften zur Ablösung der NS-staatlichen Tarifordnung ein kircheneigener Weg gestattet worden ist.

Die kirchlichen Vertragsordnungen ermöglichten nach innen die Regulierung der Arbeitsverhältnisse durch ein innerkirchliches Entscheidungssystem und schirmten sie nach außen von Gewerkschaften und teilweise vom System der staatlichen Arbeitsrechtsprechung ab. Die kirchlichen Vertragsordnungen anstelle von Tarifverträgen ab 1949 und die arbeitsrechtlichen Kommissionen anstelle von Verhandlungen mit Gewerkschaften ab 1952 leiteten die Sonderstellung des kirchlichen Sektors, bezogen auf die Form der Regulierung der kirchlichen Arbeitsverhältnisse, ein.

Diese Entwicklung wurde auch noch begleitet durch die Herausnahme der Kirchen aus dem Betriebsverfassungsgesetz im Jahr 1952 und die Herausnahme aus dem Bundespersonalvertretungsgesetz aus dem Jahr 1955. Wir haben nämlich bei den Kirchen ein so genanntes Mitarbeitervertretungsgesetz. Der DGB hat damals, 1970 und auch im Jahr 2000, interveniert, um sozusagen die Kirchen als Tendenzbetrieb in das Betriebsverfassungsgesetz hineinzukriegen. Es ist uns gegen die Politik nicht gelungen.

Mit dem Gesetz über die soziale Pflegeversicherung 1994 wurde in einem Feld bis dahin gesetzlicher Regelung der sozialen Fürsorge nicht mehr ein Vorrang, sondern die Gleichstellung der frei gemeinnützigen Träger mit privatgewerblichen Anbietern verankert.

Die Sozialgesetzgebung kennt seitdem keinen freien Träger mehr, sondern nur noch Leistungserbringer. Mit anderen Worten: Der gesamte soziale Bereich wurde zum Wettbewerb und auch zum Abschuss freigegeben – das hört sich jetzt ein bisschen komisch an –, zum Abschuss für eine Lohnspirale, die ständig nur nach unten gegangen ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das hat die Diakonie, das haben die Kirchen sehr bewusst mitgemacht. Sie hätten damals mit den Gewerkschaften zusammen dafür kämpfen können, das zu verhindern. Das haben sie aber nicht gewollt. Im Gegenteil, die Diakonie hat 1996 einen ersten Arbeitgeberverband gegründet, den Verband Diakonischer Dienstgeber in Deutschland. Dem Arbeitgeberverband gehören heute hundert Träger an mit circa 350.000 Beschäftigten. Man höre und staune, die selbstgesetzte Funktion als Arbeitgeberverband wurde noch unterstrichen im Jahr 2000 durch den Beitritt zum BDA.

Dieser Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik hin zu mehr Wettbewerb wurde von den Kirchen begrüßt. Sie haben gesagt: Wir müssen uns anders aufstellen. Wenn wir überleben wollen, haben wir nur eine Chance, wenn wir die Personalkosten reduzieren. Das haben sie gemacht. Seit 2002 praktizieren die Kirchen alles, was andere Arbeitgeber auch machen. Sie senken die Löhne. Als Beispiel: Eine Pflegehelferin bekommt im Tarifvertrag öffentlicher Dienst 10,48 Euro, bei der Diakonie 8,61 Euro. Sie gründen aus, sie richten Serviceeinrichtungen ein, wo gar nichts gilt, weder Arbeitsvertragsrichtlinien noch Tarifverträge. Dort gilt auch das Mitarbeitervertretungsgesetz nicht. Dort gilt auch kein Betriebsverfassungsgesetz. Sie gründen Aktiengesellschaften. Der fünftgrößte Gesundheitskonzern in Deutschland gehört der Kirche, heißt Agaplesion, hat 22.000 Beschäftigte mit steigender Tendenz. Da gilt kein Tarifvertrag, und da gibt es auch keinen Betriebsrat, sondern eine Mitarbeitervertretung.

Alles das, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen wir nicht mehr mitmachen, weil wir das für einen Skandal halten, dass sich die Kirche hier einen Wettbewerbsvorteil verschafft. (Beifall) Darum haben die ver.di-Kommissionsmitglieder der arbeitsrechtlichen Kommission Diakonisches Werk evangelische Kirche Deutschland im letzten Jahr beschlossen: Wir steigen da aus, weil das keine Verhandlung mehr auf Augenhöhe ist. Es gibt zu allem Überfluss auch noch eine Zwangsschlichtung. Das, was der Vorsitzende letztendlich entscheidet, muss angenommen werden.

Wir haben die Kirche oder diesen „V3D“-Arbeitgeber zu Tarifverhandlungen aufgefordert. Das hat er abgelehnt. Wir haben gestreikt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Vorsitzende hat zu den Streikenden geredet. Die Kirche hat gesagt: Das ist ein Skandal, dass ein Gewerkschaftsvorsitzender zu Streikenden spricht. In der Kirche darf man gar nicht streiken. Ich nenne das einen Skandal, und dagegen müssen wir uns wehren, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Die Kirchen bedrohen ihre Beschäftigten, wenn sie sich an Warnstreikaktionen beteiligen. Sie drohen ihnen an, sie zu entlassen und Abmahnungen auszustellen. Bis jetzt haben sie das noch nicht gemacht, aber sie haben ver.di verklagt. Drei Landeskirchen und zehn diakonische Einrichtungen haben in Bielefeld eine Klage eingereicht. Das mutet schon etwas komisch an, weil wir in den drei Landeskirchen überhaupt nicht gestreikt haben. Aber prophylaktisch kann man das ja trotzdem mal versuchen.

Leider sind wir in der ersten Instanz auf eine Arbeitsrichterin gestoßen, die den Arbeitgebern Recht gegeben hat. Die Kirchen argumentieren nämlich so: Ihr Selbstverständnis – alle arbeiten ja im Garten des Herrn und sind daher keine normalen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – ist, dass sie nicht aussperren. Die Richterin hat entschieden, wenn die Arbeitgeber Kirchen nicht aussperren, darf auch nicht gestreikt werden. Wo sind wir denn in dieser Bundesrepublik, liebe Kolleginnen und Kollegen? Übertrag das mal auf Eure Bereiche. (Beifall) Herr Hundt erklärt morgen, ich sperre nie mehr aus, das hat der Vorstand jetzt beschlossen, und Ihr dürft nicht mehr streiken. Ich glaube, so geht das nicht.

Wir werden nicht nachlassen. Wir sind sozusagen wild entschlossen. Wir haben die Arbeitgeber erneut zu Tarifverhandlungen aufgefordert. Wir werden Druck machen in den Betrieben. Wir werden dort streiken, wo die Arbeitgeber noch nicht geklagt haben. Wir werden die Politik bewegen. Wir werden Öffentlichkeitsarbeit machen. Und wir müssen auch den dritten Weg gehen, in diesem Fall die Rechtsprechung. Wir müssen vor die Gerichte ziehen. Wir sind wild entschlossen, bis vor das Bundesverfassungsgericht zu gehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil Beschäftigte bei der Diakonie keine der Fürsorge und Lenkung Bedürftige sind. Sie sind mündige Bürger und Bürgerinnen und Beschäftigte, die ein Recht haben wie alle anderen auch, gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft die Arbeitsverhältnisse durch Tarifverträge zu gestalten. Dafür werden wir kämpfen, und wir werden am Ende gewinnen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Ellen. Es folgt Volker Mörbe, ver.di, Delegiertennummer 343. Volker, Du hast das Wort.

Volker Mörbe

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir geht es in Ergänzung zum Referat von Michael Sommer um die Zukunft der Gesundheitsversorgung. Seit vielen Jahren gibt es Änderungen immer zulasten der Arbeitnehmer. Die paritätische Finanzierung wurde immer mehr zugunsten der Arbeitgeber verschoben. Die Arbeitslosigkeit, der rapide steigende Niedriglohnssektor und der sinkende Anteil der Löhne am gesellschaftlichen Gesamteinkommen gefährden die finanzielle Basis.

Jetzt kommt Schwarz-Gelb daher und will die Kopfpauschale. Hohe Einkommen würden entlastet auf unsere Kosten. Arbeitnehmer sollen zu Bittstellern für staatliche Transferleistungen herabgewürdigt werden. Wir sollen auch in der Gesundheitsversorgung verhartet werden. Wir sollen betteln um Gesundheitsleistungen. Wegen der Schuldenbremse im Grundgesetz werden diese Leistungen aber wahrscheinlich sehr schnell verschwinden.

Die Wähler in Nordrhein-Westfalen haben dieser schwarz-gelben Politik eine Abfuhr erteilt. Das heißt aber nicht, dass die Gefahren beseitigt sind. Die FDP hatte nur die bewährte Salami-Taktik verlassen und wollte jetzt ein zu großes Stück abschneiden. Dabei wurde zu vielen deutlich, wohin die Reise geht. Jetzt werden wir wohl wieder mundgerechte Scheiben vorgesetzt bekommen. Aber die Richtung bleibt.

Die Kopfpauschale ist aber nur die Spitze des Eisbergs. Viel gefährlicher: Unter der Wasserfläche lauert die vollständige Abschaffung der paritätischen Finanzierung und die Einführung unterschiedlicher Leistungen je nach persönlichen Zuzahlungs- oder Zusatzversicherungsmöglichkeiten. Das soll jetzt wohl erst einmal für zukünftige Verbesserungen in der Medizin gelten.

In der Koalitionsvereinbarung steht dazu: „Die Versicherten sollen auf der Basis des bestehenden Leistungskatalogs soweit wie möglich ihren Krankenversicherungsschutz selbst gestalten können. Wir wollen die individuellen Wahlmöglichkeiten und Entscheidungsspielräume der Patientinnen und Patienten sowie der Versicherten erweitern. Daher werden wir prüfen, wo Mehrkostenregelungen sinnvoll zum Tragen kommen können.“

Mit dem Einfrieren des Arbeitgeberanteils und der einkommensunabhängigen Kopfpauschale werden zwei Dinge angestrebt. Erstens wird der Zusammenhang zwischen der Arbeitswelt und der Gesundheit vollständig geleugnet. Das Krankheitsrisiko wird individualisiert. Verhältnisprävention wird zugunsten einer reinen Verhaltensprävention aufgegeben. Da wird die Frage, ob wir rauchen, plötzlich bedeutsamer als die Frage nach den Arbeits-, Wohn- und Lebensbedingungen.

Zweitens wird mit der Einheitsprämie und der Abkoppelung von den Arbeitskosten der Weg geebnet für die Privatisierung der gesetzlichen Krankenversicherungen. Jährlich werden Hunderte von Milliarden Euro für Gesundheitsleistungen in

Deutschland umgesetzt. Das weckt Begehrlichkeiten. Die privaten Versicherungen hätten natürlich am liebsten den ganzen Kuchen oder wenigstens einen deutlich größeren Teil davon. Die Privatisierung der gesetzlichen Krankenversicherungen würde den Kapitalmarkt ordentlich aufpumpen. Ordentlich Geld verdienen lässt sich durch deutlich höhere Zuzahlungs- und Zusatzversicherungen.

Gesundheit ist für uns alle ein hohes Gut. Wer viel Geld hat, ist bereit, für seine Gesundheit auch viel auszugeben, wer nicht so viel hat, ist bereit, bis an die Grenze seiner finanziellen Möglichkeiten zu gehen – ein ideales Geschäftsmodell. Aber das funktioniert natürlich nur, wenn man dafür mehr Leistung bekommt als andere. Über unterschiedliche Angebote, die gerade zulasten von uns Arbeitnehmern gehen würden, könnte man in der Gesundheitswirtschaft also kräftig dazuverdienen. Im Moment sind die Unterschiede noch nicht so gravierend. Wenn Krankenhäuser durch einen Mauerdurchbruch künstlich aus Zweibettzimmern Vierbettzimmer machen für Kassenpatienten, weil die Privatversicherung sonst für ihre Privatpatienten für Zweibettzimmer nichts mehr bezahlen will, ist das zwar absurd, aber noch harmlos. Problematischer wird es schon bei unterschiedlich langen Behandlungsfristen. Unerträglich wird es, wenn echte qualitative Unterschiede in Therapie und Diagnostik gemacht werden, so wie es im Koalitionsvertrag für die Zukunft angedeutet ist.

Die FDP nennt das Wahlfreiheit – pervers, wenn eine Schlechtersversorgung Ärmere dazu herhalten muss, um Geld von den Einkommensstärkeren zu bekommen. Sie wollen unsere solidarischen Prinzipien einfach umdrehen. Aus der einkommensabhängigen Finanzierung machen sie die einkommensunabhängige Finanzierung und folgerichtig aus der einkommensunabhängigen Versorgung plötzlich eine einkommensabhängige Versorgung.

Ein sogenannter Gesundheitsökonom der Uni Bayreuth, dessen Lehrstuhl – nebenbei gesagt – von einer börsennotierten Krankenhauskette finanziert wird, erklärte vor einiger Zeit in Stuttgart: Wenn du arm bist, musst du früher sterben. Aber das ist doch ganz normal in unserer Gesellschaft: Wenn man bei einem Unfall in einem Golf sitzt, ist das Risiko, zu sterben, ja auch größer, als wenn man in einem Mercedes sitzt. Das ist viel Zynismus für ein Land mit Altersarmut und Armutslöhnen.

Die Verweigerung gesetzlicher Mindestlöhne und die Individualisierung der Gesundheitsrisiken sind zwei Seiten einer Medaille der arbeitnehmerfeindlichen Politik von Schwarz-Gelb. Bisher standen auch die verbliebenen Reste der paritätischen Finanzierung der freien Entwicklung des Marktes im Wege, weil ja die Arbeitgeber die damit verbundene Verteuerung mitfinanzieren müssten. Wird diese finanzielle Beteiligung ganz aufgegeben, ist zu befürchten, dass auch die Arbeitgeber, die nicht direkt am Gesundheitswesen verdienen, dieser Entwicklung nichts mehr entgegensetzen.

Die Unterfinanzierung gerade auch der Kommunen ist in diesem Fall politisches Programm, weil es direkt zu Privatisierungen führt. Damit wird marktgerechtes Verhalten ausgebaut. Gerade im Gesundheitswesen steht marktgerechtes Verhalten oft genug gegen bedarfsgerechtes Verhalten. Die Beschäftigten in den privatisierten Betrieben wie den Krankenhäusern müssten für die Rendite arbeiten, statt alles für die Patienten zu geben. Wir haben in Deutschland schon jetzt einen höheren Anteil an privaten Krankenhäusern als zum Beispiel die USA.

Eine Privatisierung sowohl bei der Finanzierung als auch bei den Leistungserbringern wäre nicht nur der falsche Weg, sondern würde auf diesem Weg Brücken einreißen, was eine Rückkehr im Interesse von uns Arbeitnehmern fast unmöglich machen würde. Deshalb brauchen wir ein offensives Auftreten gegen jeden Schritt in diese falsche Richtung.

Wir brauchen einen aktiven Sozialstaat. Wir brauchen eine solidarische Bürgerversicherung, die jede Bürgerin und jeder Bürger entsprechend der finanziellen Leistungsfähigkeit finanziert, und zwar unter Einbeziehung aller Einkommensarten und aller Einkommenshöhen. Dazu gehört die Rückkehr zu einer echten paritätischen Finanzierung durch die Arbeitgeber.

Die Finanzmärkte müssen reguliert und nicht durch unsere Sozialmilliarden weiter aufgepumpt werden.

Der freie Zugang aller zum Gesundheitswesen, unabhängig vom individuellen Geldbeutel und nur nach den medizinischen Notwendigkeiten, ist ein hohes öffentliches Gut. Es ist unser soziales Eigentum. Gesundheit ist keine Ware. Wir dürfen uns dieses soziale Eigentum nicht von den Kaufleuten und den Börsenspekulanten nehmen lassen. Wir müssen diese von der Arbeitnehmerbewegung mühsam erkämpfte Errungenschaft auch künftigen Generationen erhalten. Dazu haben wir als Nächstes am 12. Juni Gelegenheit mit Demonstrationen hier in Berlin und in Stuttgart. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Ich gebe als nächstem Redner das Wort dem Kollegen Günther Sorgalla von TRANSNET, Delegiertenummer 264. – Günther, Du hast das Wort.

Günther Sorgalla

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Die Bundeskanzlerin hat uns gestern zweimal sehr derb vor die Schienbeine getreten. Ich meine zum einen die Mindestlohnaussage und zum anderen die Rente mit 67. Das Presseecho zu unseren Reaktionen war verhalten. Ich möchte Euch auffordern und herzlich bitten: Tun wir etwas mehr dagegen. Wenn wir hier im Saal dagegen wettern, hilft das nichts. Meine Idee wäre: Schreiben wir ihr tausend – oder besser: zehntausend – E-Mails, dass wir das, was sie uns hier geboten hat hinsichtlich der alternden Gesellschaft, nicht hinnehmen wollen. Eine alternde Gesellschaft ist etwas Positives. Es ist ja das Fortschrittliche, dass es den Menschen gelungen ist, eine höhere Lebenserwartung herbeizuführen. Sie dafür zu bestrafen, dass sie länger arbeiten müssen und aus diesem Grund weniger Rente bekommen, was es ja im Umkehrschluss bedeutet, kann doch nicht hingenommen werden.

Alle Erläuterungen, die dazu gegeben werden, sind falsch. Man muss, wenn man 30 ist, die Perspektive haben, dass mit 65 Ende ist. Dann kann man alles andere regeln, aber nicht dadurch, dass man alle fünf Jahre bei jedem Regierungswechsel in ein neues Desaster kommt.

Wehret den Anfängen. Wir haben Anfang der Neunzigerjahre die Frühverrentung propagiert. Die Konzerne sind stinkreich geworden, und die Leute, die damals mit 55 das Arbeitsleben verlassen mussten, sind heute bettelarm. Das darf uns nicht noch mal passieren. Wir müssen die Stimme erheben und müssen etwas tun. Mein Vorschlag wäre dieser: Wir können ja nicht ständig bei Frau Merkel vor dem Bundeskanzleramt stehen, aber sagen sollten wir es ihr. Die Medien sind heute so präsent; man kann das machen.

Ich muss Euch allerdings auch sagen: Es gibt das tolle Internet mit der Website „Abgeordnetenwatch.de“; da antworten auch viele Abgeordnete, außer Frau Merkel. Sie verweist auf ihre eigene Homepage. Deshalb muss man sie direkt anwählen, sonst kriegt man da keine Reaktion.

Ich habe mich mal umgesehen, um zu erfahren, was wir als Einzelgewerkschaft tun. Die IG BAU hat draußen zwei tolle Flyer liegen. Wir sollten mehr dafür werben, dass wir erst mal in unseren Organisationen hundertprozentig davon überzeugt sind, dass der Weg in den späteren Renteneintritt falsch ist, der kann nicht richtig sein. Mir kommt das manchmal so vor wie zu Zeiten, als die Dampfloks erfunden wurden. Die wurden auch als Geistergeräte hingestellt: Die Menschen werden krank, das ist Teufelszeug. Heute weiß jeder: Ohne diese Entwicklung wäre nichts gegangen.

Die älteren Menschen, die dann freigesetzt sein werden, repräsentieren dann also den Staat. Die können viele Dinge machen. Die könnten zum Beispiel die ganzen Tagesmuttis machen. – Danke schön. (Heiterkeit – Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Das mit den Tagesmuttis war ein interessanter Ansatz. (Große Heiterkeit) Ich denke, wir kriegen gleich noch ein paar Antworten von unseren Kollegen Seniorinnen und Senioren.

Lorenz Müller-Morenius von ver.di mit der Delegiertennummer 344 hat nun das Wort.

Lorenz Müller-Morenius

Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir müssen an dieser Stelle auch über Kultur reden. Wir müssen nicht nur deshalb über Kultur reden, weil der DGB mit ver.di eine Gewerkschaft an seiner Seite hat, die die größte kulturpolitische Organisation in diesem Land ist. ver.di hat sie alle, (Heiterkeit) nicht als Einzelmitglied, aber als Berufsgruppe. Dort sind die Tänzerin, der Schauspieler, der Bildende Künstler, der Sänger, die Autorin, der Übersetzer und der Musiklehrer engagiert und organisiert. ver.di weiß um die Probleme dieser Berufsgruppen und bemüht sich, diese abzuarbeiten, und das ist eine ziemlich anstrengende Arbeit.

Aber wir müssen hier nicht nur deshalb über Kultur reden, weil ver.di insoweit schon eine Menge macht, sondern wir müssen über Kultur reden, weil wir momentan erleben, dass Kultur in den Kommunen in einem Maße abgebaut wird, dass einem angst und bange wird. Das ist eine Sache, die geht uns alle an. (Beifall)

Kultur ist nicht Dekoration, das kann sie auch sein, Kultur ist Kommunikation. Kein Bild ohne Betrachter, keine Musik ohne Zuhörer, kein Schauspiel ohne Kritiker und kein Buch ohne Leser. Kultur ist Kommunikation, und zwar in einer Breite, die notwendig ist, um menschliche Gesellschaft sich überhaupt entwickeln zu lassen. Ohne Kommunikation haben wir keine Bildung, ohne Kommunikation haben wir keine Emotionen, ohne Kommunikation gibt es keine Mitwirkung, ohne Kommunikation gibt es keine Demokratie. Wir brauchen die Kultur, und wir müssen uns dagegen wehren, dass sie aus Finanznot als freiwillige Leistung in den Kommunen gestrichen, eingestampft und vernichtet wird.

Da sind wir alle gefragt. Denn Kultur, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehört uns allen. Kultur ist ein gesellschaftliches Gut. Dessen Wachsen, Werden und Entwickeln geht uns alle an. Wir müssen den Kopf hinhalten und müssen dafür streiten, dass dieses Plattmachen, dieses Schließen von Büchereien, das Schließen von Museen, das Verkaufen von Musikschulen aufhört und dass wir diesen Teil der sogenannten freien Leistungen zu Pflichtleistungen machen. Denn sie müssen bezahlt werden, sie sind das menschliche Leben, sie sind die Gesellschaft, und sie machen uns aus. Das geht uns alle an. Denn wir sind am Ende die Betroffenen, wir sind die Basis, wir sind die Mehrheit, wir sind die Gewerkschaft, wir werden uns durchsetzen, wir werden gewinnen. – Danke schön. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke Lorenz. Ihm folgt Michael Vassiliadis von der IG BCE. – Michael, Du hast das Wort.

Michael Vassiliadis

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst mein Dank an Michael Sommer für den großen Bogen, den er als gut neu gewählter Vorsitzender über die vielfältigen Aufgaben und Themen des DGB und seiner Gewerkschaften heute hier gespannt hat. Er hat auch über die Zukunft des DGB selbst und die Aufgabenstellung der Gewerkschaften gesprochen mit dem Hinweis auf die noch zu erörternde Satzung, was für uns alle nur die Voraussetzung dafür ist, strukturelle Grundlagen zu schaffen, um die eigentliche Diskussion, wie wir als deutsche Gewerkschaften in die Zukunft blicken, zu führen.

Michael Sommer hat es angesprochen: Arbeitslosigkeit, Armut, Ausgrenzung fordern seit jeher die Gewerkschaften zum Handeln. Das ist unabdingbar, das ist notwendig und die faktische Umsetzung des Solidaritätsgebots. Zukunft, Fortschritt, qualitatives Wachstum und gute Arbeit, kurzum: Perspektive und Konzepte mit gewerkschaftlicher Handschrift, das sind unsere Angebote an unsere Mitglieder und – man muss es hier auch sagen – an die Millionen unorganisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das klingt selbstverständlich, aber ich glaube, dass unser gemeinsamer Beratungsbedarf dazu wirklich groß ist.

Die Herausforderungen für die deutschen Gewerkschaften umfassen dabei unter anderem drei wesentliche Trends, die wir auf keinen Fall aus dem Blick verlieren dürfen. Das sind zum einen die Gestaltung und Regulierung des ökonomischen Systems in einer globalisierten Welt, zum anderen die gewerkschaftliche Verantwortung für eine zukünftige Nachhaltigkeitsstrategie und die politische Kultur in unserer Gesellschaft, die sich in einem tief wirkenden Strukturwandel befindet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Globalisierung ist eine Tatsache und nicht vordergründig ein Risiko, im Gegenteil: Globalisierung an sich ist eine große Chance für die Menschen. Das Problem, mehr noch die Katastrophe jedoch ist eine Globalisierung ohne Gestaltung und Regulierung ohne gewerkschaftliche Handschrift.

Inzwischen haben wir die dritte Phase der Finanz- und Wirtschaftskrise erreicht, nämlich den beginnenden Ruin ganzer Nationalwirtschaften. Wer jetzt noch neoliberale Fantasien spinnt, hat nicht begriffen, wie tief auch die realwirtschaftlichen Risiken gehen. Wir brauchen von allen politisch Verantwortlichen einen ideologiefreien Pragmatismus zur Stabilisierung unserer ökonomischen Basis, sonst sind sozialer und auch ökologischer Fortschritt unserer Gesellschaften nicht zu realisieren. Massenarbeitslosigkeit, Armut und sozialer Unfrieden sind doch keine griechischen Spezialitäten, sie sind Folgen einer verfehlten Politik, übrigens einer Politik, die auf Steuersenkungen mehr gegeben hat als auf Zukunftsinvestitionen. (Beifall)

Es reicht aber nicht – das wissen wir –, die Armut anzuklagen und die Würde des Menschen zu proklamieren. Wir müssen Antworten geben, und zwar laut und unmissverständlich, wie die Soziale Marktwirtschaft, wie wir sie verstehen, als Sieger aus dieser Krise hervorgehen kann.

Es geht um die Verzahnung von sozialer, ökonomischer und ökologischer Politik, nicht um den Wettkampf der größeren moralischen Aufgabenstellungen darin. Eine Nachhaltigkeitsstrategie der Gewerkschaften muss und müsste beantworten, wie Wohlstand und Arbeit schaffendes und sicherndes Wachstum mit moderner Industrie- und Dienstleistungspolitik einhergeht. Wir brauchen ein konsistentes Konzept als lediglich die Integration einiger ökologischer oder sonstiger Spezialinteressen in unsere bisherigen Leitlinien.

Eine gemeinsame Nachhaltigkeitsstrategie muss das neue Zukunftsversprechen der Gewerkschaften an die Menschen sein. Da gibt es Spannungsfelder, wenn wir die Nachhaltigkeit aus dem eher konservativen Förster-Bild – da kommt es ja her – in eine neue technologische und gesellschaftliche Moderne führen wollen. Wir Gewerkschaften können mit den darin innewohnenden Zielkonflikten umgehen. Wir haben spezifische Kompetenzen in den drei Säulen der Nachhaltigkeit. Und diese Nachhaltigkeitsstrategie muss eben Innovationen – und zwar auch gesellschaftliche und nicht nur technologische Innovatio-

nen – und qualitatives Wachstum mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit verbinden. Das muss in Balance gebracht werden. Diese Balance bedeutet aber nicht nur einfach die Addition berechtigter Positionen, sondern das Lösen der innewohnenden Zielkonflikte.

Dabei müssen wir uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, zugleich einem gesellschaftlichen Strukturwandel stellen, der aus deutlich mehr als aus nur einigen kulturellen Phänomenen besteht. Wir müssen realisieren, dass neben uns als Gewerkschaften andere Akteure der Zivilgesellschaft getreten sind, dass es ein bürgerschaftliches Engagement gibt, das heute neben die kommerziellen, ökonomischen und staatlichen Gestaltungen unserer Lebensbereiche getreten ist. Und dieses Engagement ist Ausdruck einer mündigen Gesellschaft – einer mündigen Gesellschaft, für die auch wir gestritten haben und mit der wir nun neue Netzwerke knüpfen müssen. Dies darf allerdings nicht willkürlich, sondern muss im Sinne unserer gewerkschaftlichen Nachhaltigkeitsstrategie geschehen.

Und wenn wir über die sogenannten neuen Milieus sprechen, dann meinen wir nicht verschiedene Musikrichtungen und Musikstile. Milieus sind Ausdruck von sich differenzierenden Ansprüchen an Arbeit und Leben. Es geht um den neu entstandenen Wert von kulturellem, sozialem und Bildungskapital. Verbunden war dies auch einmal mit einem Aufstiegsversprechen an jeden Einzelnen. Auch dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir in den Gewerkschaften und mit den Gewerkschaften gestritten. Heute müssen wir jedoch feststellen, dass dieses Versprechen nicht mehr immer gilt. Abgrenzungen und das Vertreten von Einzelinteressen nehmen zu – auch unter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und den sogenannten neuen Gewerkschaften. Und mit dem verloren gegangenen Versprechen verlieren wir auch Mitglieder.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der demografische Wandel kommt als Herausforderung hinzu. Der demografische Wandel ist doch nicht alleine eine rentenpolitische und eine gesundheitspolitische Herausforderung. Zusammenhänge, Prinzipien und Wertekontexte müssen neu ausgerichtet werden. Wir müssen quasi ein Generationenversprechen auch für unsere jungen Menschen in einem demografischen New Deal finden: Wie lassen sich in einer Gesellschaft des demografischen Wandels Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und Leistungsfähigkeit untereinander solidarisch verbinden? – Diesen gesellschaftlichen Strukturwandel müssen wir in solidarisches Handeln übersetzen. Das ist nicht nur eine Frage der Überzeugungskraft, sondern der Kultur und der Strategie unserer Gewerkschaftsbewegung des 21. Jahrhundert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt in diesem Land und in der Welt genügend unerträgliche Zustände, die es anzuklagen und zu verändern gilt. Und so sehr es unverzichtbar ist, eben diese Ungerechtigkeiten zu thematisieren und abzuschaffen, so sehr bin ich davon überzeugt, dass dies nicht die alleinige Erwartung der Menschen an uns Gewerkschaften ist. Die großen Zeiten der Arbeiterbewegung waren stets die, in denen sie den Menschen Visionen und Hoffnungen geben konnten; Michael hat es angesprochen. Wir müssen eine Vorstellung davon vermitteln, dass eine bessere Zukunft mit uns möglich und auch realistisch ist. Wir müssen den Menschen eine Vorstellung davon geben, was das solidarische Modell Deutschland ist. Dazu reicht es nicht, Werte wie Perlen an einer Kette aneinanderzureihen. Vielmehr müssen wir diese Wertespekte miteinander verknüpfen und in Balance bringen. Dazu gehört zum Beispiel, dass soziale Sicherheit und Freiheit auch für uns kein Widerspruch, sondern gleichberechtigte menschliche Grundbedürfnisse sind, dass Solidarität und Emanzipation des Einzelnen zwei Seiten einer Medaille sind und dass sich Leistung und Verteilungsgerechtigkeit gegenseitig bedingen. Dies müssen wir nicht irgendwo beantworten. Wir müssen es für die Arbeitswelten der Menschen beantworten. Das ist unser Verantwortungsbereich.

Unsere große kulturell-politische Herausforderung als Zukunftsgewerkschaften des 21. Jahrhunderts wird darin bestehen, die vielfältige Zusammensetzung der Erwerbstätigen in ihren unterschiedlichen Arbeits- und Lebenswirklichkeiten in ein solidarisches Projekt zu integrieren. Wir müssen ernst nehmen, dass es verschiedene Welten der Arbeit gibt: Atypisch, unsicher und prekär Beschäftigte brauchen unseren gemeinsamen Schutz vor Ausbeutung.

Gleichzeitig müssen wir die Kerne unserer Gewerkschaftsbewegung weiter binden. Der organisierte Industriearbeiter, die Krankenschwester oder die Polizeibeamten sind doch nach wie vor Hauptträger unserer gewerkschaftlichen Veranstaltungen. Aber wir wissen auch, dass ebenso ganz neue Arbeitnehmertypen erreicht werden müssen: die technische und wissenschaftliche Intelligenz in unseren Unternehmen. Die Chemiebranche zum Beispiel ist eine hoch moderne Innovationsindustrie, in der – über alle Betriebsgrößen verteilt – nur noch 8 Prozent ungelernt Beschäftigte, aber bereits 23 Prozent Beschäftigte mit einem Fach- oder Hochschulabschluss tätig sind. Darauf müssen wir reagieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als letzten Punkt möchte ich noch kurz anreißen, welche organisationspolitischen Signale ich mir von diesem Kongress erhoffe. Mit dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft hatten sich die Gewerkschaften 1949 ein neues Selbstverständnis gegeben. Dieses Prinzip gilt. Wir sind parteiunabhängige Branchengewerkschaften. Wir müssen die Menschen in den Betrieben und Verwaltungen ansprechen, organisieren und motivieren. Wir müssen unsere Forderungen an

die Arbeitgeber richten und in den Tarifgemeinschaften durchsetzen. Gäben wir den Betrieb faktisch als Ausgangspunkt unserer Organisationskraft auf und hegten im Stillen die Erwartung, dass die Politik ausbügeln oder erfülle, was wir aus eigener Kraft nicht mehr schaffen, dann würden wir von einer politischen Wende in der deutschen Gewerkschaftsbewegung sprechen – wahrlich nicht trivial und zum Glück nicht Realität im Kongressjahr 2010.

Mitgliedergewinnung, Organisation von Mitbestimmung und Teilhabe sowie Tarifbindung müssen unser Ziel bleiben und sind das Kerngeschäft deutscher Gewerkschaften. Sie müssen es aus meiner Sicht auch in Zukunft bleiben oder wieder erlangt werden. Mit der „Initiative Trendwende“ haben der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bereits einen wichtigen und richtigen Impuls in die richtige Richtung gegeben. Vor dem Hintergrund der im Projekt „Gute Arbeit“ beschriebenen Veränderungen der Arbeitswelt und der veränderten Arbeitsorganisationen müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass sich nicht nur die Unternehmen und Arbeitsplätze in den vergangenen Jahren verändert haben, sondern auch die Branchen. Als IG BCE wissen wir nur zu gut um die unterschiedlichen Realitäten großindustrieller Strukturen und kleinteiliger Traditionsbranchen. Der DGB hätte die Aufgabe, diese veränderten Branchenrealitäten und Verschiebungen zwischen den Sektoren als eine Art zwischengewerkschaftlichen Innovations- und Solidaritätsprozesses zu organisieren. Ich meine damit ausdrücklich nicht lediglich Abgrenzungsfragen. Ich meine damit Innovations- und Solidaritätsprozesse.

Wir alle leben davon, dass wir nicht nur die Erfolge innerhalb unserer eigenen Branchen zelebrieren, sondern dass es in Deutschland eine Gewerkschaftslandschaft und damit auch eine Tariflandschaft gegeben hat und gibt, die uns gegenseitig stark gemacht hat. Wenn sich die Betriebsrealitäten aber so massiv verändern – –

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Michael, kommst Du bitte zum Schluss!

Michael Vassiliadis,

Hier leuchtet es schon. Ich weiß. Ich komme zum Schluss. (Heiterkeit)

Wenn sich die Betriebsrealitäten aber so massiv verändern, dann müssen wir gegebenenfalls Projekte organisieren, die die Betriebsrätearbeit und Betriebsrätegründungen unterstützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Stärke besteht nicht allein aus der Stärke der Einzelnen im Bund. Wir können unsere Stärke durch den Bund steigern. Daran sollten wir in den nächsten vier Jahren gemeinsam arbeiten, und das können wir auch vom neuen Vorstand erwarten. Unabhängig, frei und aus eigener Kraft handlungsfähig – das müssen die Gewerkschaften in Deutschland, in Europa und in der Welt sein. Auf dieses Versprechen müssen sich die Menschen verlassen können. – Ein herzliches Glückauf! (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Nächster Redner ist Frank Bsirske. Ihm folgt Frauke Gützkow, DGB-Bundesfrauenausschuss, Teilnehmerinnennummer 0102. – Frank, Du hast das Wort.

Frank Bsirske

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Michael Vassiliadis hat in seinem Beitrag – wie ich finde – sehr umfassend und zutreffend die Herausforderungen beschrieben, denen wir als Gewerkschaften gegenüberstehen. Er hat gefragt, welche Antworten wir darauf geben können, und es darauf zugespitzt, dass wir uns fragen müssen – und das ist auch der Gegenstand zur Grundsatzrede von Michael Sommer –, welche Signale eigentlich von diesem Kongress ausgehen können. Ich kann Dir, Michael, diesbezüglich nur zustimmen.

„Raubtierkapitalismus“ hat Altbundeskanzler Helmut Schmidt das genannt, was sich in den letzten Jahren in der Wirtschaft abgespielt hat. Wenn das eine zutreffende Beschreibung dessen ist, was wir da erleben mussten – bis zum Ausbruch der Finanzmarkt- und Weltwirtschaftskrise und seither fortgesetzt –, dann muss man sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Raubtiere laufen alle noch frei herum. (Zustimmung) Deswegen ist es richtig, dass wir einfordern, dass der Kasinobetrieb geschlossen wird. Das heißt nichts anderes, als einzufordern, dass es zu einer entschiedenen Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte kommen muss.

Das sehen beileibe nicht alle so wie wir. An der Wall Street – das kann man der Presse entnehmen – sieht man überhaupt keinen Reformbedarf, in der City of London auch nicht. Und Herr Ackermann, machen wir uns nichts vor, sieht eigentlich auch keinen Reformbedarf. Diese Leute bekommen Schützenhilfe aus der Politik. Die Republikaner im amerikanischen Kon-

gress wehren sich vehement gegen die Einrichtung einer Verbraucherschutzbehörde für Finanzprodukte, gegen einen Finanz-TÜV.

In Deutschland bringt es der Generalsekretär der FDP fertig, sich in den „Tagesspiegel“, eine Zeitung in Berlin, zu stellen und zu erklären: Der Staat ist ein teurer Schwächling, der sich immer mehr Einfluss anmaßt. – Kolleginnen und Kollegen, zweieinhalb Jahre lang war dieser Staat und waren die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gut genug, Banken und die Wirtschaft vor dem Totalschaden zu bewahren. Jetzt sieht zum Beispiel dieser FDP-Generalsekretär den Zeitpunkt für gekommen an, ebendiesen Staat als teuren Schwächling zu diffamieren und damit zugleich – machen wir uns nichts vor – Propaganda gegen den Sozialstaat zu machen. Und das sollte uns umso hellhöriger machen, als es jetzt darum gehen wird, wer die Zechen für die Kosten dieser Krise zahlen soll.

Die Kosten dieser Krise in Deutschland, hat die Bundesbank vor anderthalb Wochen vorgerechnet, belaufen sich auf einen Verschuldungsschub in den letzten zweieinhalb Jahren von 180 Milliarden Euro; davon, sagt die Bundesbank, 98 Milliarden Euro nur, um direkt die Banken vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Darin sind Bürgschaften noch gar nicht eingerechnet. Das ist in der Geschichte der Bundesrepublik der dritte große Verschuldungsschub in den letzten 30 Jahren, weil es keineswegs so ist, dass die Schulden immer weiter angestiegen sind. Es hat eine Entwicklung mit drei Schüben nach oben gegeben: ein Schub im Zuge der deutschen Einheit, ein Schub als Folge der rot-grünen Steuerpolitik, die Entlastung für die Unternehmen in der Größenordnung von über 200 Milliarden Euro in den letzten zehn Jahren gebracht hat. und dann eben der Verschuldungsschub infolge der Krise.

Und jetzt, vor diesem Hintergrund, sehen wir uns mit einer Debatte in der Gesellschaft konfrontiert, die fragt: Wie viel Griechenland ist eigentlich in uns? Und können wir uns all die sozialen Annehmlichkeiten früherer Jahre überhaupt noch leisten?

Auf diese Frage gibt Frau Merkel – wir haben es gestern erlebt – die Antwort: Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt. – Wer mit „wir“ gemeint ist, hat Annelie Buntenbach gestern völlig zu Recht gefragt. Die Antwort darauf können wir in unseren Pressespiegeln nachlesen, etwa wenn Haushälter aus der CDU oder Herr Koch aktuell auf die Arbeitslosen verweisen. Da solle bei den Hilfsmaßnahmen gespart werden. Und auf die Krankenversicherten. Da gäbe es, sagt Lindner, nur die Wahl zwischen Kopfpauschale oder Zuzahlung der Versicherten.

Und die Eltern, die auf zusätzliche Krippenplätze hoffen, die leben auch über „unsere Verhältnisse“. Und die Steinkohlehilfen und die Subventionen für den ÖPNV und die Subventionierung von Nachtschicht- und Feiertagszuschlägen, die könnten wir uns auch nicht mehr leisten. Das alles ist ja nur der Anfang.

Das, was jetzt in Frage gestellt wird, ist das, liebe Kolleginnen und Kollegen, um die ersten 15 Milliarden Euro zusammenzubringen, die für 2011 vorgesehen sind. Dann kommt aber in 2012 noch mal dasselbe drauf. Und dann jedes Jahr zehn bis elf Milliarden Euro weniger Jahr für Jahr, damit man 2016 schuldenbremshalber 20 Prozent des Bundeshaushaltes weggespart hat. Das ist erklärte Absicht. Die können, liebe Kolleginnen und Kollegen, den Verteidigungshaushalt auf Null stellen und haben noch nicht mal annähernd die Hälfte dessen eingespart, was sie jährlich dauerhaft ab 2016 eingespart haben wollen. Das meint der Sachverständigenrat, wenn er einen strikten Sparkurs fordert, wie ihn die Bundesrepublik in ihrer Geschichte noch nicht erlebt hat. Und das ist nur der Bund.

Bei den Städten und Gemeinden klaffen 2009 Haushaltslöcher in der Größenordnung von 7 Milliarden Euro. Aber für die nächsten Jahre werden Haushaltsdefizite Jahr für Jahr zwischen 10 und 15 Milliarden Euro erwartet, Jahr für Jahr: 2010, 2011, 2012, 2013. Da ist noch gar nicht eingerechnet, was passiert, wenn die Bundesländer ihrerseits auf den Kurs der Schuldenbremse einschwenken. Klar, dass dann bei den Zuwendungen im kommunalen Finanzausgleich gekürzt wird. Sachsen und Hessen fangen schon mit jeweils 400 Millionen Euro Kürzung dieses Jahr an. Und nächstes Jahr will Sachsen seinen Haushalt um zehn Prozent kürzen.

Mit anderen Worten, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die eigentliche Zuspitzung der kommunalen Finanzkrise kommt erst noch – und das nach 25 Jahren Haushaltskonsolidierung in einer Situation, in der die Ruhrgebietsstädte – ich weiß nicht, wer von Euch aus dem Ruhrgebiet kommt – mittlerweile Kredite aufnehmen müssen, um die Zinsen bezahlen zu können, Kredite aufnehmen müssen, um die Personalkosten zahlen zu können, Kredite aufnehmen müssen, um den Solidarausgleich Ost zu finanzieren. Und sich in einer Situation befinden, in der die Kommunalaufsicht, die Bezirksregierung, ihnen verbietet, ausbilden zu dürfen: Städten wie Oberhausen, Hagen, Duisburg. Und das, obwohl das die größten Ausbildungsplatzanbieter in einer Region sind, wo es an Ausbildungsplätzen fehlt. Das ist die Perspektive schon des Jahres 2009. Die kommunale Finanzkrise, die eigentliche, kommt erst noch.

Was da auf uns zukommt, liebe Kolleginnen und Kollegen, in einem Bereich, der durchaus systemische Bedeutung hat wie Gemeinden, wie Städte mit ihren Leistungen, systemische Bedeutung für den Sozialstaat, das läuft auf die Schließung von Einrichtungen hinaus: von Jugendzentren, von Theatern. Das läuft auf die Streichung von Zuwendungen an Vereine, an Initiativen, auf Gebührenerhöhungen, auf Personalabbau, auf Entlassungen, auf Konflikte und Lohnkürzungen hinaus, kurz: auf griechische Verhältnisse, wenn an den Rahmenbedingungen nichts geändert wird.

Und diese Rahmenbedingungen, liebe Kolleginnen und Kollegen – bei Michael klang es völlig zu Recht an –, die sind nicht gottgegeben, sondern sie sind ein Produkt politischer Entscheidungen. Es ist nicht gottgegeben, dass die Bundesrepublik bei der Besteuerung von großen Erbschaften und Vermögen eine Steueroase ist. Es ist nicht gottgegeben, dass wir, wenn wir nur auf das Durchschnittsniveau der Erbschafts- und Vermögensbesteuerung der Europäischen Union gingen, daraus 33 Milliarden Euro mehr hätten, aber darauf verzichten. Da geht es nicht um die Besteuerung von „Oma ihr klein Häuschen“, sondern um die Besteuerung, um im Bild zu bleiben, der Villa mit Park und Seezugang. Es ist nicht egal, ob Schenkungen für leistungslos erworbenes Einkommen vorgenommen werden, auf einem niedrigen Satz besteuert, oder ob Geld für klamme Kommunen, für Bildung und für die Stärkung des Sozialstaates generiert wird. Es ist nicht gottgegeben, Kolleginnen und Kollegen! (Starker Beifall)

Es ist nicht gottgegeben, dass die Bundesrepublik bei der Besteuerung von Unternehmens-, Gewinn- und Kapitaleinkünften ein Niedrigsteuerland ist, weit entfernt von dem Durchschnittsbesteuerungsniveau in der Eurozone. Es ist nicht gottgegeben, dass der Spitzensteuersatz bei 42 Prozent beziehungsweise, wenn wir die Reichensteuer mit einrechnen, bei 45 Prozent liegt. Der Spitzensteuersatz, der doch noch Ende der 80er-, Anfang der 90er-Jahre bei 56 Prozent lag, in der Ära Kohl. Hatten wir damals Sozialismus, oder was war da los? (Heiterkeit – Beifall)

Es ist nicht gottgegeben, dass als einziger Bereich der Börsenumsatz von der Mehrwertsteuer ausgenommen ist. Ausgerechnet der Handel mit Aktien wird nicht der Mehrwertsteuer unterworfen. Was ist da los, Kolleginnen und Kollegen? Müssen wir das akzeptieren, oder stellen wir das infrage? (Beifall) Es ist nicht gottgegeben, dass die Schulden in Bankbilanzen nicht besteuert werden, anders als in Skandinavien und anders, als es in den USA jetzt von Obama geplant ist, um nur einige Beispiele zu nennen.

Dafür steht diese Bundesregierung allerdings eben nicht, Kolleginnen und Kollegen. Westerwelle sagt – ich zitiere ihn wörtlich –, dass die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger es „als eine Wohltat empfinden“ würden, wenn die Erbschaftsteuer abgeschafft würde. Das ist krass. Das stellt die Verhältnisse buchstäblich auf den Kopf. Das ist ein Beispiel für diese Sorte Lobbyismus zugunsten von Reichen und Vermögenden, für den diese Partei steht, die gar nicht weiß, was daran Klientelismus sein soll, denn dafür sei man ja schließlich gewählt worden.

Die Bundesregierung hat gerade einen Prüfauftrag in einer Kommission in Auftrag gegeben, um die Gewerbesteuer zu streichen und durch eine zweite Einkommensteuer für die Bürgerinnen und Bürger und durch eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes zu ersetzen, was auch die Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden trifft. Da geht es um 30 bis 40 Milliarden Euro jedes Jahr, um die die Unternehmen entlastet und die Bürgerinnen und Bürger in den Städten und Gemeinden belastet werden sollen. Was ist da los, Kolleginnen und Kollegen? Unten belasten, oben entlasten, und das in einer Situation, wo es um die Verteilung der Krisenlasten geht? Was ist da los, und was sagen wir dazu, Kolleginnen und Kollegen? Das ist doch die Frage. (Beifall – Zustimmung)

Bei der Kopfpauschale – Michael hat es angesprochen – ein einheitlicher Satz.

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Lieber Frank, denk bitte an Deine Redezeit.

Frank Bsirske

Ich bin noch ungefähr fünf Minuten von der Zeit von Michael entfernt, und ich bin auch gleich fertig. (Heiterkeit) – Kopfpauschale, einheitlicher Satz. Was heißt denn das andere, als dass die, die viel verdienen, weniger zahlen sollen, und die, die wenig verdienen, mehr bezahlen sollen? Und wenn sie das nicht können, können sie Hartz IV im Gesundheitswesen beantragen. Das ist der Kern der Kopfpauschale in Verbindung mit dem Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags. Was heißt das andere, als unten belasten und oben entlasten? Kolleginnen und Kollegen, was sagen wir zu dieser Politik? Ich finde, die Botschaften, die Michael gesetzt hat, richtig, und da müssen wir hinterher.

Das Gleiche gilt für die Rente mit 67. Wir haben darüber doch miteinander diskutiert. Das ist ein Rentenkürzungsprogramm, aber eines, das bedeutet, dass die heute 20- bis 25-Jährigen in Zukunft als Durchschnittsverdienende 35 Beitragsjahre brau-

chen, um in der gesetzlichen Rente auf Hartz-IV-Niveau zu kommen. Und jemand, der nur drei Viertel des Durchschnittseinkommens verdient, wird über 40 Beitragsjahre aufbringen müssen, um auf das Niveau von Hartz IV in der gesetzlichen Rente zu bekommen. Unter 2.000 Euro brutto liegen Millionen Kolleginnen und Kollegen. Das muss uns auf den Plan rufen. Da geht es um Altersarmut, und das ist keine demografische Zeitbombe, sondern das ist eine soziale Zeitbombe, die uns als Gewerkschaften und als Vertretung der Arbeitnehmerinteressen auf den Plan rufen muss. (Beifall – Zustimmung)

Da sagen wir: Unten belasten, oben entlasten – gerecht geht anders. Michael hat Recht, wenn er sagt: Bürgerversicherung. Ich gucke zur IG BAU herüber, die sagt: Aufwertung von Zeiten im Niedriglohnbezug, Rente nach Mindesteinkommen, besserer Zugang zur Erwerbsunfähigkeitsrente und zur Erwerbsminderungsrente. Ja, das stimmt, und da müssen wir uns gegenseitig unterstützen. Wir müssen uns unterstützen bei unseren Bemühungen um eine bessere finanzielle Ausstattung der Gemeinden. Deswegen fordern wir die Einbeziehung der selbstständigen Berufe in die Gewerbesteuer. Die verdienen zum Teil mehr als mittlere Unternehmen, die Steuerberater, die Arztpraxen, die Rechtsanwaltskanzleien. Sie müssen rein, weil sie profitieren von der Infrastruktur der Gemeinden. Das sind Alternativen, für die wir als Gewerkschaften eintreten, um die öffentlichen Einnahmen zu stärken und diejenigen, die zu den Profiteuren der Politik der letzten Jahrzehnte gehört haben, zur Kasse zu bitten. Ich finde, Kolleginnen und Kollegen, das ist überfällig, und das muss eine Forderung sein, die von diesem Kongress ausgeht. (Beifall – Zustimmung)

Das flankiert auch das, was Michael Vassiliadis völlig zu Recht angesprochen hat, der ja, wenn ich ihn richtig verstanden habe, plädiert hat für eine Politik des bewussten, planvollen, sozialökologischen Umbaus, begleitet von einer Stärkung der Massenkaukraft, was zugleich einen Beitrag leistet zum Abbau der ökonomischen Ungleichgewichte zwischen den Volkswirtschaften in der Eurozone sowie der sozialen Ungleichheit und damit einen Beitrag leistet zur Bekämpfung der zentralen Ursachen dieser Wirtschafts- und Finanzmarktkrise. Das verlangt – das sage ich abschließend –, dass wir uns die Frage stellen: Was tun wir? Ich bin dafür, dass wir öffentlich Flagge zeigen. Und ich bin dafür, dass wir in die Betriebe gehen. Wir müssen diese Themen in die Betriebe tragen, und wir müssen dort mobilisieren, Kolleginnen und Kollegen. Da gehören wir hin, da liegt unsere Stärke, und diese Stärke müssen wir entfalten. Lasst uns den Herbst so angehen, dass wir diese Herausforderung annehmen und im diskutierten Sinne zuspitzen. – Ich bedanke mich für Eure Aufmerksamkeit. (starker Beifall – Zustimmung)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Lieber Frank, vielen Dank. Vielleicht ist die eine oder andere Wortmeldung damit hinfällig geworden – frage ich mal –, nachdem Frank so vieles abgedeckt hat. Kleine Ermunterung an Euch: Keiner ist gezwungen, bei der Wortmeldung zu bleiben, (Heiterkeit) und keiner ist gezwungen, bis zum bitteren Ende zu reden.

Als Nächste ist dran die Kollegin Frauke Gützkow, DGB-Bundesfrauenausschuss. Sie kommt aus der GEW. – Frauke, Du hast das Wort.

Frauke Gützkow

Vielen Dank, liebe Kollegin. – Lieber Michael, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich spreche hier, wie gesagt, für den Bundesfrauenausschuss. Wir Frauen möchten einige Gedanken, die Michael in seinem Grundsatzreferat angesprochen hat, verstärken, das eine oder andere auch ergänzen. Wir machen uns dafür stark, dass der DGB auch die Interessen der weiblichen Beschäftigten in den Blick nimmt. Dazu hat Michael die Schlüsselworte gesagt wie die Durchsetzung des Mindestlohns oder auch die Abschaffung von Mini- und Midijobs.

„Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ heißt unser Stichwort. Der Abstand zwischen Männer- und Frauenlöhnen liegt in Deutschland bei 23 Prozent. Das heißt, liebe Kolleginnen und Kollegen, Männer werden für zwölf Monate bezahlt, Frauen nur für gut neun Monate, obwohl sie auch ein ganzes Jahr arbeiten. Sie arbeiten drei Monate unbezahlt. Deshalb lag in diesem Jahr der „Equal Pay Day“, der auf diesen Missstand aufmerksam macht, auf dem 26. März 2010. Diese Ungerechtigkeit ist eine Herausforderung für alle Gewerkschaften im DGB.

Kolleginnen und Kollegen, diskriminierungsfreie Tarifpolitik fängt nicht erst mit der Aushandlung von Entgeltordnungen an, sie beginnt mit der Analyse der Anforderungen an die Tätigkeiten. Wir haben dabei festgestellt, dass es keinen Grund gibt, Erzieherinnen so viel schlechter als Techniker zu bezahlen. Das in die Köpfe zu bekommen, auch in die Köpfe der Betroffenen selber, daran arbeiten wir. In den Betrieben geht es darum, die Frauenarbeit auch dadurch aufzuwerten, dass Frauen bei Zulagen und variablen Gehaltsbestandteilen gewürdigt werden und nicht hinten runter fallen.

Lieber Michael, wir teilen Deine Auffassung, dass wir uns alle von Denkgewohnheiten verabschieden müssen, die nicht mehr die Realität abbilden. Ich spreche vom Modell des männlichen Familienernährers und vom Normalarbeitsverhältnis. In man-

chen Beiträgen klang es hier schon an: Wer hat denn heutzutage überhaupt noch die Chance, 40 Stunden die Woche zu arbeiten und 45 Jahre ununterbrochen zu arbeiten? Frauen, die Kinder haben, hatten diese Chance ohnehin kaum. Wenn man die Anträge der Jugend sieht, wird deutlich, dass die prekäre Beschäftigung immer mehr betrifft, vor allen Dingen auch junge Leute, und sie betrifft auch Männer. Von daher ist auch hier ein Umdenken angesagt.

Ingrid hat es gestern schon angesprochen: Die Zahl der weiblichen Familienernährerinnen nimmt zu trotz gleichzeitiger Zunahme prekärer Beschäftigung. Wir Frauen sehen uns nicht als Zuverdienerinnen. Wir wollen unsere Existenz eigenständig sichern, und wir übernehmen Verantwortung für das Familieneinkommen. Liebe Kollegen, von der Verantwortung für Haushalt und Kinder geben wir im Gegenzug gerne etwas ab. Wir wollen gute Arbeit und gutes Geld, von dem man gut leben kann.

Die Arbeitgeber verabschieden sich mehr und mehr vom Normalarbeitsverhältnis. Leiharbeit, Befristungen und andere Formen der prekären Beschäftigung müssen wir zurückdrängen als Gewerkschaften. Das ist unsere Aufgabe. Wir müssen gemeinsam die gewerkschaftlichen Zukunftskonzepte von Arbeit gleichstellungsorientiert gestalten und auch durchsetzen.

Wenn wir die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anschauen, zeigt sich, dass wir Frauenpolitikerinnen einiges bewegt haben. Ich möchte hier kurz auf das Elternzeit- und Pflegezeitgesetz eingehen. Damit wird anerkannt, dass Kinder und Pflegebedürftige keine Privatsache sind. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen müssen besser werden. Dafür streiten wir im DGB und als DGB. In den Betrieben und Dienststellen ist es Aufgabe der Betriebs- und Personalräte und auch der Gleichstellungsbeauftragten im öffentlichen Dienst, die Arbeitgeber oder Dienstherrn auf Trab zu bringen. Es ist ihre Aufgabe, Eltern und pflegende Angehörige zu unterstützen. Ein familienfreundliches Arbeitsklima, liebe Kolleginnen und Kollegen, bekommen wir nicht geschenkt. Dafür müssen wir uns alle einsetzen.

Falls jetzt manchmal der Eindruck entsteht, die Familienpolitik habe die Frauenpolitik abgelöst: Dem ist nicht so. Frauenpolitik ist mehr als die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Bessere Aufstiegschancen in den Betrieben, mehr Frauen in Aufsichtsräten und das Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft sind überfällig. (Beifall)

Als Frauenpolitikerin will ich natürlich auch noch ein paar Worte zur Organisationspolitik im DGB sagen. Wir wissen nicht, was die Gewerkschaftsvorsitzenden dazu bewogen hat, Sitz und Stimme für Frauen und Jugend in den DGB-Vorständen aus dem Satzungsentwurf herauszustreichen. Wir wissen aber sehr gut, warum es jetzt wieder drinsteht. Das ist Erfolg der Frauen in den Gewerkschaften. Wir haben Druck gemacht. (Vereinzelt Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, an den Anträgen des Bundesfrauenausschusses könnt Ihr sehen, dass wir uns noch mehr vorstellen können in Bezug auf die Beteiligung von Frauen im DGB. Wir werden nach dem Kongress Wege finden, die Vorschläge der Bundesfrauenkonferenz auf eine breitere Basis zu stellen. Michael, als ersten Schritt laden wir Dich in den Bundesfrauenausschuss ein, um mit uns über eine geschlechterdemokratische Organisationsentwicklung im DGB zu beraten. – Vielen Dank. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank. Als Nächste folgt Birthe Haak von ver.di, Delegiertenummer 303.

Birthe Haak

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke Michael dafür, dass er den Wert und die Rolle von Bildung für gesellschaftliche Gerechtigkeit, für soziale Gerechtigkeit und für die wirtschaftliche Entwicklung betont hat. Ich möchte aus aktuellem Anlass einen Punkt dabei noch einmal besonders herausgreifen. Heute findet, wie Ihr in dem Initiativantrag, der vorhin verteilt wurde, schon gesehen habt, zeitgleich zu unserer Konferenz hier eine Konferenz zur nationalen Umsetzung des so genannten Bologna-Prozesses statt, eingeladen von Bundesministerin Annette Schavan. Damit geht sie auf die massive Kritik ein, die es an der bisherigen Umsetzung der Reform gegeben und die ihren Höhepunkt in den Bildungsstreiks des vergangenen Jahres gefunden hat, die auch in diesem Jahr fortgesetzt werden sollen.

Die Bologna-Reform ist ein Paradebeispiel dafür, wie die Vereinbarungen auf europäischer Ebene, die eigentlich sinnvoll und gut sind – und in dem Fall nicht nur auf EU-Ebene, inzwischen haben sich 40 Länder diesem Prozess angeschlossen –, dann bei uns in der nationalen Umsetzung bestenfalls als mangelhaft zu bezeichnen sind.

Zentrale Kritikpunkte sind dabei zum einen überfrachtete und verschulte Studiengänge mit extrem hoher Prüfungslast, die zur Überlastung bei den Studierenden und bei den Lehrenden führen. Weiterhin ist eines der wesentlichen Ziele dieser Reform gewesen, die Mobilität an den Hochschulen zu erhöhen. Das passiert gar nicht. Im Gegenteil, es wird deutlich er-

schwert. Sogar innerhalb eines Bundeslandes die Hochschule zu wechseln, ist extrem schwierig, da die Anerkennung der Studienleistung gegenseitig nicht wirklich funktioniert.

Die Aufteilung des Studiums in Bachelor und Master sieht derzeit den Studiengang zum Master nur für einen Teil der Absolventinnen und Absolventen des Bachelors vor. Ein großer Teil soll sich mit dem Bachelor begnügen, und das in einer Situation, in der die Akzeptanz dieses Studienabschlusses in vielen Bereichen des Arbeitsmarktes noch überhaupt nicht klar ist.

Viele typische Beschäftigungsfelder für Bachelor-Absolventinnen und -Absolventen in anderen Ländern, beispielsweise gerade im angelsächsischen Raum, der ja immer als Vorbild genannt wird, sind hier in der Form nicht vorhanden, weil wir da einfach ein leistungsfähiges und sehr bewährtes System der dualen Ausbildung haben, das diesen Bereich abdeckt. Ein Kollege von mir aus England ist dort Professor der Archäologie, bildet dort Archäologie-Bachelor aus. Ein Großteil dieser Absolventinnen und Absolventen geht hinterher in Banken als Bankangestellte. Da haben wir hier eine entsprechend qualifizierte Ausbildung dafür.

Aber auch dort, wo die entsprechenden Beschäftigungsfelder da sind, müssen die Absolventinnen und Absolventen, die nur einen Bachelor haben, damit rechnen, dass sie in niedrigere Gehaltsstufen eingruppiert werden als ihre Kolleginnen und Kollegen mit Diplom, Magister oder Master. Entsprechend wird diese rigide Zugangsverweigerung zum Master durchaus auch zu einer sozialen Frage. In diesem Sinne sollten wir einen Gruß in Richtung von Ministerin Schavan und ihrem nationalen Bologna-Gipfel richten, damit diese Reform der Reform, die angedacht ist, nicht nur in schönen Sonntagsreden verbleibt, sondern wirklich zu einer guten Reform werden kann.

Wir brauchen eine Reform, die endlich auch die soziale Dimension im Bologna-Prozess verwirklicht, indem die Möglichkeiten des Studiums nicht durch den sozialen Hintergrund der Familie und des oder der Studierenden bestimmt werden. Wir brauchen die Vereinbarung von Erwerbstätigkeit und Studium, beispielsweise durch die Einführung von Teilzeit-Studiengängen sowie die Förderung von Studierenden, die gleichzeitig berufstätig sind, vorher eine Ausbildung gemacht haben, dann aufbauend einen Studiengang machen wollen, durch berufsbegleitende Studiengänge.

Wir brauchen eine Entrümpelung der Studiengänge und der Prüfungsordnung sowie einen freien Zugang zum Master-Studium. Wir brauchen aber vor allem auch die Verwirklichung der Mobilität sowohl europaweit als auch zwischen unseren Bundesländern. Für die Verbesserung der Studienbedingungen brauchen wir auch eine bessere Finanzausstattung der Hochschulen, mehr Personal sowohl in Forschung und Lehre als auch im technischen und Verwaltungsbereich.

In diesem Sinne einen schönen Gruß ans BMBF! (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Birthe. Ihr folgt Christian Beck von der IG BAU, Delegiertenummer 001. – Christian, Du hast das Wort.

Christian Beck

Danke schön. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst mal Michael Sommer: Altersdrückenderweise alles Gute zur Wahl und herzlichen Glückwunsch! Es ist ein gutes Ergebnis. Im Internet stand, glaube ich, „mit guter Mehrheit“. Ich finde, es war eine hervorragende Mehrheit. Sei versichert, wir von der Jugend werden Dich unterstützen, wir werden Dich aber auch treiben. Es ist so. (Vereinzelt Beifall)

Wie es üblich ist bei Grundsatzreferaten, habe ich mir ein paar Notizen gemacht. Ich habe aber, je mehr Vorrednerinnen und Vorredner vor mir dran waren, die Notizen mehr und mehr über den Haufen geschmissen. Ich habe sie auch inzwischen hinten liegen lassen. Wenn ich, bei allem Respekt vor meinen Vorrednerinnen und Vorredner, die Wortbeiträge zusammenfassen darf aus Sicht eines Menschen, der 25 ist, würde ich sagen, wir beschränken uns auf die schärfsten Waffen der Arbeiterbewegung: die Empörung, das Flugblatt und das Hoffen auf die Medien. (Vereinzelt Beifall)

Ich habe sehr wenig über die junge Generation gehört. Zu wenig unserer Meinung nach. Wir haben gestern die Auftaktveranstaltung unter das Thema gestellt „gegen Rechtsextremismus“. Wenn wir über Rechtsextremismus reden, dann müssen wir auch über eines reden, nämlich über die Perspektiven von jungen Menschen. Es hat einen Grund, dass junge Menschen immer mehr zu Nichtwählern werden, und es hat einen Grund, dass sie diesem asozialen Pack von NPD und Freien Kame-radschaften immer mehr hinterherlaufen.

Da ist ganz einfach die Frage, die sich uns in den Berufsschulen, in den Betrieben immer wieder stellt: Wo geht es eigentlich mit uns hin? Michael, Du hast vorhin gesagt, es wird Zeit, dass bestimmte Gewerkschaften wieder gehört werden. Ja, aber

nicht nur die Stimmen müssen gehört werden, sondern auch die Taten müssen gespürt werden. Wir müssen Kolleginnen und Kollegen, wir müssen vor allem aber auch die Gegenseite spüren lassen, zu welchen Taten wir fähig sind, und zwar ohne Rücksicht auf irgendwelche Befindlichkeiten der Arbeitgeberseite, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Wir sollten dabei – wenn ich mir das Antragspaket ansehe, das den Umfang eines kleinen Librettos hat, um es vorsichtig auszudrücken – nicht versuchen, zwanghaft Beschlüsse zu formulieren und Positionen zu besetzen, von denen wir davon ausgehen, das erledigt jetzt ein anderer, weil wir es ja beschlossen haben, in die Satzung hineingeschrieben haben. Und wir müssen auch aufpassen, dass wir die Beschlüsse nicht so fassen, dass wir niemandem damit auf die Füße treten.

Michael, Du hast vorhin vom Abwehrkampf gesprochen und auch davon, wie viel gerade Du und Deine Generation diesem guten Sozialsystem verdanken, und das zu Recht. Ich finde, es wird Zeit, dass sich mehr Menschen wieder daran erinnern; Du hast es richtig angesprochen. Und es wird Zeit, Kolleginnen und Kollegen, dass wir wieder in die Offensive gehen, dass wir nach vorne kämpfen, keine Abwehrkämpfe, keine Abwehrschlachten führen, sondern offensiv anfangen. Dabei spielen die Sozialsysteme natürlich eine wichtige Rolle, Kolleginnen und Kollegen. Aber eines ist auch klar: Unser Schritt in die Offensive, unser Angriff auf die Gegenseite ist nicht eine Frage von Satzungsbeschlüssen, Kolleginnen und Kollegen, sondern es ist eine Frage von Taten und Aktionen der Menschen im Betrieb, und nicht das, was wir hier auf Kongressen machen. (Beifall) Das ist eine Frage von Glaubwürdigkeit von Taten und nicht einer genormten Sprache.

Wir befinden uns, das wissen wir, in einer der größten Krisen, die dieses System bisher aufzubieten gehabt hat. Und klar ist, wir wissen, wo die Ursachen liegen. Da sind wir der FDP meilenweit voraus. Das werden die auch in 150 Jahren und nach zehn Gehirntransplantationen noch nicht begriffen haben. (Heiterkeit – Beifall) Und wir haben – das muss man auch mit Stolz sagen – als Gewerkschaften ein ganz hervorragendes Krisenmanagement gemacht. Da können diejenigen, die Management unterrichten, viel lernen. Ich würde ihnen raten, einfach mal bei uns in die Schule zu gehen.

Die einzige Frage, die wir haben – und das, Michael und liebe Kolleginnen und Kollegen, habe ich in dem Grundsatzreferat ein wenig vermisst, das habe ich aber auch bei den Wortbeiträgen hier vermisst –, ist die ganz einfache Frage: Wo geht es eigentlich in der Zukunft hin? Es ist viel angerissen worden, aber was wir erwarten – wir haben uns darüber vor einer Woche oder zwei Wochen auch bei der Jugend unterhalten –, was unsere Kolleginnen und Kollegen in den Schulen, in den Betrieben erwarten, ist, dass wir Antworten geben, nämlich Antworten auf die Frage: Wo geht es eigentlich hin? Wo wollen wir eigentlich landen? Die Wahrheit ist im Moment folgende: Wenn ich einem durchschnittlichen Berufsschüler begegne, dann sagt der: Sag mal, was macht Ihr eigentlich auf solchen Kongressen? Beschäftigt Ihr Euch mit Euch selber? Was macht Ihr? Redet Ihr eigentlich auch darüber, wie es eigentlich in diesem Land weitergehen kann, wie es mit mir in meinem Berufsleben weitergehen kann? Da habe ich ganz, ganz viel vermisst, Kolleginnen und Kollegen.

Was wichtig wäre, auch für diesen Kongress, was sinnvoll wäre, ist, dass wir von hier aus ein Signal setzen: Wir kümmern uns um die Zukunft, wir fangen damit an, und zwar generationenübergreifend, also Jung und Alt zusammen. Wichtig ist, dass wir diese Forderung lebensnah gestalten und vor allem Perspektiven schaffen, die über die Tagespolitik hinausgehen. Das, glaube ich, muss das Ziel sein, muss das Signal sein, das von diesem Bundeskongress nach draußen wirkt, an die junge Generation, aber auch an die älteren Kolleginnen und Kollegen.

Ich habe gesagt, wir müssen in die Offensive gehen, das heißt klare Kante zeigen, den Konflikt nicht scheuen. Das heißt auch, dass wir den Firmen, die zu blöd zum Kalkulieren sind und die uns sagen: Jetzt rettet uns, und zwar zu unseren Bedingungen“, antworten: Nein, sorry, zu unseren Bedingungen werdet ihr gerettet, aber nicht zu euren, wir lassen uns von euch nicht mehr treiben. Wir sind diejenigen, die euch treiben, und zwar in Richtung einer solidarischen Gesellschaft, einer Gesellschaft, in der es sich zu leben lohnt! (Leichter Beifall)

Was wir dafür brauchen, ist ein starker Dachverband, weil nur ein starker Dachverband, in dem alle Gewerkschaften gemeinsam diese Frage diskutieren und diese Signale setzen, es leisten kann, dass es auch nach außen glaubwürdig wird. Ich wünsche mir an der einen oder anderen Stelle, und zwar auch sehr kritisch, dass auch die ältere Generation sich einfach ein Stück weit bei Organisationsfragen die Jugend als Vorbild nimmt; denn wir haben es in den letzten Jahren geschafft, sehr vertrauensvoll zusammenzuarbeiten. Wir haben es geschafft, ohne Organisationsegoismus zusammenzuarbeiten. Und wir haben es vor allem geschafft, gemeinsam mit einem Ziel zusammenzuarbeiten: bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Menschen und vor allem, um das zu erreichen, starke Gewerkschaften für eine gute Zukunft. – Danke. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank. Als nächste Rednerin Annette Harms von ver.di, Delegiertenummer 305. Annette, Du hast das Wort.

Annette Harms

Danke schön. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Als ver.di-Vertreterin aus dem Fachbereich 1 – das sind die Banken und Versicherungen in ver.di – möchte ich kurz etwas zu den Herausforderungen sagen, denen wir als Gewerkschaften bezüglich der Finanzmarktkrise gegenüberstehen. Es ist schon viel gesagt worden, aber noch nicht zu den negativen Auswirkungen auf Bankbeschäftigte, auf Verbraucher und die Position von ver.di.

Die Banken haben aus der Krise jedenfalls nichts gelernt. Sie haben die Renditeziele nicht zurückgenommen. Im Gegenteil, sie versuchen, die negativen Folgen der Krise auf dem Rücken der Bankangestellten auszutragen. Die Verkaufsvorgaben für Bankberater und Bankberaterinnen sind häufig viel zu hoch und sind teilweise sogar in der Krise noch angehoben worden. Die Bankbeschäftigten werden gezwungen – sie werden gezwungen; das muss man sich mal vorstellen –, bestimmte Produkte zu verkaufen, unabhängig von den Wünschen der Kunden. Das Kontrollsystem der Banken wird immer raffinierter. In etlichen Betrieben wird sogar täglich überprüft, wie viele Kundentelefonate, wie viele Kundenberatungen durchgeführt werden und wie die Abschlüsse waren. Den Druck durch Vorgesetzte können viele Beschäftigten gar nicht mehr aushalten. Die Zahl der psychischen Erkrankungen nimmt dramatisch zu.

Wir als ver.di fordern von den Banken deshalb, dass sie endlich ihre Vertriebssysteme so umgestalten, dass Berater und Beraterinnen ihre Kunden wieder beraten dürfen und die Arbeit in einer Bank nicht krank macht, sondern Spaß macht. (Beifall) Schluss mit dem Verkaufsdruck. Keine Verkaufsvorgaben für bestimmte Produkte. Schluss mit überzogenen Verkaufsvorgaben. Mehr Zeit für Beratung. Bessere und regelmäßige Qualifikation der Bankbeschäftigten. Und vor allen Dingen feste Monatsgehälter. Das Gehalt darf nicht vom Verkauf bestimmter Produkte abhängig sein.

In der Tarifrunde für private und öffentliche Banken versuchen wir in ver.di derzeit, einen Tarifvertrag für den Arbeits- und Gesundheitsschutz durchzusetzen, um unser Ziel – faire Arbeit und faire Beratung – zu erreichen. Bisher lehnen die Arbeitgeber solche Regelungen jedoch ab. Der DGB und seine Einzelgewerkschaften dürfen hier aber nicht locker lassen. Wir müssen gemeinsam Druck auf die Regierung in Berlin und auf die internationale Politik ausüben, damit die falsche und die gefährliche Entwicklung auf den Finanzmärkten zurückgenommen wird.

Zu dem, was wir fordern – darüber haben wir gestern und auch heute wieder gesprochen –, werde ich jetzt nichts mehr sagen, ich würde mich da nur wiederholen. Wichtig ist aber, dass wir als Gewerkschaften in den nächsten Monaten unsere Bemühungen verstärken, damit auch eine tatsächliche Regulierung stattfindet und nicht nur an den Randsymptomen herumgedoktert wird.

Eine Anmerkung zum Schluss: Die Aussage, die Banker sind schuld an der Finanzmarktkrise, kann man so nicht ganz bestehen lassen. Der Begriff „Banker“ ist in dem Zusammenhang aus meiner Sicht nicht ganz richtig. Es sind nicht die Banker oder die Bankberater, sondern die Spekulanten, die Bankmanager, die diese Krise verursacht haben, und nicht die Banker. – Schönen Dank. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank. Ihr folgt Katharina Ries-Heidtke von ver.di, Teilnehmerinnennummer 352. Katharina, Du hast das Wort.

Katharina Ries-Heidtke

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verspreche Euch, relativ kurz zu reden und ohne Zeigefinger.

Diese Finanzkrise wird weitere Privatisierungen zur Folge haben. Ich kann Euch sagen: Mein eigener Arbeitgeber, einer der ganz großen Gesundheitskonzerne dieser Republik, steht wie ein hechelnder Hund am Wegesrand. Er braucht nur auf die Angebote der maroden Kommunen zu warten, um dann weitere Kliniken zu ergattern. Geld dafür ist genug da, herausgepresst aus den Beschäftigten, immer gieriger für eine höhere Rendite.

Aber mit dem Kauf eines Krankenhauses ist der private Klinikbetreiber längst nicht zufrieden. Er privatisiert weiter. Er gliedert Leistungen aus in eigene Tochterunternehmen, und die mit übergegangenen Kolleginnen und Kollegen arbeiten dann als Leiharbeitskräfte in den Kliniken auf ihren alten Arbeitsplätzen weiter – natürlich zu einem niedrigeren Tarif, denn das ist ja der Sinn dieser ganzen Aktion.

So sieht die immer öfter gewählte Strategie der Arbeitgeber aus: Sie gründen neue und neue Tochtergesellschaften und versuchen, dadurch aus den bestehenden Tarifverträgen zu flüchten. Viele Tricks kennen wir. Wir haben sie hier und da, wenn auch nicht immer, erfolgreich bekämpft. Ich meine die gelben Tarnorganisationen der Arbeitgeber, die mit Gewerkschaften nichts zu tun haben und die ja sogar schon die Gerichte beschäftigt haben.

Manchmal versuchen die Arbeitgeber aber auch, durch einen Abschluss mit einer anderen Einzelgewerkschaft des DGB zu günstigeren Bedingungen in ihren Betrieben zu kommen. Sie unterlaufen alte Zuständigkeiten und unterminieren gewachsene gewerkschaftliche Strukturen, wenn es darum geht, für sich den billigsten Tarif zu erreichen. Wir bei ver.di haben diese Erfahrung jedenfalls in letzter Zeit gemacht. Ihr könnt Euch vorstellen, dass es die Beschäftigten in hohem Maße irritiert, wenn plötzlich bei den Betriebsratswahlen etwas anderes als ver.di auf dem Wahlzettel steht.

Kolleginnen und Kollegen, natürlich sind wir uns einig darin, dass wir jeden Gewerkschaftseintritt, jede neue Betriebsgruppe, jeden neuen Betriebsrat, jede gute tarifliche Absicherung in einem Betrieb nur begrüßen können. Da freue ich mich auch über jeden Erfolg, den eine andere Einzelgewerkschaft des DGB erzielt, wo auch immer. Dennoch ist die von mir geschilderte Situation ein Problem, ja ein wachsendes Problem, das wir gemeinsam angehen müssen. Es geht hier nicht um Eitelkeiten von Einzelgewerkschaften, nein, es geht um den Gedanken der Solidarität in einer Einheitsgewerkschaft. (Beifall)

Durch das Aushebeln von Tarifverträgen und betrieblichen Strukturen betreiben die Arbeitgeber eine Atomisierung der Arbeitswelt. Der Traum in vielen Chefetagen ist es, dass am Ende jeder Arbeitnehmer nur noch für sich steht und einzeln mit seinem Arbeitgeber über Löhne und Arbeitsbedingungen verhandelt. Dagegen werben wir für den Gewerkschaftseintritt. Er ist die einzig wirksame Antwort. Die Arbeitgeber erreichen aber einen Teilerfolg, wenn sie es schaffen, einzelne Gewerkschaften des DGB im Betrieb gegeneinanderzustellen. Ihr Ziel ist es, dass sie in einen Dumpingwettbewerb eintreten. Diese Konkurrenz führt in eine Kannibalisierung betrieblicher Interessensvertretung, die wir nicht wollen und die uns langfristig sehr schwächen wird. Erfolge haben wir dauerhaft nur, wenn wir solidarisch sind.

Ich plädiere deshalb dafür, dass sich der Bundesvorstand und die Landesbezirksvorstände des DGB mit diesem Thema befassen. Es müssen Schnittstellen und Koordinationen her, damit es nicht zu einem Unterbietungswettbewerb kommt. Es müssen Vereinbarungen her, wer wo auftritt, und darüber, dass erreichte tarifliche Standards nicht zur Disposition gestellt werden dürfen.

Ich weiß, das bedeutet zusätzliche Arbeit. Aber ohne diese werden die gut vernetzten Arbeitgeberverbände anfangen, die Einzelgewerkschaften in gute, bessere und böse aufzuteilen und in ihren Betrieben bewährte Strukturen zu zerstören. Wir sollten das durchschauen und wir sollten das vor allem durchkreuzen, Kolleginnen und Kollegen. Mit dem DGB haben wir das ein sehr gutes Instrument, um uns zu koordinieren und strategisch unterzuhaken. Ich sage das auch jenen unter uns, die manchmal zweifeln, welche Rolle sie der Dachorganisation geben sollen, und die sich allein in ihrer Einzelgewerkschaft wohlfühlen.

Die Bedeutung des DGB wird wachsen, je mehr die Arbeitgeber die Zersplitterung der betrieblichen Strukturen betreiben. Fast könnte man sagen: Noch nie war der DGB so wertvoll wie heute. Nutzen wir ihn, um den Arbeitgebern auf ihrem Weg in die Dumpingarbeitswelt ein großes Stoppzeichen entgegenzusetzen. Ich zitiere Michael: ein Betrieb, eine Gewerkschaft. – Danke schön. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Katharina. Ihr folgt Angelika Spautz, ver.di, Teilnehmernummer 373. – Angelika, Du hast das Wort.

Angelika Spautz

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, dass im Geschäftsbericht in der Chronik für den 21. Mai 2009 auch der Erzieherinnenstreik benannt wird. Es wurde – auch nach dem Referat von Michael – über Kinderarmut et cetera gesprochen. Es haben aber nicht nur die Erzieherinnen gestreikt, sondern alle Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst: in der Behindertenhilfe, im allgemeinen Sozialdienst, in den Jugendeinrichtungen – genau diejenigen Beschäftigten, die damit betraut sind, die Missstände, die Fehler, die in der Sozialpolitik, in der Schulpolitik, in der Kulturpolitik insgesamt gemacht werden, wieder auszubügeln. Diese Kollegen haben im letzten Jahr gesagt: Wir haben die Schnauze voll, unsere Gesundheit dafür zu ruinieren, dass die Politik seit Jahrzehnten Fehler macht, und zwar immer wieder auf unserem Rücken.

Damit haben wir im letzten Jahr ein Zeichen gesetzt. Diese Auswertungskampagne unserer Berufsfelder geht weiter. Wir werden auf der Straße und überall immer wieder deutlich machen: Wir sind nicht die Ausputzer der Nation für politische Fehlentscheidungen. (Beifall)

Bildung ist ein Grundrecht. Bildung und soziale Arbeit sind aber untrennbar miteinander verknüpft. Bildung beginnt mit der frühkindlichen Bildung in den Kindertagesstätten. Hier werden Familien unterstützt, hier werden aber auch die Grundlagen

dafür gelegt, dass Kinder überhaupt am gesellschaftlichen Leben zu partizipieren lernen. Das setzt sich in der Schule fort, in der Schulsozialarbeit, in den Horten, aber auch in den Jugendfreizeitstätten, in den Jugendämtern, in den Ausbildungsbetrieben, in den Hochschulen. Es geht weiter mit permanenter Fort- und Weiterbildung.

Wenn die Kanzlerin von 13 Milliarden Euro – ein Riesenpaket! – für den Ausbau der Betreuung von unter Dreijährigen spricht, wobei wir keine Betreuung, sondern Bildung für die unter Dreijährigen wollen, (Beifall) und erklärt, das sei eine tolle Sache, dann ist dazu zu sagen: Wir betreiben weiter Mangelverwaltung. Es wird zu wenig in Bildung investiert, und zwar schon seit Jahrzehnten. Wir haben zu große Klassen, wir haben zu große Gruppen in den Kindertagesstätten, wir haben zu wenig Personal. Wir schließen Jugendfreizeitstätten. Diese Aufzählung könnte man fortsetzen. Wir betreiben nur noch Mangelverwaltung, Armutsverwaltung und können unserem Auftrag nicht gerecht werden. Dann wird das aber so dargestellt, als würde das alles mit 13 Milliarden Euro geregelt.

Es werden Rettungsschirme für die Banken aufgespannt, aber die Beschäftigten in der Sozial- und Jugendhilfe werden im Regen stehen gelassen. Der von uns erarbeitete volkswirtschaftliche Gewinn und Nutzen für die ganze Gesellschaft wird uns nicht mit Bonuszahlungen honoriert. Wenn fünf meiner Kinder Abitur gemacht haben, kriege ich keine Bonuszahlung von 150.000 Euro, weil ich etwas Entsprechendes geleistet habe. Aber die Banker oder die Bankenspekulanten, selbst wenn sie Scheiße gebaut haben, bekommen das hinterher alles noch in den Rachen geschoben.

Wir wollen keine Lippenbekenntnisse von der Politik, wir wollen nicht, dass die Kanzlerin es so darstellt, als sei das alles ganz toll.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter unterscheiden sich auch in einem weiteren Punkt ganz deutlich von der Kanzlerin. Die Kanzlerin hat gestern gesagt: Ich setze mich nur für Dinge ein, die ich auch durchsetzen kann. Da unterscheiden wir uns ganz gewaltig: Wir setzen uns für das ein, was notwendig ist und was die Arbeitsbedingungen für unsere Kolleginnen und Kollegen in allen Branchen verbessern wird. (Beifall) Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeitsbedingungen in den Kindertagesstätten, in den Schulen verbessert werden, damit wir unserem Bildungsauftrag gerecht werden können.

Wir setzen uns für einen Gesundheitsschutz ein – das haben wir mit dem Tarifabschluss im letzten Jahr deutlich gezeigt –, der endlich klarmacht, dass es in diesen Bereichen starke psychische Belastungen gibt, wogegen etwas getan werden muss.

Wir setzen uns dafür ein, dass es unbefristete Arbeitsverhältnisse gibt und nicht, wie es jetzt an Schulen auch größtenteils ist, dass da Lehrer eingestellt werden, die in den Sommerferien entlassen und hinterher wieder eingestellt werden. Das ist ein unmöglicher Zustand.

Wir setzen uns dafür ein, dass Ausbilderinnen qualifiziert werden, denn gute Ausbildung von Auszubildenden heißt auch gute Ausbildung von Auszubildenden. Aber auch diejenigen, die die Ausbildung machen, müssen die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen.

Das alles ist notwendig, um gute Bildung lebenslang und unabhängig vom sozialen Status möglich zu machen. Wir wollen keine gleichen Chancen. Gleiche Chancen habe ich auch beim Lotto. Aber es gewinnen immer nur zwei oder so. (Leichter Beifall)

Wir wollen gleiches Recht auf gute Bildung und gute Arbeit für alle und fordern deshalb auch die Politik auf: keine Phrasen, sondern Handeln, eine sofortige Stärkung der Gemeindefinanzen, um genau diesen Bildungsauftrag in den Kommunen erfüllen zu können.

Und wenn die Kanzlerin von Gerechtigkeit im Sparen spricht, dann weiß ich jetzt schon wieder, dass ich angelogen werde. Wir haben keine Lust mehr, uns anlügen zu lassen. Wir sagen: Gerecht geht anders, und dafür weiter gemeinsam im Kampf! – Danke. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Angelika. Petra Gerstenkorn hat zurückgezogen. Dann ist jetzt in der Reihenfolge dran Robert Sadowsky von der IG Metall, Delegiertennummer 179.

Robert Sadowsky

Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eine kurze Anmerkung zum Referat von Michael machen. Mir ist aufgefallen, dass Du recht scharf differenziert hast zwischen der Finanzwirtschaft und der Realwirtschaft, und das kommt mir quer. Das kommt

mir deswegen quer, weil es ja nicht so ist, dass die Realwirtschaft, die Unternehmer und die abhängig Beschäftigten gleichermaßen als Unschuldslämmer betroffen worden sind von einer Finanzkrise, die da ausgelöst worden ist von böartigen, wild gewordenen und gierigen Spekulanten.

Es ist doch tatsächlich so, dass seit Jahrzehnten eine Umverteilung von unten nach oben stattfindet, die sehr wohl von den sogenannten Realwirtschaftlern, von den Unternehmen, betrieben wurde und die sehr wohl auch unterstützt wurde von einer interessierten Politik, zum Schluss von einer Agenda-Politik von Rot-Grün, die von der Maxime ausging, da ist zu wenig Geld vorhanden, die Realwirtschaft hat zu wenig Geld, um zu investieren, und deswegen muss man ihnen noch mehr Möglichkeiten geben, und dann investieren die, und dann entstehen Arbeitsplätze. Das war ja die Vorstellung dieser neoliberalen Politik.

Es ist dann letztendlich eine Umverteilung entstanden, die eine Finanzblase hat entstehen lassen, die schließlich geplatzt ist. Ich sage: Keineswegs ist die Realwirtschaft davon unschuldig betroffen worden. Ich finde es richtig, dass man diese Zusammenhänge aus zwei Gründen auch benennt.

Der eine Grund ist: Die Strategiebildung der Gewerkschaften wird dadurch beeinflusst werden, wie man das so sieht. Und wenn man dabei ist, ein tripartistisches Bündnis zu schmieden, dann wird man sich eventuell über den einen angestrebten Bündnispartner wundern, der gar kein Interesse hat an einem neuen sozialen Frieden mit den Gewerkschaften.

Der andere Grund, Kolleginnen und Kollegen, hat etwas damit zu tun, dass es vielleicht ganz angemessen ist, mal in die Geschichte zurückzublicken. Das hat es ja schon mal gegeben, dass man zwischen verschiedenen Fraktionen des Kapitals unterschieden hat. Das eine sind die guten Kapitalisten, und das andere sind die schlechten Kapitalisten. Da sprach man dann vom raffenden und vom schaffenden Kapital.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben es im Moment damit zu tun, dass unseren Mitgliedern in den Betrieben bis weit in die Funktionärskörper hinein dummes Zeug in die Gehirne geblasen wird, sodass einem ganz schlecht wird. Da bereitet sich eine Basis vor für rechte Rattenfänger, der wir entgegentreten müssen.

Ich kann Euch berichten, dass in der Stadt, aus der ich komme, in Gelsenkirchen, die Pro NRW 4,2 Prozent der Stimmen erungen hat. Das hat etwas mit in den Kopf geblasenen dummen Parolen zu tun. Dem müssen wir entgegentreten. Und dem entgegentreten bedeutet eben auch, dass man nicht irgendwelche Schuldigen ausmacht, sondern dass man die Krise in ihren Ursachen wirklich richtig benennt.

Diese Unterscheidung zwischen dem Realkapital und dem Finanzkapital, wo irgendwelche bösen Menschen vielleicht ausgetauscht und an die Kandare genommen werden müssen, scheint mir falsch zu sein, und das bitte ich künftig etwas stärker zu beachten. – Danke schön. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank. Als Nächster hat das Wort Manfred Becker, ver.di, Delegiertennummer 270.

Manfred Becker

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte Euch etwas Mut machen. Ich möchte Euch von einem Projekt erzählen, das mein Betriebsrat durchgeführt hat. Es heißt „Gute Arbeit ist das Ziel“. Frank und auch Michael haben ja gesagt, dass eine sehr starke Kraft aus den Betrieben heraus kommen wird. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir den Kampf nur in den Betrieben gewinnen werden.

Ich komme von dem Unternehmen Deutsche Telekom Netzproduktion und bin dort in einem Betrieb, der 1.300 Beschäftigte hat, der sich über Schleswig-Holstein, Hamburg, Nord-Niedersachsen und Bremen, also über eine riesige Fläche erstreckt. Ich musste als Mitglied des Gesamtbetriebsrats von 1995 bis 2003 in der Freistellung erleben, dass wir in unserem Betrieb 120.000 Arbeitsplätze vernichtet haben.

Die Arbeitswelt hat sich verändert, sie ist aufreibender, unsicherer geworden. Angesichts der Finanzmarktkrise und der negativen Wirtschaftsprognosen sind die Beschäftigten mit den wachsenden Belastungen und Zumutungen konfrontiert. Schlechte Zeiten, also gute Arbeit. Ist das ein Widerspruch? Ich sage nein.

Unser Betriebsrat stellte sich diesem Thema, um mögliche Auswirkungen auf die Belegschaft in das Zentrum dieses Projektes zu stellen und mit den Kollegen gemeinsam einen Weg zu finden.

Wie sind wir vorgegangen? Das ist kein Weg, den man in einem Monat bewältigen kann, sondern das dauert länger.

Wir haben erst mal eine Betriebsversammlung gemacht, in der wir den Beschäftigten erklärt haben: Wir haben einen Paradigmenwechsel, wir wollen die Arbeitsbedingungen in den Mittelpunkt stellen. Dann haben wir eine Vertrauensleutekonferenz durchgeführt, zu der wir Ralf Stuth von DGB-Index Gute Arbeit GmbH eingeladen haben. Der hat uns diesen Index erklärt, also dieses schöne Mittel, das wir ja auch haben.

Dann haben wir eine weitere Betriebsversammlung genutzt, um für unsere Beschäftigten die Themen, die wir aufbereiten wollen, in den Fokus zu rücken. Durch diese Mitnahme der Beschäftigten ist es uns gelungen, auch eine hohe Akzeptanz bei den Beschäftigten zu erreichen.

Was haben wir dann gemacht? Dann haben wir die Kontaktaufnahme über ver.di gemacht, dort über die Abteilung „Innovation und Gute Arbeit“. Über Joachim Schulz zusammen mit Ralf Stuth haben wir uns an den Fragebogen gemacht. Zum einen haben wir den Vollbogen des Indexes genommen, aber wir haben auch eigene Fragen gestellt, insbesondere zum Beispiel zur Zielerreichung, zu Zielvereinbarungsprozessen, weil es dort gerade bei uns klemmte.

Welche Fragestellungen hatten wir? Wir wollten wissen: Wie ist die derzeitige Arbeitssituation? Dann wollten wir wissen: Welche Aspekte der Arbeit beurteilen Beschäftigte besonders positiv und welche eher negativ? Wo bestehen die größten Verbesserungspotenziale im Betrieb bei der Gestaltung der Arbeitsplätze? Welche Vorstellungen haben die Beschäftigten von „Gute Arbeit“, nicht wir als Betriebsrat oder als Gewerkschaft? Vielmehr haben wir die Beschäftigten gefragt.

Wir haben dann die Befragung mit der DGB-Index Gute Arbeit GmbH durchgeführt. Das hat auch ein bisschen Kleingeld gekostet, das glücklicherweise unser Arbeitgeber übernommen hatte. Wir brauchten damit also nicht unsere ver.di-Kasse zu belasten.

Wie sehen die Ergebnisse aus? Grottenschlecht. Zum Vergleich: Der DGB-Index spricht von zwölf Prozent „Gute Arbeit“, das ist ja auch nicht gerade berauschend.

Bei uns im Betrieb waren es 4,3 Prozent gute Arbeit. 30 Prozent waren mittelprächtige Arbeit und 65 Prozent schlechte Arbeit. Das Schöne war, dass der Arbeitgeber vier Wochen später eine Mitarbeiterbefragung durchführte. Er hätte ja sagen können: Das, was ihr da erhoben habt, ist alles erlogen und erstunken. – Nein, er kam zu genau denselben Ergebnissen. Das war sehr positiv für uns.

Was haben wir als Betriebsrat dann gemacht? – Wir haben uns gefragt, was wir ganz konkret bei uns im Betrieb beeinflussen könnten. Wir haben uns also nicht gefragt, was wir beispielsweise über Tarifpolitik beeinflussen könnten. Wir haben neun Felder ausgemacht.

Der erste Punkt betraf die Qualifizierung und faire Entwicklungsmöglichkeiten. Das ist Teil einer vorausschauenden Personalplanung. Dabei unterstützt uns ein Tarifvertrag, der Servicekarrieren beschreibt.

Der nächste Punkt war „Arbeitsplatzsicherheit“. Arbeitsplatzsicherheit ist ein hohes Bedürfnis bei uns. Wir haben betriebsbedingte Beendigungskündigungen ausgeschlossen. Bei uns wird keiner mal eben so entlassen. Klar ist aber auch, dass 18 Umorganisationen in 15 Jahren Wirkung bei den Beschäftigten zeigen.

Die nächsten Punkte waren „Frauenförderung“ und „Frauen in Führungspositionen“. Unter unseren 60 Teamleitern – das ist die unterste Führungsebene – ist eine Frau. Na ja, man muss einräumen, dass wir ein Produktionsbetrieb mit nur 10 Prozent Frauenanteil sind. Trotzdem haben wir es uns auf die Fahnen geschrieben. Schließlich fordert auch der Vorstand 30 Prozent Frauen in Führungspositionen.

Dann haben wir uns die Einkommenssituation angesehen. Wir wissen ganz genau, dass es ein Tarifvertrag ist. Wir haben aber festgestellt, dass es gerade die Kolleginnen und Kollegen unter 25 sind, die unter besonders schlechten Bedingungen arbeiten. Ein normaler Monteur bei uns hat ein Jahreszielgehalt von 33.000 oder 34.000 Euro. Ein junger Mitarbeiter, der eingestellt wird, bekommt 23.000 Euro.

Die nächsten Punkte waren „Kreativität“, „Kommunikation“ und – das verwunderte uns – „Einseitige körperliche Belastungen“. Wir hatten eigentlich gedacht, dass wir das Thema schon erledigt hätten. Nein, es ist weiterhin ein wichtiges Anliegen.

Dann kamen zwei ganz wichtige Themen: „Rücksicht auf die familiäre Situation“ und – das ist bei unserem Altersdurchschnitt von über 50 nicht verwunderlich – „Rücksicht auf die Verantwortung für pflegende Angehörige“.

Was haben wir als Nächstes gemacht? – Wir sind auf den Arbeitgeber zugegangen und konnten erreichen, dass wir gemeinsam vier Fokusteams mit Experten unseres Betriebsrates eingerichtet haben. Die erste Fokusgruppe kümmerte sich um die Qualifizierung, die auch die Aspekte der beruflichen Entwicklung und Frauenförderung betrachtete. Der nächste Punkt beinhaltete „Kreativität fördern“, Ideen, Vorschläge, Arbeitsabläufe, „Lernen aus Fehlern“, „Lernen mit Mitarbeitern“. Der vierte Punkt betraf dann diesen Bereich der einseitigen körperlichen Belastungen. Darunter fielen auch noch andere Punkte wie Prävention, „Rücksicht auf die familiäre Situation“ und „Rücksicht auf die Verantwortung für pflegende Angehörige“.

Was haben wir bisher erreicht? – Als Erstes haben wir – und darauf sind wir sehr stolz – eine Betriebsvereinbarung abgeschlossen, die die Mindestanforderungen an die Arbeitsstätten definiert. Bei der Telekom herrscht im Moment nämlich eine Käfighaltung-Mentalität. Die wollen uns auf sieben Quadratmeter Fläche reduzieren. Dem sind wir entgegengetreten.

Als zweiten Punkt haben wir uns die körperlichen Belastungen angeschaut. Denn eigentlich dachten wir, dass das Thema erledigt sei. Wir haben dazu in einer ergänzenden Fragebogenaktion weitere differenzierte Fragen gestellt. Dieses Feld ist schließlich sehr weit, und dort sind uns zwei ganz entscheidende Handlungsfelder aufgefallen: Im Montebereich – das ist auch altersbedingt – kann ich mit 50 nicht mehr so wie ein 20-Jähriger im Matsch und Schlamm rumwühlen. Ich brauche andere altersgerechte Arbeitsbedingungen.

Ein anderes Beispiel sind unsere hochtechnisierten Räume. Da herrschen Temperaturen von 35 oder 40 Grad. Wenn ich dort längerfristig arbeite, dann unterliege ich entsprechenden Belastungen.

Wir wissen ganz genau, dass die Verbesserung der Arbeitssituation und Arbeitszufriedenheit langfristig angelegt sein muss. Wir haben erste Erfolge erzielt, aber wir wissen, dass der Weg weit und steinig ist. Michael, vielleicht ist das ein Instrument – das ist ja ein Instrument, das aus Deinem Haus kommt –, das man auch bei der Reorganisation des DGB anwenden könnte. – Danke schön. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Manfred. – Es folgt Gitta Süß-Slania, Delegiertennummer 379, von ver.di. Ihr folgt Franz-Josef Möllenberg, Delegiertennummer 236, von NGG. Mir liegen momentan einschließlich der beiden noch neun Wortmeldungen vor. Mein Appell an alle, die sich noch an den Redebeiträgen beteiligen: Ihr müsst die zehn Minuten nicht ausschöpfen. (Heiterkeit) – Gitta, Du hast das Wort.

Gitta Süß-Slania

Ich versuche es. – Ich habe mich gemeldet, weil ich einen Teil Deiner Rede, Michael, ganz klasse fand. Andere Teile liegen mir aber richtig im Magen. Und bevor ich krank werde – wir haben eben auch etwas zu Gesundheit und Krankheit gehört –, habe ich mir gedacht, dass ich das sagen muss.

Ich fand an Deiner Rede ganz klasse, dass Du sozusagen jeden Punkt einer moralischen Kategorie zugeordnet hast. Du hast betont, dass es uns um Werte gehen muss. Das finde ich ganz klasse und unterschreibe fast jeden Satz, den ich mitschreiben konnte. Es gibt aber auch ein paar Dinge – und jetzt komme ich zu den Brocken, die mir im Magen liegen –, wo ich mich frage, was Du gemeint hast. Du hast im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage dreimal – auch körperlich – sehr deutlich gesagt: Leute, da ist was aus dem Lot geraten. – Da habe ich mich gefragt: Wann war es im Lot? – Die Frage konnte ich mir aber nicht beantworten. Ich möchte es nun etwas zuspitzen. Denn wenn du nach draußen gehst, trägst Du es auch in Podiumsdiskussionen so vor, und dann fragt vielleicht jemand anders: Wann war denn unsere wirtschaftliche Ordnung im Lot?

Ich bin ebenso wie Du ein Arbeiterkind. Ich schildere einmal ganz kurz, was ich bisher erlebt habe: Mit der Ölkrise und dem Vietnam-Krieg ging es los. Dann kamen die Notstandsgesetze. Dass es mit Bildung und Ausbildung schwierig war, hat mich – und viele andere, die hier sitzen, wohl auch – sozialisiert. – Also, sag uns bitte, was Du meinst. Ich nehme an, Du meinst etwas anderes. Dann sag es bitte auch.

Du hast von Balance gesprochen. Du hast gesagt, wir bräuchten eine Balance zwischen der Wirtschaft und den Menschen. Da habe ich mir überlegt: Brauche ich die? – Ich glaube, ich brauche sie nicht. Ich hätte gerne, dass wir nach wie vor gemeinsam die Vorstellung haben, dass die Wirtschaft den Menschen zu nutzen und zu dienen hat. (Beifall) Bei der Wirtschaft

würde ich auch nicht zwischen dem produzierenden und dem Dienstleistungsbereich unterscheiden. Und dass der Staat genau die Aufgabe hat, sich darum zu kümmern, dass das funktioniert, würde mir als Grundidee unseres Bundes nach wie vor reichen. Das würde mich – und andere Menschen, die hier im Raum sind, sicherlich auch – tragen.

Ich arbeite in einer Kommune, und ich finde es sehr gut, dass inzwischen das eine oder andere zu den Kommunal финанzen gesagt wurde. Dort drüben sitzt ein Kollege von der IG Metall, der sich in meiner Kommune gut auskennt. Wir beide wissen: In der Stadt, aus der ich komme, ist jedes sechste Kind arm. Das sagen jetzt nicht irgendwelche politisch suspekten Linken oder sonst wer. Das sagen die Kirchen. Das wird offiziell von der Stadt gesagt. Also, jedes sechste Kind ist arm. Das bedeutet, auch die Familie, in der dieses Kind lebt, ist arm. Wir sind also mit dem Thema Armut konfrontiert, aber das ist hier noch nicht breit diskutiert worden. Arm sein ist mehr, als nur von Hartz IV zu leben oder lediglich finanziell arm zu sein. Arm sein heißt: Kinder leben in einem anregungsarmen Umfeld. Das heißt wiederum, Armut macht Menschen nicht klug. Diese Menschen sind nämlich mit anderen Nöten und Sorgen beschäftigt, und Kinder werden nicht gefördert und motiviert.

Dann kann man auch nicht sagen, dass auch aus armen Familien intelligente Kinder kommen. Natürlich kommen auch aus armen Familien intelligente Kinder, aber sie haben es schwer, ihre Intelligenz auszuleben. Das ist doch die Gemeinheit in dieser Situation. Ich hätte mir beim Thema Kommunal финанzen gerne gewünscht, dass dies als die Aufgabe der Zukunft gesehen wird. Denn wenn wir diese Aufgabe nicht meistern – und jetzt wage ich eine Prognose –, dann stehen wir in acht Jahren auf dem übernächsten Kongress – vielleicht können wir ihn uns dann gar nicht mehr hier im Estrel leisten – vor folgender Situation: Wir verzeichnen Ghattobildungen in den Städten. Die sehen so aus, dass die Kollegen der Polizei zwar noch Polizisten sind, dass es daneben aber ganz viele Ehrenamtliche gibt, die die Ghettos schützen – die Ghettos der Reichen, nicht die der Armen. Die schlagen sich vielleicht die Köpfe ein. Wer weiß!

Wir haben Privatschulen. Und die Privatschulen werden Klassensituationen haben, da denkt vielleicht der eine oder andere tolle Gewerkschafter, ob er nicht dort besser Bildung zu entwickeln mithelfen kann. Wir werden Privatkindergärten in einem Ausmaß haben, dass Menschen, die auch hier sitzen, sich überlegen: Wenn beide arbeiten, können sie mal gucken, welchen Kindergarten sie ihren Kindern zumuten. Bei solchen Kommunen sieht es schlecht aus. Die Kollegin Spautz hat dazu etwas gesagt.

Wir haben Stadträte, die beschließen so weltbewegende Dinge – ich habe nichts gegen Vereine – wie Zuschüsse an Vereine, weil sie Müllgebühren nicht mehr beschließen können; denn die Müllabfuhr ist privatisiert. Die Kindertagesbetreuungskosten – na ja, dort sind die Privaten auch ganz schön zugange. Der Ausweis kostet 180 Euro, weil Kostendeckung angesagt ist. Außerdem haben wir mehr Gefängnisse.

Ich sage das deshalb: Wenn wir die Lage so, wie sie im Moment ist, die Armut der Kommunen, betrachten – und ich rede nicht von Düsseldorf; ich rede von Kaiserslautern, Mannheim und dem Ruhrgebiet – und wenn wir das als Gewerkschafterin/Gewerkschafter nicht hinkriegen, sind wir einfach weg, schlicht weg, weil wir unsere Kernangelegenheiten vor Ort, wo die Menschen uns brauchen, nicht regeln konnten.

Deshalb wäre es mir arg wichtig, wir wären ein bisschen lauter. Ich fand ja die Lautstärke meines Vorsitzenden schon ganz gut. Aber wenn wir die Lautstärke raus aus dem Kongress, rein in die Betriebe und auf die Straßen kriegen – im Moment sehe ich nichts anderes –, dann arbeiten wir an dem Thema, und das täte uns gemeinsam ganz arg gut. – Danke. Ich habe keine zehn Minuten gebraucht. (Starker Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Gitta. – Gitta hatte sieben Minuten. Das ist jetzt die Vorlage. – Franz-Josef Möllenberg ist der nächste Redner; NGG; Delegiertenummer 236. – Ihm folgt Detlef Lange.

Franz-Josef Möllenberg

Vielen Dank. Ich werde es auch kurz machen. – Ich greife ein Wort, eine Bemerkung meiner Vorrednerin auf, die gesagt hat: Wenn wir uns in vier Jahren hier im Estrel das noch leisten können. – Kolleginnen und Kollegen, ich bin davon überzeugt, wir werden es uns leisten können. Ich finde es auch toll, wie die Beschäftigten dieses Hauses vor und hinter den Kulissen uns bewirten. (Starker Beifall) – Ja, das sollte man durchaus mal sagen. Aber wir werden dann nicht mehr hierhin gehen, wenn dieses Haus in vier Jahren immer noch nicht tarifgebunden ist. Auch das ist die Botschaft, die von hier ausgehen muss. (Starker Beifall)

Ich finde, dass wir heute Nachmittag mit dem Grundsatzreferat von Michael Sommer und auch mit der Diskussion eine spannende Stunde erleben. Ich bin sehr stolz darauf, dass ich das sagen darf.

Die entscheidende Frage ist: Was tun? Aber „Was tun?“ nicht nur als Frage. Es geht um das, was wir tatsächlich als Antwort geben. Kolleginnen und Kollegen, wenn wir alle das vorhin richtig registriert haben: Nach dem langanhaltenden Beifall für Michael nach dem Grundsatzreferat gab es den stärksten Zwischenbeifall – so habe ich es zumindest empfunden –, als er über Mindestlohn und über unsere Kampagne, unsere Forderung, gesprochen hat, dass Mindestlohn endlich umgesetzt werden muss in dieser Gesellschaft in Deutschland. Das war die spannendste Geschichte, die stärkste Szene, was den Applaus angeht.

Ich sage das hier deshalb, weil wir nicht lockerlassen dürfen. So wie Schutzschirme für das Bankensystem gespannt worden sind, Schutzschirme für den Euro gespannt worden sind, brauchen wir endlich Schutzschirme für diejenigen, die nicht mehr unter Tarifverträge fallen, für diejenigen, die zu Hungerlöhnen und zu Niedriglöhnen arbeiten. (Starker Beifall) Auch wenn Frau Merkel – und das war ja heute in den Medien nachzulesen – uns darin eine Absage erteilt hat, will ich darauf pochen und das unterstützen, was Michael gesagt hat. Ich bin stolz darauf, dass alle deutschen Gewerkschaften im DGB das mittlerweile mittragen. Wir werden nicht lockerlassen. Und die Kampagne, die wir finanziert haben, ist jetzt bis zum 1. Mai des nächsten Jahres finanziert. Bis zum 1. Mai deshalb, weil es dann mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit erst mal das nächste Datum erreicht.

Aber ich will hier auch ankündigen, das als Forderung und als Bitte, ohne der Antragsberatung vorgreifen zu wollen: Wir werden die notwendigen Mittel auch über den 1. Mai nächsten Jahres hinaus zur Verfügung stellen, weil wir den Mindestlohn brauchen. Wir müssen mit Hunger- und mit Niedriglöhnen Schluss machen! (Starker Beifall)

Ich will aber noch auf ein anderes Thema kurz zu sprechen kommen. Gestern wurde – Eberhard Brandt von der GEW war es, glaube ich – das einheitliche Steuerkonzept eingefordert. Michael hat vorhin zu Recht gesagt: Da müssen wir ran. Und auch andere haben gesagt: Jawohl, das ist doch die große Frage der Verteilungsgerechtigkeit in diesem Land. Frank Bsirske hat das hier sehr gut ausgeführt.

Kolleginnen und Kollegen, ich spreche das hier vor dem Hintergrund einer betroffenen Gewerkschaft noch einmal an: diese unsägliche Steuerschenkung im Hotelgewerbe. Wir dürfen das nicht vergessen. Damit ist eine Milliarde Euro jedes Jahr verschenkt worden. Das müssen wir weiterhin skandalisieren, damit diesem Unsinn endlich ein Einhalt geboten wird. Man kann so was auch zurücknehmen. (Starker Beifall) Ihr solltet in dem Zusammenhang wissen: Wir hatten mit dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband in alten Zeiten eine Verabredung. Wir hatten gesagt: Jawohl, wir wollen im Prinzip, dass für die Dienstleistung im Gastgewerbe der Mehrwertsteuersatz ermäßigt wird. Wir haben das deshalb immer gefordert, weil davon zum Beispiel auch die Verpflegung von Kindern und Jugendlichen bei Ganztagschulen betroffen ist. Die müssen nämlich den vollen Mehrwertsteuersatz zahlen. Oder das, was Betriebsverpflegung angeht: die ausgesorteten Kantinenverpflegungen, Gemeinschaftsverpflegungen. Wir hatten mit dem DEHOGA eine Verabredung: Wenn das zum Tragen käme, machen wir eine Drittelbeteiligung, ein Drittel für die Beschäftigten, ein Drittel für die Gäste und ein Drittel für die Unternehmen, damit sie investieren. Nichts ist geschehen. Die haben sich das in die Tasche gesteckt. Das ist reine Klientelpolitik, und das müssen wir, wie gesagt, auch morgen und übermorgen noch sagen, welche Politik damit Schwarz-Gelb eigentlich verfolgt. Das ist ein Teil der Ungerechtigkeiten in dieser Gesellschaft. Deshalb müssen wir das unter dem Thema Steuergerechtigkeit weiterhin benennen. (Starker Beifall)

Eine weitere Bemerkung in dem Zusammenhang. Wisst Ihr, wir bekommen ja, Michael, übermorgen Besuch von der Arbeitsministerin. Frau von der Leyen war im März in der DGB-Bundesvorstandssitzung. Dort haben wir zum Beispiel über Rente mit 67 gesprochen und haben ihr gesagt: Das ist nicht unsere Position. Das sieht sie ein bisschen anders. Sie hat zwar gesagt, sie müsse sich noch einarbeiten, aber sie sieht es anders. Sie wäre ja noch frisch im Amt. Ich habe dann versucht, ihr deutlich zu machen, dass ich das überhaupt nicht nachvollziehen kann. In dem schwarz-gelben Koalitionsvertrag steht ja nicht viel Konkretes. Aber dort steht eine konkrete Passage, die darauf hindeutet, dass Schwarz-Gelb sich vorgenommen hat, wieder für eine bestimmte Gruppe Verschlechterungen herbeizuführen. Sie haben nämlich konkret in diesen Koalitionsvertrag geschrieben, dass das Jugendarbeitsschutzgesetz für das Hotel- und Gaststättengewerbe geändert werden soll.

Kolleginnen und Kollegen, ich verrate Euch kein Geheimnis. Wenn die „verändert“ schreiben, dann meinen die das nicht im Sinne von Verbesserung, sondern die wollen im Prinzip, dass unter 18-Jährige, damit sie auch die Rente mit 67 erreichen können, auch nach 22 Uhr bis in die Nacht noch arbeiten dürfen. Und dem müssen wir Einhalt bieten; dagegen müssen wir uns wehren. (Starker Beifall) Die machen das ja nicht ungeschickt; die machen solch eine Politik, um letztendlich einzukalkulieren: Das sind bestimmte Arbeitnehmergruppen, die alleine nicht etwas Mobilisierungsfähiges auf die Beine stellen.

Deshalb sage ich Euch: Dann lasst uns das mal konkretisieren, nicht nur in der Analyse verharren, sondern ganz konsequent unseren Weg weitergehen. Und wer nicht hören will, muss fühlen, muss spüren. Dann lasst uns im Herbst dieses Jahres die Auseinandersetzung in die Betriebe tragen; dann lasst uns im Herbst dieses Jahres miteinander verabreden, dass wir betriebliche Aktionswochen in unseren Betrieben, in allen Betrieben über das durchführen, was an Skandalen in der Politik stattfindet, an einer falsch angelegten Politik, die mit Solidarität, Gerechtigkeit und Arbeit nichts zu tun hat, um sie zu entlasten, um unser Zukunftsmodell auf den Weg zu bringen. Das sollte auch die Botschaft dieses Kongresses sein. Und darum bitte ich Euch. – Danke. (Starker Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Franz-Josef. – Dir folgt Detlef Lange, ver.di, Delegiertennummer 328. Ihm folgt Bernd Hampel.

Detlef Lange

Ich möchte Euch hier darstellen, wie es ist und wie es dazu kommt, dass man plötzlich mit Finanzinvestoren zu tun hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin einer von noch 26.000 Kolleginnen und Kollegen, die bei Karstadt arbeiten. Seit fast einem Jahr arbeiten und leben wir unter den Bedingungen einer Insolvenz. Wir stehen morgens auf und schlafen abends ein mit unseren Gedanken und Sorgen und fragen uns: Wie geht es weiter? Geht es überhaupt weiter? Und wie lange noch? Gleichzeitig geben wir jeden Tag gegenüber den Kundinnen und Kunden unser Bestes. Doch zunehmend fällt uns dieser Spagat zwischen den eigenen Existenzängsten einerseits und der freundlichen und kompetenten Verkäuferin oder dem Verkäufer andererseits schwerer. Es zermürbt uns. Immer häufiger werden die Kolleginnen und Kollegen von der Bank oder von den Vermietern angesprochen und gefragt, wie lange es noch weitergeht mit Karstadt. Ich muss Euch nicht erzählen, wie sich diese Situation auf jeden Einzelnen von uns auswirkt, auf seine Partnerschaft und auf die Kinder.

Trotz allem haben wir nie die Hoffnung aufgegeben, dass Karstadt eine Zukunft hat. Wir, die Beschäftigten, haben es überhaupt erst ermöglicht, dass Karstadt die seit Jahren schwierigen Zeiten überstanden hat. Seit sechs Jahren verzichten wir auf wesentliche Teile des Urlaubs- und Weihnachtsgelds und auf weitere Leistungen. Die Beschäftigten haben mit Einsparungen von über 1 Milliarde Euro – Ihr habt richtig gehört: über 1 Milliarde Euro – zum Überleben den wesentlichen Beitrag geleistet, während sogenannte Spitzenmanager für schlechte Leistungen Millionen eingesteckt haben.

Selbst in der Insolvenz, in der wir nun ja schon fast ein Jahr sind, waren wir bereit, erneut Opfer zu bringen. Wir verzichten in den nächsten Jahren auf 150 Millionen an Leistungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Bei einem monatlichen Nettoeinkommen einer vollzeitbeschäftigten Verkäuferin von etwa 1.350 Euro wisst Ihr alle, dass das Geld für Anschaffungen und Verpflichtungen äußerst gering ist. Die meisten von uns haben aber keinen Vollzeitvertrag.

Jetzt gibt es seit einigen Wochen einen Investor, der uns kaufen will. Es ist ein skandinavischer Investor, Triton heißt er. Das war für uns alle erst einmal eine gute Nachricht. Die schlechte und bittere Nachricht ist, dass er den Einstieg bei Karstadt an Bedingungen knüpft, die aus unserer Sicht zumindest teilweise nur schwer zu erfüllen sind. Wir sollen durch dauerhafte Verzichte dafür sorgen, dass der Investor eine ordentliche Rendite erzielt. Der Investor will jedes Jahr eine Rendite von 20 Prozent erwirtschaften. Eine Rendite in dieser Größenordnung halten wir für unanständig. Eine solche Rendite haben nicht einmal die Premiumhäuser wie das Alsterhaus, Oberpollinger und das KaDeWe – das sind die Starhäuser bei Karstadt – in guten Zeiten erreicht. Jetzt soll das Unternehmen auf eine Effizienz getrimmt werden, die unmöglich ist.

Wir sollen verzichten, indem die von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Fortführungstarifvertrag erbrachten Leistungen verlängert werden. Gleichzeitig will der Investor aber die im Fortführungstarifvertrag vereinbarte Sicherung geöffnet haben. Er will einen Freibrief von uns, um zusätzlich Tausende von Arbeitsplätzen zu vernichten. Wir sollen dauerhaft auf tarifliche Leistungen verzichten. In der Investorensprache heißt das: Wir haben „inflexible Vergütungsstrukturen“.

Wer für den Unternehmenserfolg die dauerhaften Verzichte der Beschäftigten einkalkuliert, hat offensichtlich kein tragfähiges Marktkonzept. Die Zukunftsfähigkeit eines Unternehmens kann nicht durch dauerhafte Beiträge der Beschäftigten erspart werden, sondern sie kann nur durch ein Marktkonzept gesichert werden, welches die Kunden überzeugt. Dazu gehören Sortimente zum richtigen Zeitpunkt und zu richtigen Preisen. Das sind Anforderungen an das Management, die wir seit Jahren immer wieder stellen.

Wir sollen natürlich auch noch flexibler arbeiten. In den letzten Jahren sind Tausende von Arbeitsplätzen bei Karstadt abgebaut worden. Wir arbeiten heute schon so flexibel, dass einer den anderen ersetzen muss. Bei Ladenöffnungszeiten von über 60 Stunden in der Woche geht es ohne flexible Arbeitszeit gar nicht.

Wer jetzt von uns fordert, dass wir künftig quasi ohne tarifrechtliche Ansprüche arbeiten und dafür auch noch die Aufgabe unseres Fortführungsvertrags, in dem wir Standort- und Beschäftigungssicherung geregelt haben, akzeptieren, der ist nicht von dieser Welt oder spielt gegenüber den Menschen keine faire Rolle. (Leichter Beifall) Wir wissen nicht, wie der Poker um Karstadt ausgehen wird. Wir wissen aber, wie schwierig es ist, jeden Tag aufs Neue gegen diese Angriffe auf Arbeitnehmerrechte Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen zu erzeugen und Widerstand gegen die Parole „Rette sich, wer kann“ zu organisieren. Deshalb ist es so wichtig, dass wir Unterstützung erhalten.

Allen ist klar: Ohne Karstadt wird es keine Not geben. Man kann weiter einkaufen, und es entstehen auch keine Versorgungsengpässe. Aber ohne Karstadt werden die Innenstädte weniger attraktiv und verlieren an Anziehungskraft. Die Schließung der 74 Hertie-Filialen hat das sehr deutlich gemacht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, von denen, die die Banken mit Hunderten von Milliarden unterstützen, trotz des Wissens um ihre kriminellen Machenschaften, erwarten wir zumindest, dass sie sich an Lösungen zur Rettung von 26.000 Arbeitsplätzen aktiv beteiligen. (Beifall)

Wir fordern von der Politik, dass die Insolvenzordnung überarbeitet wird. Denn eines mussten wir leidvoll begreifen: Ein Insolvenzverwalter kann aufgrund der gesetzlichen Grundlage gar nicht anders handeln. Er hat immer als oberstes Gebot darauf zu achten, dass die Gläubiger befriedigt werden, und alle Gläubiger sind gleich zu behandeln. Das ist aber realitätsfremd. Banken können entstehende Verluste wertberichtigen, wir unsere Arbeitsplätze nicht. Die Menschen, die von der Insolvenz betroffen sind, bleiben auf der Strecke, und dabei ist es gleichgültig, ob es sich um 200, 2.000 oder 20.000 Menschen handelt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden um unsere Arbeitsplätze, und zwar um Arbeitsplätze zu tariflichen Bedingungen, weiter kämpfen. Wir freuen uns über die Unterstützung und Solidarität aus möglichst vielen Betrieben und Dienststellen. Es gilt unverändert: Wer kämpft, kann gewinnen; wer nicht kämpft, hat schon verloren. – Danke. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Lieber Detlef, nimm die Unterstützung des gesamten DGB-Bundeskongresses mit in Deine Betriebe. Wir erklären uns in hohem Maße mit Euch solidarisch. (Beifall)

Ich rufe jetzt Bernd Hampel, ver.di, Delegiertenummer 304, auf. – Bernd, Du hast das Wort.

Bernd Hampel

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir von der Jugend haben uns abgesprochen. Um nicht eine Vielzahl von Wortmeldungen zum Grundsatzreferat abzugeben, haben wir uns darauf verständigt, dass einer herausgeht und im Allgemeinen ergänzend noch etwas zu den Ausführungen von Michael zum Thema „Ausbildung“ sagt.

Kolleginnen und Kollegen, in Deutschland fehlen aktuell über 100.000 betriebliche Ausbildungsplätze. Hunderttausende von jungen Menschen hängen in irgendwelchen schwachsinnigen Maßnahmen, die sie nicht weiterbringen, sind völlig perspektivlos. Dafür gibt es einen ganz einfachen Grund. Das liegt daran, dass große Konzerne und die Arbeitgeber in diesem Land einfach ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung nicht nachkommen, ihren Arsch nicht bewegen und nicht ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Das will ich ganz klar sagen. (Beifall)

Wenn man das an großen DAX-Konzernen festmacht, dann gibt es Konzerne – die kann man durchaus auch einmal benennen – wie die Deutsche Post mit Ausbildungsquoten von unter 3 Prozent, und die haben sie auch nur deshalb, weil Gewerkschaften sie dazu gezwungen haben, dass sie überhaupt noch ausbilden. Liebe Freunde, es ist einfach ein Skandal, dass die reichsten der reichen Konzerne dieses Landes nicht in der Lage sind, ausreichend Ausbildungsplätze und entsprechend große Angebote zur Verfügung zu stellen. Das ist ein Skandal allererster Güte. Das kann so nicht sein. (Beifall)

Liebe Freunde, da ist auch die Politik gefordert, weil das auch für kleinere und mittlere Betriebe gilt. Ich finde es manchmal auch einen ziemlichen Skandal, wenn man so tut, als wären mittlere und kleine Betriebe immer nur Handwerker mit zwei Beschäftigten. Das stimmt nicht. Es gibt auch mittlere Betriebe, die gut verdienen, durchaus ausbilden könnten, das aber nicht tun, weil sie keine Lust haben und lieber auf dem Ausbildungsmarkt fertig ausgebildete Arbeitskräfte abgreifen, und zwar meistens von genau den wirklich ganz kleinen Betrieben, die sich Ausbildung vom Munde absparen und kaum leisten können.

Deshalb fordern wir, dass dieser schwachsinnige Ausbildungspakt eingestellt wird, so etwas nie wieder kommt. Vor allen Dingen fordern wir eine gesetzliche Umlagefinanzierung, ein Grundrecht auf Ausbildung für alle jungen Menschen in diesem Land. Das wird ja wohl möglich sein. (Starker Beifall)

Wenn man als junger Mensch die erste Hürde geschafft hat, hat man etwa 80 Bewerbungen geschrieben. Eigentlich wollte man eine Ausbildung als Schreiner machen, hat aber eine Ausbildung als Bürokaufmann irgendwo bekommen. Und was findet man dann da vor? Was ich jetzt sage, ist kein Witz und nicht überzogen. Wir haben in Berufsschulen und auf Berufsschultouren flächendeckend im ganzen Bundesgebiet junge Leute zu ihrer Ausbildungssituation befragt. Ich sage es mal so: Da gibt es Bereiche, da kann ich gar nicht so viel fressen, wie ich kotzen könnte, liebe Freunde. Das muss man einmal ganz deutlich sagen. (Beifall)

Wir werden ausbildungsfremd eingesetzt, an irgendwelche Firmen verliehen. Ausbildungsrahmenpläne haben die nie gesehen. Da werden Leute als betriebliche Feuerwehr verwendet, weil die Personaldecken so dünn sind, dass kleinste Grippewellen dazu führen, dass die Arbeit nicht mehr erledigt werden kann.

Junge Menschen brauchen eine anständige Ausbildung im Betrieb auf qualitativ hochwertigem Niveau. Sie sind keine Billigarbeitskräfte und auch keine Betriebsfeuerwehr, wenn es brennt, liebe Freunde. Das muss man mal klar sagen. (Beifall)

Dann muss man den Punkt Übernahme ansprechen. Ich finde es sehr gut, dass die Kolleginnen und Kollegen von der IG Metall die Operation „Übernahme“, diese Kampagne, aufgelegt haben. Wenn man die Kollegen fragt, die ausgelernt in den Betrieben arbeiten – es ist eigentlich völlig gleich, wo man fragt –, ob sie die Arbeit gerne machen, sagen viele: Ja, schon. Ich gehe schon gern in meine Arbeit. Wenn man sie dann fragt, was sie am meisten stört, dann sagen sie: Es ist einfach die unsägliche Arbeitsbelastung. Es ist die Arbeitsverdichtung und die wahnsinnige Arbeitsbelastung. Das ist das große Problem.

Kolleginnen und Kollegen, woran liegt es? Es liegt einfach daran, dass zu wenig Personal an Bord ist. Das ist der ganz einfache Punkt. Und da sagen wir, es ist wahnsinnig wichtig, dass mehr qualifiziertes Personal in den Betrieben und Dienststellen eingestellt wird, um die Arbeitsbelastung auf der einen Seite für die, die schon da sind, zu reduzieren und auf der anderen Seite eine Perspektive für junge Menschen zu schaffen. Deswegen ist das Thema Übernahme ein ganz zentrales und muss bei allen Auseinandersetzungen, die wir als acht Einzelgewerkschaften, egal in welchem Bereich, führen, ein wichtiges und zentrales Thema sein, liebe Freunde, um genau dieser Entwicklung und dieser wahnsinnigen Belastung entgegenzuwirken. Ein ganz entscheidender Punkt. (Beifall)

Wir fordern die Übernahme aller Auszubildenden in Vollzeit, und zwar in unbefristeten Arbeitsverhältnissen. Wir haben doch in den meisten Fällen die Situation, dass junge Leute, wenn sie denn übernommen werden, in prekäre Beschäftigung kommen, das heißt, sie werden befristet und noch einmal befristet und noch einmal befristet und noch einmal befristet. Und dann gibt es irgendwelche Verfahren, dann werden sie wieder entlassen und über eine Zeitarbeitsfirma wieder eingestellt. Das ist doch Scheiße. Es muss doch möglich sein in diesem Land, das muss man auch Arbeitgebern deutlich sagen, das muss man auch an so einer Stelle mal deutlich sagen, dass Leute erst eine gute Ausbildung genießen und nach der Ausbildung anständig übernommen werden. Das ist mal das Mindeste, was man in diesem Land und von diesem Land und von diesen Arbeitgebern verlangen kann. (Beifall)

An der Stelle sei noch eines einmal kurz erwähnt, weil Du es auch erwähnt hast, Michael: die Rente mit 67. Mein Vater ist 61 und Briefträger. Der ist jetzt in Altersteilzeit und geht dann bald in seine Pension, hochverdient. Er ist 61 und sagt nach dem letzten Winter, er könnte sich nicht vorstellen, die nächsten vier, fünf, sechs Jahre diesen Job weiter auszuführen. Die Leute – das muss man hier mal deutlich sagen, auch aus Sicht der Jugend –, die damals in der Großen Koalition beschlossen haben, die Rente mit 67 einzuführen, reden von harter Arbeit draußen wie Blinde vom Licht. Die haben überhaupt keinen Dunst. (Zustimmung – Beifall)

Du hast, lieber Michael, angesprochen, dass die Gewerkschaften – und dann seid Ihr mich schon los – maßgeblich dafür verantwortlich und auch wichtig dafür waren, dass es keine sozialen Unruhen gab und dass es wahnsinnig von Gewerkschaften erkämpfte soziale Errungenschaften gibt, die dafür gesorgt haben, dass wir hier keine sozialen Unruhen haben. Das ist so. Aber eines, liebe Freunde, muss man schon mal sagen: Die Jugend ist sozial sehr unruhig! Wenn wir prekäre Beschäftigung weiter so in diesem Land haben, wenn viele junge Leute völlig ohne Perspektive herumlaufen und nach der Ausbildung von einer Maßnahme in die nächste geschickt werden, dann darf man sich nicht wundern, wenn eine Generation heranwächst, der der Kamm schwillt, liebe Freunde.

Deswegen sage ich, es ist wirklich eine gesellschaftlich wahnsinnig wichtige Aufgabe, gute Ausbildung, gute Übernahme und gute Bezahlung durchzusetzen. Das aus Sicht der Jugend. – Ich bedanke mich bei Euch für Eure Aufmerksamkeit. (Zustimmung – Anhaltender Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Lieber Bernd, jetzt weiß ich, was mir die ganze Zeit gefehlt hat – die Jugend. Ich ermuntere Euch, noch häufig in der gleichen Art und Weise das Wort zu ergreifen.

Eine Zwischenbemerkung, bevor ich die nächsten Redner aufrufe. Ihr müsst Euch alle keine Gedanken machen. Eure Busse warten alle auf Euch. Das ist so organisiert. Die Busse fahren nicht ohne Euch zu Euren Abendveranstaltungen weg. Wir haben jetzt noch fünf Wortmeldungen, dann sagt Michael noch etwas, und dann kommen noch ein paar ganz kleine organisatorische Hinweise – die Geduld bringt bitte noch auf.

Der nächste Redner ist Ulrich Thöne, GEW, mit der Delegiertennummer 068.

Ulrich Thöne

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben gerade etwas Außergewöhnliches, nämlich diese Debatte. Ich bin froh darüber. Wie gerade der Beitrag noch einmal gezeigt hat, hier geht es in der Tat um die zentrale Frage, was tun wir als Gewerkschaften, welche Antwort geben wir auf die Herausforderung, wer für diese Krise zahlt. Wenige Tage vor dem Kongress begann ja ein breites Umschichten von Milliardensummen und dergleichen mehr, aber alles zu unseren Lasten. Das droht so, und die Frage ist an uns, als Herausforderung, wie wir darauf reagieren.

Michael hat dazu Stellung genommen, unsere Forderungen vorgetragen. Ich will an dieser Stelle von meiner Seite aus noch ein kleines Licht darauf werfen, wie es für unseren Bereich aussieht, nachdem Frank schon insgesamt noch einmal mit seinen Zahlen sehr deutlich gemacht hat, dass auf die Kommunen die eigentliche Krise erst noch zukommt.

Ihr wisst, 2008, das war vor der offiziellen Finanzkrise, vor Griechenland, haben die Bundesregierung und immerhin alle Ministerpräsidenten dieses Landes gemeinsam gesagt, öffentlich, überall, angesichts der Situation im Bildungsbereich müssen wir mehr für Bildung ausgeben. Sie haben dann sieben Prozent genannt. Wenn man das in irgendeinem Vergleich ernst nimmt und OECD-Zahlen zu Rate zieht, dann sind das über 50 Milliarden. Angefangen haben sie, etwa über 40 Milliarden zu reden. Sie sind nach längerem Hin- und Herrechnen bei 13 Milliarden angekommen. Und wenn man dem Koch jetzt zuhört, geht es um Kürzungen, sonst gar nichts. Das heißt, es wird noch eine Grube ausgehoben, statt einen Hügel darauf zu machen. Deshalb ist es klar, dass die Bildung, eine zentrale Frage, immer wieder vorkam. Zum Beispiel eben bei dem Kollegen, der vor mir gesprochen hat, dem ich sehr dankbar war. Denn es geht darum, dass man genau mit diesen Menschen Schlitten fahren will, wenn man hier von Kürzungen im Bildungsbereich redet. Das halte ich für unmöglich. (Beifall)

Um es in eine konkrete Zahl zu gießen. Wir haben uns jetzt an alles Mögliche schon gewöhnt, und wir versuchen, uns ein schönes Bild von der Wirklichkeit zu zeigen, denn niemand kann sich ständig vor schwarzen Bildern wohlfühlen und versuchen, in irgendeiner Weise damit klarzukommen. Aber es ist eine erschreckende Zahl, die viel mit unserer Beschäftigung und Beschäftigungswirklichkeit zu tun hat, über alle Branchen hinweg: Die OECD hat festgestellt, also nicht irgendwer, dass die Zahl der pädagogisch Beschäftigten pro tausend Schüler in Deutschland besonders niedrig ist. Gemessen am OECD-Durchschnitt etwa um 25 Prozent niedriger. Das sind die fehlenden Erzieherinnen, die fehlenden Lehrer, die fehlenden Sozialpädagogen und dergleichen mehr, die eigentlich dafür Sorge tragen könnten, dass die soziale Auslese, die derzeit brutal stattfindet, nicht stattfindet. (Beifall)

Genau das ist die Situation, in der sichergestellt wird, dass alle angekündigten Verbesserungen auf dem Rücken der jetzt Beschäftigten stattfinden sollen und stattgefunden haben, durch Arbeitsverdichtung und Arbeitsverlängerung, durch die Ausweitung des Arbeitstages und dergleichen mehr. Da ist jetzt ein Ende der Fahnenstange erreicht. Das kann man daran sehen, dass jetzt die erschreckendste Zahl meist nicht bekannt gemacht und meist auch nicht klar erfasst wird, nämlich dass es ein Abschrecken gibt bei Pädagogen und Pädagoginnen, überhaupt in ausreichendem Maße Beschäftigung zu suchen. Wir laufen auf einen dramatischen Mangel im Pädagogennachwuchs zu.

Das wird nicht zur Kenntnis genommen, und das hat ganz viel mit den bescheuerten, schlimmen Arbeitsbedingungen in diesem Bereich zu tun. Ein Beispiel: Die OECD – wieder die OECD als Zitatstelle – hat im Jahr 2008 festgestellt, dass auf 100 Ingenieure, die den Beruf verlassen, nur 90 nachwachsen und hat das für dieses Land – exportabhängig und dergleichen – als große Katastrophe an die Wand gemalt. Das ist durch alle Medienlandschaften gegangen, dass das der Fachkräftemangel und so weiter ist. Sie hat dann allerdings in einem Nebensatz auch feststellen müssen, dass der Nachwuchsmangel bei Pädagogen viel dramatischer ist. Auf 100, die ausscheiden, kommen nur 62, die nachwachsen. Ich frage: Wer wenn nicht die Pädagogen sollen die Fachkräfte ausbilden, die in anderen Bereichen als Mangel angegeben werden? Wie soll das denn funktionieren, wenn dieser Bereich immer kleiner und immer unattraktiver wird? Das ist doch völlig unmöglich. (Beifall)

In dieser Situation geht es jetzt um die Frage, wie wir unsere Forderungen – Michael hat unsere Forderungen noch einmal deutlich nach vorne gehoben – durchsetzen können. Hier sage ich sehr klar: Wir können das deutlich erleben – ich habe das im Zusammenhang mit dem Bildungsgipfel eben ausgeführt, habe das in der Kürze nur angestrichen –, die politischen Entscheidungen, die im Augenblick getroffen werden, die Maßnahmen, die im Augenblick vorliegen, sind nicht von der Art, dass wir zu einer solidarischen neuen Wirtschaftsordnung kommen, die in der Lage ist, auf die Krise vernünftig zu antworten und die Krisenlasten gerecht zu verteilen. So ist es nicht. Wir müssen uns einmischen, wir müssen gemeinsam tätig werden. Dieses Signal müsste von diesem Kongress ausgehen. (Beifall)

Ich kann mich da vielen anschließen. Ein Beitrag, den ich noch in Erinnerung habe, ist der Beitrag von Franz-Josef, der sehr deutlich gesagt hat, dass wir dies gemeinsam tun sollten. Ich kann das nur unterstreichen. Das, was wir von hier aus in Bewegung setzen müssen, ist eine Grunderfahrung, eine Grundtatsache, die wir bei jeder Gewerkschaftsschulung ziemlich am Anfang haben: Nur gemeinsam sind wir stark. Das, was jetzt als Dusche gegen uns prasselt, werden wir nur abwehren können, wenn wir in die Betriebe hineingehen und den Kolleginnen und Kollegen zeigen und deutlich machen können, dass es in allen Branchen, in allen Bereichen eine gemeinsame Gegenwehr gibt, wenn uns als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Krisenlasten einseitig allein aufgelastet werden sollen. (Beifall)

Ich sage das sehr klar: Für den öffentlichen Bereich heißt das, wir brauchen Steuern statt Spekulation. (Beifall) Über das Steuerkonzept ist schon geredet worden. Das kann ich hier nur unterstreichen. Für mich liegt der Hauptpunkt an dieser Stelle darin, dass wir diesen Kongress alle gemeinsam dazu nutzen sollten, einen Appell, einen hörbaren, sichtbaren Appell an alle unsere Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben und Verwaltungen zu geben, dass wir gemeinsam mit ihnen darüber diskutieren, was sie bereit sind zu tun, welche Maßnahmen sie mit ergreifen, was wir gemeinsam tun können, um unsere Sicht, unsere Forderungen, die Michael hier noch einmal vorgetragen hat, auch in dieser Gesellschaft durchsetzen zu können. Denn eines ist klar: Wenn wir es nicht tun, tut es niemand. Deswegen müssen wir gemeinsam daran gehen. Dieser Kongress findet zur richtigen Zeit statt. Wenn wir diese Signale ernst nehmen, schaffen wir das auch. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Danke, Ulrich. Ihm folgt Günther Schachtner von der IG Metall, Delegiertennummer 117. Günther, Du hast das Wort.

Günther Schachtner

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Metaller kann ich nur dazu auffordern, das, was Frank Bsirske als Zusammenhang hergestellt hat, insgesamt in allen Einzelgewerkschaften zu diskutieren. Wir hatten mal den Professor Hengsbach bei uns auf dem Gewerkschaftstag. Der hat bereits vor Jahren für eine ökonomische Alphabetisierungskampagne in den Gewerkschaften geworben. Ich glaube, genau das müssen wir machen. Wir müssen Zusammenhänge zwischen Steuerpolitik, Finanzpolitik, Tarifpolitik aufzeigen. Wir müssen aufzeigen, dass wir dann, wenn wir es nicht schaffen, unseren Sozialstaat mit den sozialen Sicherungssystemen zu erhalten, noch so viel Tarifpolitik machen können, wie wir wollen, das können wir nie und nimmer durch Tarifpolitik ausgleichen. Wir müssen als Metallerinnen und Metaller in unserem Wirkungsbereich, in Jugendversammlungen, in Betriebsversammlungen Zusammenhänge aufzeigen, um deutlich zu machen, dass dann, wenn diese Steuerpolitik nicht geändert wird, fundamentale Lebensinteressen unserer Mitglieder in den Kommunen berührt sind. Dann werden in der Tat die Kinder schlechter ausgebildet, weil die Sportvereine weniger arbeiten können, weil Kindergärten nicht ausgebaut werden, weil Schwimmbäder geschlossen werden. In der Region, aus der ich komme, in Oberbayern, gibt es fünf Kommunen, in denen ständig darüber diskutiert wird, ob man sich das Hallenbad noch leisten kann oder nicht. Es droht in der Tat die Gefahr, dass immer mehr geschlossen werden. Deswegen kann ich als Gewerkschafter auch in Bürgerversammlungen gehen und das aufzeigen, und man kann vor allem Leserbriefe schreiben, die aufzeigen, welche Zusammenhänge es gibt und zu welchen Auswirkungen die Klientelpolitik der FDP führt. Wir haben tausendfach Gelegenheit, dies auf Betriebs- und Jugendversammlungen zu machen.

Mein Appell ist, dass wir entsprechende Materialien über alle Branchen hinweg zur Verfügung stellen, dass wir in Seminaren, die wir selber machen – da sind wir auch Bildungsarbeiter –, unsere Kolleginnen und Kollegen, gerade die neu gewählten Betriebsräte, darüber aufklären, was auf dem Spiel steht, was man tun kann, was unsere Alternativen sind. Daran mangelt es ja oft. Wenn sich eine Kanzlerin hinstellt und sagt, uns ist doch allen klar, der demografische Wandel kommt und zwingt uns zu bestimmten Maßnahmen, dann ist das nicht alternativlos. Das gehört meiner Meinung nach zur Alphabetisierungskampagne, Michael, dass man in jedem Interview und bei Talkshows immer wieder herausstellen muss, dass wir in diese Falle nicht hineinlaufen.

Die Frage der sozialen Sicherungssysteme bei uns und in jeder Volkswirtschaft der Welt ist doch: Was wird produziert? Wie hoch ist die Produktivität? Wie ist die Wertschöpfung? Wie ist das Bruttoinlandsprodukt? Und vor allem: Wie wird es verdammt noch mal verteilt? (Beifall)

Wenn wir eine hohe Produktivität und ein hohes Bruttosozialprodukt haben, dann ist es eine Frage der Verteilung und damit der Steuer- und Finanzpolitik, wer wie viel von dem Kuchen bekommt. Da kann man doch auch mal herausstellen, dass es wahrscheinlich so ist, dass wir in der Zukunft weniger Kinder haben, aus vielfältigen Ursachen – prekäre Arbeitsverhältnisse und und und –, und die jungen Menschen gar nicht mehr Familie planen können. Wer macht denn Familienplanung, wenn er nicht weiß, ob er nach sechs Monaten wieder befristet irgendwo ist oder sich bei einer verdammten Leihfirma verdingen muss? (Beifall) Das sind die gesellschaftlichen Zusammenhänge, die man aufzeigen muss.

Wenn die Gesellschaft älter wird und wir weniger Kinder haben, bedeutet das, dass wir von der Sozialleistungsquote perspektivisch weniger für Kinder brauchen, und dann kann man das Geld für Rente und für vernünftige Pflegebedingungen verwenden. Verdammt noch mal, ist das so schwer zu kapieren? (Beifall)

Allerdings brauchen wir, um das durchzusetzen, politische Bündnispartner. In der Tat, mit der FDP werden wir das nicht hinkriegen. Da sage ich: Es gibt einen bayerischen Musiker, Sepp Breit, der hat ein Lied geschrieben: „Hauptsache angefangen“. Hauptsache angefangen ist bei der FDP von 14,6 Prozent bei der Bundestagswahl auf 6,7 Prozent in NRW. Das ist der richtige Trend. (Beifall) Bringen wir sie dahin, wo eine Klientelpartei hingehört, nämlich auf 0,7, 0,8 Prozent. (Starker Beifall) Da können sie ihre Spielwiese haben, aber sie können nicht mehr mitbestimmen bei den Problemen.

Ein zweites Thema, das wir sehr im Fokus haben müssen, Kolleginnen und Kollegen: Wir haben nächstes Jahr Sozialwahlen. Da wird für die nächsten sechs Jahre bestimmt, wie in den sozialen Sicherungssystemen Politik gemacht wird. In der Vergangenheit waren das oft ein bisschen unbedeutende Wahlen. Ich glaube, dass die Wahlen in einem Umfeld stattfinden, in dem es ganz gigantische Auseinandersetzungen gibt. Wir müssen aufzeigen, was dort Selbstverwaltung bedeutet. Wir müssen dort aufzeigen, was Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in den letzten Jahrzehnten darin gemacht haben. Da haben wir nämlich Milliarden zugunsten unserer Kolleginnen und Kollegen umgeschichtet, die sonst die Arbeitgeber eingesackt hätten.

Wir müssen aufzeigen, dass wir wieder für volle Parität in der Finanzierung sind. (Beifall) Das ist nämlich das zweite große Problem in der Koalitionsvereinbarung neben der Rente mit 67 und der Kopfpauschale. Die steht so konkret gar nicht darin. Aber konkret steht darin, dass die Arbeitgeberbeiträge nicht erhöht werden dürfen. Wenn wir das nicht herauskriegen, dann lehnen die sich zurück und wir alle zahlen die Zeche. Das kann es nicht sein, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Jetzt ein paar konkrete Vorschläge. Man macht aus einem Grundsatzprogramm vielleicht ein Aktionsprogramm, was man so konkret angreifen könnte.

Da ist mir in den letzten Wochen Folgendes durch den Kopf gegangen; das hat heute noch kein Vorredner angesprochen. Es geht um das Thema Selbstanzeige bei Steuerflüchtlern. In Betriebsversammlungen bringe ich folgendes Beispiel, um deutlich zu machen, wie das System funktioniert. Stellt Euch vor, ein Bankräuber mit Maske kommt in die Sparkasse, geht zur Bankangestellten und sagt: Geld raus, da ist meine Tasche! Der danebensitzende Bankangestellte drückt die Alarmtaste, ruft bei der Polizei an und sagt: Banküberfall! – Da sagt der Polizeichef: Was? Banküberfall? Haben wir noch nie gehabt, da brauchen wir sofort ein Sondereinsatzkommando! Er ruft in München an, das Sondereinsatzkommando mit den schwarzen Bussen, den Masken vorm Gesicht und der MP im Anschlag kommt. Der Bankräuber hat den Koffer gerade halb voll, sieht die Polizisten hereinstürmen und sagt: Halt, Selbstanzeige! (Heiterkeit – Beifall)

Was macht der Chef des Sondereinsatzkommandos? – Er sagt: Jungs, einpacken, zurück in die Kaserne, Pech gehabt! (Heiterkeit)

So läuft es doch in der Republik, oder? Diejenigen, die Steuermilliarden hinterzogen haben, nutzen unsere Infrastruktur, unsere Autobahnen, unsere Flughäfen, unsere Schulen. Aber das Geld haben sie in die Schweiz oder sonst wohin verschoben. Wenn sie merken, dass es eng wird, sagen sie: Selbstanzeige! Dann müssen sie es ein bisschen nachversteuern – und das war es dann. Das kann es doch nicht sein in dieser Republik! (Beifall) Die arme Frau, die hungrig ist und einen Hungerlohn bekommt, die vom Büfett eine Semmel isst, wird fristlos rausgeschmissen, aber die Steuermilliardäre gehen straffrei aus. Das geht nicht! Auch das müssen wir einmal skandalisieren. (Beifall)

Wir müssen klarmachen, dass das – jedenfalls für meine Begriffe – keine Kavaliersdelikte sind, sondern schwer kriminelle Straftaten, die entsprechend abgeurteilt werden müssen. Eine Möglichkeit wäre – solche Leute packt man ja am besten beim Geld –, beispielsweise zu sagen, dass sie das 20-fache dessen, was sie hinterzogen haben, an die Staatskasse zahlen müssen. Das wäre doch ein Vorschlag, wie man die Kassen füllen könnte.

Es gibt ein Geschäftsmodell, das nicht nur auf Minilöhnen aufbaut, sondern folgendermaßen aussieht. Es kostet im Jahr circa 50 Millionen Euro und bringt einen EBIT oder einen Profit von über 1 Million Euro. Es wäre sehr schnell realisierbar. Wisst Ihr, was das ist? Ich meine unsere Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern, die Betriebsprüfer sind. Es ist doch ein Skandal erster Ordnung, dass Landesregierungen mit der geringen Steuerprüfungsdichte in ihrem Land werben. Die Stellen in den Finanzämtern werden immer schwächer besetzt. Aber jeder Betriebsprüfer bringt nachweislich über 1 Million Euro im Jahr ein. Das wäre doch ein Beschäftigungsprogramm par excellence, Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Man sollte mehr Betriebsprüfer ausbilden und einstellen. Man sollte arbeitslose EDV-Leute oder Betriebswirte umschulen. Das wäre eine sinnvolle Umschulungsmaßnahme seitens der Bundesagentur für Arbeit, statt jemanden den fünften Computerkurs „Wie schreibe ich eine Bewerbung?“ absolvieren zu lassen. (Beifall)

Zusammenfassend möchte ich Folgendes sagen. Ich plädiere dafür, dass wir eine ökonomische Alphabetisierungskampagne auflegen, dass wir die Gelegenheit nutzen, unsere Sicht der Zusammenhänge darzustellen und dafür zu werben, unsere nachvollziehbaren Modelle zu realisieren. Wir müssen in den Betrieben und vor Ort mit Demonstrationen und Kundgebungen unsere Meinung deutlich machen. Später können es auch größere Demonstrationen sein.

Aber eines darf nicht passieren, wie es in den letzten zehn Jahren schon einmal geschehen ist, dass wir zu Großdemonstrationen gefahren sind und auf der Rückfahrt sagen: Das war es jetzt. Die Politik konnte trotzdem umsetzen, was sie sich vorgenommen hatte. Wir müssen sagen: Solange diese Republik nicht den Sozialstaatsauftrag unseres Grundgesetzes umsetzt, werden wir keine Ruhe geben. Diejenigen, die das verhindern wollen, wie die FDP-Radikalen, sind die wahren Verfassungsfeinde. Ich meine, so müssen wir sie auch benennen. – Danke schön. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Lieber Günther, Du hast eine Punktlandung hingelegt. Aber ich hätte Dir gern noch weiter zugehört. – Jetzt folgt der Kollege Konrad Freiberg, GdP, Teilnehmernummer 248, der, nehme ich einmal an, einige Anregungen für seine Ausführungen bekommen hat.

Konrad Freiberg

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich möchte heute als Gewerkschafter und als Polizist meine Auffassung zur Wirtschaftskrise und deren Folgen sagen. Ich sage das ausdrücklich, weil wir als Gewerkschafter natürlich für Recht und Gerechtigkeit stehen, für Gleichheit. Ich als Polizist werde vom Bürger dafür bezahlt, für Recht und Gerechtigkeit zu sorgen.

Wenn ich mir die heutige Situation anschau, die Folgen der Wirtschaftskrise, das, was auf dieser Welt geschehen ist, die Tatsache, das ganze Staaten an den Abgrund gebracht werden, muss ich sagen: Im Strafrecht soll der Schuldige ermittelt werden, damit er bestraft wird. Im Zivilrecht suchen wir den Verursacher, damit er den Schaden bezahlen kann. Heute ist es aber so, dass alle, die einen Schaden angerichtet haben, frei umherlaufen. Keinem von denen wurde das Geld abgenommen, das sie auf diese Weise verdient haben.

Ich sage deutlich: Das ist eine Gerechtigkeitslücke in besonderem Ausmaß. So haben sich früher nur Raubritter benommen, die den Menschen ausgeplündert und keine eigenen Werte geschaffen haben. (Beifall)

Ich möchte, dass wir nicht nur anonym von Finanzjongleuren, von Finanzmanagern, von Bankern reden, sondern hinter all dem stecken Menschen mit Namen und Firmen. Wir brauchen Folgendes – das kennen wir überall im Strafrecht –: Es muss einen Beschuldigten geben oder viele Beschuldigte. Ich sage ausdrücklich: Wir brauchen die Namen dieser Leute, die solches angerichtet haben. Wir wollen eine ladungsfähige Anschrift von denen haben! (Beifall)

Ich komme zur Frage der Gleichheit. Wir merken als Polizisten tagtäglich: Die Unterschiede in unserer Gesellschaft zwischen Reich und Arm werden immer größer. Es gibt immer mehr Menschen, die sich sozusagen als Kaste der Unberührbaren fühlen, die gar nicht mehr wissen, wie normale Menschen leben und arbeiten, denen das Gemeinwohl keinen Pfifferling wert ist, die auf unsere Kosten leben. Ich sage ausdrücklich: Der Zorn der Menschen wird immer größer. Das merken wir insbesondere an den Jungen. Das kann so nicht weitergehen.

Diese Leute müssen – ich denke zum Beispiel an den Fall Zumwinkel –, wenn es morgens klingelt, nicht nur damit rechnen, dass es ihre Putzfrau oder ihre Mamsell ist, nein, sie müssen damit rechnen, dass es die Polizei ist, die ein Ermittlungsverfahren wegen Wirtschaftskriminalität gegen sie führt, und dass ihre Gewinne beschlagnahmt werden. (Beifall)

Es wurde schon häufig angesprochen, womit wir in der Zukunft rechnen müssen: die Befürchtungen, die für die Haushalte bestehen, dass wir die Zeche bezahlen müssen. Auch ich glaube – Frank hat völlig Recht –, dass es furchtbar werden wird: für alle Arbeitnehmer, für den Sozialstaat, für den öffentlichen Dienst. Die Sparmaßnahmen wirken sich aus auf Bund, Länder und Kommunen. Wir müssen überlegen, was wir tun können.

Das, was die Polizei in Wirtschaftsstrafverfahren tun kann, ist sehr wenig, weil das in unserem Land auch keiner möchte. Ich nenne das Beispiel der Steuer-CD in Nordrhein-Westfalen. Auf ihr stehen 1.500 Namen. Es erfolgten 18.000 Selbstanzeigen. Man rechnet jetzt damit, dass der Staat ungefähr 1,25 Milliarden Euro einnimmt. Ich kann nur sagen: Wir brauchen Hunderte solcher Steuer-CDs! (Beifall) Allein diese eine Steuer-CD hat mehr an Einnahmen erbracht, als Polizei und Justiz im ganzen Jahr bei der Abschöpfung krimineller Gewinne schaffen. Daraus lässt sich der Rückschluss ziehen, dass wir auf den verkehrten Gebieten ermitteln, ganz ausdrücklich. (Beifall)

Wenn ich dann in den Bereich der sozialen Proteste schaue und mir ansehe, was auf uns zukommen wird, dann darf ich deutlich sagen, dass wir als Polizisten nicht gegen unsere Väter, Mütter, Brüder, Schwestern vorgehen müssen, wenn sie Proteste bei den Banken machen. Wir sind Teil des Protests, ganz ausdrücklich, wir sind nicht dafür da, die Spekulanten zu schützen. (Lebhafte Zustimmung)

Gestattet mir noch eine Anmerkung zur FDP. Man kann ihr nicht viel Gutes nachsagen. (Heiterkeit) Aber wenn man sich die sogenannten Leistungsträger der FDP anschaut, Westerwelle, Brüderle oder Niebel, dann kann man im Prinzip nur von einem Trio Infernale des Versagens sprechen. (Lachen) Das ist nicht die Zukunft Deutschlands, das sage ich ganz ausdrücklich. Die Garanten für eine gerechte Gesellschaft sind die Gewerkschaften, und die sind dann stark, wenn sie zusammenhalten. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit. (Stürmischer Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Konrad, für die schönen Anregungen. Ich stellte mir das mit den Banken gerade bildlich vor. (Heiterkeit)

Andreas Keller, GEW, Delegiertennummer 73, hat nun das Wort.

Andreas Keller

Liebe Claudia! Lieber Michael! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Bezug nehmen auf die Ankündigung beziehungsweise die Mitteilung der Kollegin von den ver.di-Studierenden, die ja heute die Grüße an Frau Schavan, an unsere Bundesbildungsministerin, übermittelt hat. Ich selbst war heute von Neukölln nach Mitte rübergefahren und war einer der drei gewerkschaftlichen Teilnehmer an dem sogenannten Bologna-Gipfel bei Frau Schavan. Leider kann ich die Grüße nicht zurückübermitteln. Das ist zunächst die traurige Botschaft, mit der ich beginnen möchte.

Wir drei Kollegen vom DGB, von ver.di und von der GEW durften zwar in dem Saal mit hundert anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern Platz nehmen und uns auch artig zu Wort melden und kamen am Ende dran, nachdem wir protestiert hatten, dass die Rednerliste geschlossen werden sollte, aber unter den gesetzten Redebeiträgen waren Bund und Länder unter sich, da waren die Hochschulrektoren vertreten, die Studierenden und Herr Sattelberger als Vertreter der Arbeitgeber, aber keine Gewerkschaften, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist ein großes Problem, finde ich. (Leichter Beifall)

Warum ist das ein Problem? Das ist ein Problem nicht nur deshalb, weil die Bundesregierung gerne die Sozialpartnerschaft betont und immer Dialoge auf Augenhöhe zu führen zumindest vorgibt. Das ist auch ein Problem, weil ganz konkret in der Hochschulpolitik in den Bologna-Reformen anerkanntermaßen die Gewerkschaften neben den Arbeitgebern Stakeholder, wie man das heute nennt, also politische Akteure sind, und zwar aus zwei Gründen: weil auch Hochschulbeschäftigte – das sind Lehrende, Professorinnen und Professoren, wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch die Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung und im Service – in der Studienberatung genauso wie die Studierenden unter dem Workload leiden, unter der Prüfungsüberlast oder unter den ganzen Lasten, die die Studienreform mit sich bringt, und weil deswegen die Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulbeschäftigten auf europäischer Ebene – das ist unsere Dachorganisation, die Bildungsinternationale Education International – ganz selbstverständlich mit am Bologna-Verhandlungstisch sitzen. Das ist ein Grund deshalb, weil „gute Bildung“ für die Studierenden und gute Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zwei Seiten einer Medaille sind. Das ist einer der Gründe dafür, warum Gewerkschaften am Bologna-Prozess beteiligt sein sollten.

Es gibt aber noch einen zweiten Grund, und der betrifft alle Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind genauso wie Arbeitgeber Experten und können und sollen natürlich mitreden bei der Frage: Worauf kommt es denn eigentlich an bei dem, was ein Hochschulabsolvent, eine Hochschulabsolventin können müssen,

wenn sie danach in die berufliche Praxis gehen? Da hat natürlich ein Arbeitgeber eine Vorstellung davon, da haben aber auch ein Betriebsrat, ein Personalrat, ein Beschäftigtenvertreter eine Vorstellung. Und beide Sichtweisen müssen in die Debatte einfließen. Dass das bei Schavan heute nicht geschehen ist, das ist der eigentliche Skandal, gegen den wir uns gemeinsam wehren müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Darum müssen sich nicht nur die Gewerkschaften und die an den Hochschulen Beschäftigten organisieren, ver.di und die GEW; darum müssen sich alle Gewerkschaften in die Hochschulpolitik, in den Bologna-Prozess einbringen und ihre Duftmarken setzen. Darum freue ich mich darüber, dass Du, Michael, in Deiner Grundsatzrede auch auf die Hochschulpolitik eingegangen bist.

Was sind solche Duftmarken? Dazu möchte ich zum Abschluss drei Punkte nennen.

Der erste Punkt ist – das hatte ich gerade schon angedeutet –: Wer von guter Forschung und Lehre, ja sogar exzellenter Forschung und Lehre redet, der darf auch nicht über die Qualität der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der Hochschulbeschäftigten schweigen, nein, wir brauchen dann auch exzellente Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Und dazu passt eben nicht, dass 80 Prozent – ich wiederhole: 80 Prozent – der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen heute mit Zeitverträgen abgespeist werden und dass wir daneben eine akademische Reservearmee von Lehrbeauftragten, wissenschaftlichen Hilfskräften, scheinselfständigen Honorarkräften haben, die für einen Hungerlohn – und auch da bräuchten wir einen Mindestlohn – Forschung und Lehre unter Überlastbedingungen am Laufen halten. Das ist ein Widerspruch. Gute Bildung und „Gute Arbeit“ gehören zusammen. (Beifall)

Ich hatte das Stichwort „Exzellenz“ genannt. Wir haben eine Exzellenzinitiative für die Forschung. Die war hoch umstritten, und Frau Schavan ist nun drauf und dran, diesen Fehler zu wiederholen. Das hat sie heute verkündet, als sie den Qualitäts пакт für „Gute Lehre“ ankündigte. Da soll es um zwei Milliarden Euro gehen, gestreckt auf zehn Jahre, muss man hinzufügen. Damit soll die Qualität der Lehre verbessert werden. Aber wie? Nicht, indem man, was notwendig wäre, in der Fläche bei allen Hochschulen die Möglichkeit gibt, die Lehre zu verbessern, sondern man will wieder einen Wettbewerb ausschreiben, und einige wenige Eliteuniversitäten sollen profitieren und ihren Studierenden „Gute Lehre“ anbieten, während die Masse in die Röhre guckt. Das kann es nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen, (Beifall) sondern wir brauchen in der Fläche eine spürbare Verbesserung der Qualität von Lehre. Und darum – hier möchte ich das unterstreichen, was Ulrich Thöne gesagt hat – brauchen wir beim Bildungsgipfel, der im Juni bevorsteht, ein klares Signal von Bund und Ländern, dass nicht etwa gespart wird, sondern dass die in Sonntagsreden beschworenen Worte ernst genommen werden. Wir brauchen ein Rettungspaket für die Bildung. Das ist das Gebot der Stunde. (Leichter Beifall)

Ein dritter und letzter Aspekt für die Duftmarken, die die Gewerkschaften, wenn sie sich einmischen, setzen sollten, ist die soziale Dimension, die auch in den Bologna-Reformen, zumindest in den offiziellen Kommuniqués, eine wichtige Rolle spielt. Es geht um die soziale Öffnung der Hochschulen. Wenn wir wirklich den Fachkräftemangel haben, den Ulrich Thöne beschrieben hat, dann müssen wir die Hochschulen öffnen. Wenn nicht nur 40 Prozent, sondern in Zukunft 55 oder 60 Prozent eines Altersjahrgangs, siehe anderswo, an die Hochschule kommen müssen, dann brauchen wir eine wirksame Studienfinanzierung, keine Stipendien als Taschengeld für diejenigen, die sowieso schon finanziert sind, sondern eine soziale Studienfinanzierung für diejenigen, die es dringend brauchen. Das ist der Punkt. Wir brauchen ein Studiengebührenverbot. Das Beispiel Nordrhein-Westfalen zeigt: Studiengebühren sind ein Auslaufmodell. Es gibt noch wenige unverbesserliche Länder, die daran festhalten. Aber ich bin sicher, diese Trendwende wird sich fortsetzen. Wir brauchen daher bundesweit für alle Studierenden die Gebührenfreiheit. (Beifall)

Genauso wichtig ist dies: Wenn wir über soziale Öffnung der Hochschulen reden, dann müssen wir auch radikal den Zugang der Kolleginnen und Kollegen, die berufliche Qualifikationen mitbringen, in die Hochschulen öffnen. Wir haben in Deutschland ein Prozent der Studierenden, die ohne traditionelle Hochschulzugangsberechtigung, Abitur oder Fachhochschulreife, an die Hochschulen gekommen sind. In den skandinavischen Ländern sind das sechs, acht oder mehr Prozent. Wenn wir auf Dauer am Königsweg Abitur als Weg zur Hochschule festhalten – das sage ich auch als Vertreter einer Gewerkschaft, die die Gymnasiallehrerinnen und -lehrer organisiert, die auch dahinter stehen –, dann werden wir es nicht schaffen, den Hochschulzugang so radikal zu öffnen, wie wir es brauchen. Wir brauchen eine Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte, die auch die Anrechnung der Leistungen bekommen, die die Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben aus den beruflichen Bildungen mitbringen. Das ist das Gebot der Stunde. (Beifall)

Das heißt, wir brauchen nicht nur im Rahmen der Bologna-Reformen, sondern auch in der Hochschulpolitik einen Kurswechsel, der sich an einer Verbesserung der Qualität der Lehre orientieren muss, der sich an Chancengleichheit für alle Menschen orientieren muss. Es kann nicht sein, dass junge Menschen aus Akademikerfamilien dreimal so große Chancen auf ein Hochschulstudium haben wie andere. Wir brauchen eine Hochschulpolitik, die sich an den Studierenden und an den 500.000 an den Hochschulen arbeitenden Menschen – das ist eine wirklich große Zahl, über die wir auch als Organisationspotenzial reden – orientiert. Und wir brauchen eine Hochschulreform, die sich an allen arbeitenden Menschen orientiert, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das geht natürlich nicht ohne und schon gar nicht gegen die Gewerkschaften. Das geht nur, wenn auch wir am Verhandlungstisch Platz nehmen dürfen, wenn es um einen Kurswechsel im Bologna-Prozess und um eine andere Hochschulpolitik geht. Und wenn wir – wie heute geschehen – nicht eingeladen werden, dann gehen wir trotzdem hin. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Andreas. – Es folgt Helmut Momann, ver.di, Teilnehmernummer 0342. Ihm folgt Michael Sommer.

Helmut Momann

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihr habt schon gehört, dass ich nicht das Schlusswort halten darf. (Heiterkeit) Das wird Michael Sommer machen; das steht ihm aber auch zu.

Ich schäme mich allmählich, in diesem Lande zu wohnen, und das will ich auch begründen. Wir sehen, dass wöchentlich neue Suppenküchen eingerichtet und unseren armen Menschen zur Verfügung gestellt werden. Das ist an sich gut. Aber das ist doch nicht für unsere Gesellschaft gut. Ich bin ein Vorkriegskind und wurde 1938 geboren. Wir haben 1948 so richtig angefangen, und da gab es keine Suppenküchen. Erst seit fünf oder sechs Jahren gibt es Suppenküchen. Das ist doch kein gutes Zeichen für unsere Gesellschaft. Die Menschen stehen dort Schlange, und es bedarf mit Sicherheit großer Überwindung, zu diesen Suppenküchen zu gehen.

Es hat doch Ursachen, dass es Suppenküchen gibt. Ich denke an die prekären Arbeitsverhältnisse, an die Ein-Euro-Jobs, an die 400-Euro-Jobs und die Zitterzeiten mit den befristeten Arbeitsverträgen und mehr. Das hat sich erst nach dem Mauerfall entwickelt. Solange uns die östliche Gefahr gegenüberstand, waren die Arbeitgeber noch ein bisschen friedlicher und ängstlicher. Aber als die Mauer fiel, wurden sie frech und haben das ausgespielt, wovon sie überzeugt sind. Also, die geringen Einkommen und die prekären Arbeitsverhältnisse sind die Ursachen für diese Situation.

Wir haben ein Grundgesetz. In Artikel 1 steht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ – Wenn aber Jung und Alt in die Suppenküche müssen, dann ist ihre Würde nicht mehr gegeben. Dagegen muss unsere Gesellschaft etwas tun. (Beifall)

Artikel 14 sagt: „Eigentum verpflichtet.“ – Man könnte an bestimmte Menschen herantreten und sagen: Der Grundgesetz-Artikel gilt auch für Dich. – Ich habe das einmal gegenüber Christian Wulff in Niedersachsen geäußert, und er sagte: Die Situation ist noch nicht so schlimm.

– Artikel 15 lässt eine Enteignung zu, und Artikel 20 beinhaltet die Sozialstaatsverpflichtung. Das ist heute einmal angelungen – ich glaube, Michael hat es gesagt –, aber in der Gesellschaft wird von diesen Verfassungsgebote mittlerweile kaum noch Notiz genommen. Es wird über diese Gebote einfach hinweggegangen. Das ist meiner Meinung nach nicht in Ordnung.

Als Senior muss ich natürlich auch die Seniorenfrage ansprechen. Wir sind beim DGB nicht so sehr wohlgekommen. Michael hat ja gesagt, dass er uns demnächst besuchen will. Nach dem super Wahlergebnis gehe ich davon auch aus. (Heiterkeit) Ich komme von ver.di, und in der Satzung von ver.di werden wir 14 Mal in der Satzung genannt. Dem könnt Ihr entnehmen, dass wir als Seniorinnen und Senioren bei ver.di gut angesiedelt sind. (Heiterkeit – Beifall) Ich sage es mit den Worten von Frank Bsirske: Das ist nicht gottgewollt. Dafür muss man etwas tun. (Heiterkeit – Beifall)

Also, lasst den Seniorinnen und Senioren bei ver.di mehr Anerkennung zuteil werden. Denn wir leben nicht alleine in dieser Gesellschaft. Wir haben auch Mitbewerber – ich will das Wort „Konkurrenz“ gar nicht gebrauchen –, und die stehen auch auf der Matte, und wir arbeiten mit denen auch zusammen. Wir wollen die 1,4 Millionen Kolleginnen und Kollegen allerdings bei uns behalten, und dafür müssen wir ein Signal nach außen senden, genauso wie wir alles, was wir heute besprochen haben, nach außen tragen müssen. Ich gehe davon aus, dass die hier anwesenden Kolleginnen und Kollegen nach dem Ende des Kongresses nach Hause marschieren und alles umsetzen. Dann sind wir ein Stück weiter. (Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank. – Michael, Du hast das Wort.

Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Ich muss sagen: Es ist genau das passiert, was ich mir erhofft hatte, dass wir nämlich die Aussprache zu meinem Grundsatzreferat für eine Generaldebatte dieses Kongresses genutzt haben. Es ist eine Generaldebatte, in der wir deutlich gemacht haben, wofür wir stehen, wofür wir Position beziehen, wohin wir müssen und wogegen wir sind. Wenn ich ein Resümee dieser Debatte ziehen darf, dann kann es nur folgendes sein: Wir sind uns in der Zielsetzung wirklich einig. Wir sind uns auch in der differenzierten Darstellung dessen, woran wir arbeiten müssen, einig. Wir müssen uns jetzt wirklich daran machen, es umzusetzen.

Dann habe ich in dieser Diskussion an einigen Stellen sehr bewusst vernommen, dass gesagt worden ist: Leute, wir machen keine Kompromisse. Wir machen die Kompromisse, die die andere Seite will, nicht mit. Wir stehen zu den Punkten, für die wir stehen müssen. Denn das erwarten unsere Kolleginnen und Kollegen. – Jetzt geht es darum, diese klaren Positionen, die wir vertreten, in die Gesellschaft zu tragen. Für uns heißt das, diese Positionen eben nicht nur in Kongresse und Verhandlungssäle, sondern in Betriebsversammlungen, in Jugendversammlungen, in den Betrieben und notfalls auch auf die Straße zu tragen. Wir müssen unsere Positionen in alle Bereiche hineinragen. (Starker Beifall)

Ich verzichte ganz bewusst darauf, einzelne Diskussionsbeiträge zu würdigen. Es wurden alle 23 Beiträge mitgeschrieben, und ich habe sehr aufmerksam zugehört; wir werden sie in ganzer Breite auswerten. Aber dass wir so geschlossen auftreten und in der Lage sind, unsere Positionen zu artikulieren und neue zu bestimmen, ist ganz wichtig.

Es gab übrigens auch einige Punkte, wo ich ganz offen sage: Die Position, die wir haben, die bestimmt ist und die nicht infrage steht, müssen wir nicht nur weiter nach vorne tragen. Vielmehr müssen wir an einigen Stellen nacharbeiten. Ich beziehe dies ausdrücklich auch auf Fragen, die gestern in der Geschäftsberichtsdebatte fielen, beispielsweise auf die Frage eines gemeinsamen Steuerkonzeptes, auf die Frage einer gesellschaftlichen Alternative, die wir aufbauen müssen, und auf die Frage, was diese gesellschaftlichen Veränderungen für die Gewerkschaften, für die gewerkschaftliche Wirklichkeit und für die gewerkschaftlichen Strategien bedeuten. Es reicht bis zur Frage: Was ist denn aus dem Lot geraten?

Mit Bildern ist es immer schwierig. Aber der letzte Diskussionsbeitrag hat – so glaube ich – mit dem Hinweis auf die Suppenküchen Folgendes deutlich gemacht: Als viele von uns anfangen, gewerkschaftlich zu arbeiten, hatten wir einen klaren Bezug, an wen sie ihre Forderungen richteten. Wir wussten auch, wie man das macht. Wir hatten ein klares Verständnis von dem, was ein Sozialstaat ist und was ein Sozialstaat leistet. Ich gehöre noch einer Generation von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern an, die stolz darauf waren, dass sie sagen konnten: Wir haben mit Deutschland einen Sozialstaat, in dem man Suppenküchen nicht braucht.

Heute spende ich, wie viele von Euch, auch an die Tafel. Ich tue das, weil ich weiß: Es muss die Tafeln geben. Aber gleichzeitig weiß ich auch: Es ist eigentlich eine Schande für einen Sozialstaat, dass es Tafeln gibt, Kolleginnen und Kollegen. (Starker Beifall)

Das ist das, was ich meine, dass es aus dem Lot geraten ist. Ich will daher eine Vision für die Gewerkschaften gemeinsam vertreten: dass wir in den Betrieben, in den Verwaltungen, im politischen Bereich mit Bündnispartnern dafür sorgen, dass es das gibt, was ich als neue Ordnung zu definieren habe, was ja im Prinzip die Ordnung unseres Grundgesetzes, die Ordnung eines vernünftigen Sozialstaates ist.

Einen zweiten Punkt aus der Debatte will ich noch nennen, den ich für sehr wichtig halte. Die Bedeutung der Kommunen, der kommunalen Politik und die Bedeutung für die Lebens- und Arbeitsbedingungen unserer Kolleginnen und Kollegen – egal, wo sie arbeiten und leben – ist unglaublich groß. Die Beschreibungen, die gegeben worden sind, sind doch nicht übertrieben: von der Ghattobildung, von der Privatisierung des Bildungswesens, von der Frage, wie sich heute schon Gesellschaft darüber differenziert, dass die Kinder der Spekulanten in ihre eigenen Kindergärten gehen und zum Schluss die eigenen Elitehochschulen besuchen, aber der Rest ausgesperrt wird – und Ähnliches mehr. Das alles sind Fragen, die wir vielfach in den letzten Jahren berührt haben, wenn wir zum Beispiel Bildungsgipfel und Ähnliches mehr vorbereitet haben.

Aber wir müssen doch wieder dafür sorgen – ich bleibe dabei –, dass wir diese neue Ordnung wieder herstellen. Ich habe versucht, dieses an verschiedenen Punkten darzustellen. Besonders froh bin ich, dass ich das über die Diskussionsbeiträge unserer jungen Kollegen sagen kann. Dabei hat man gemerkt: Der Funke zündet. Überhaupt: Dort ist Leben darin. Es hat richtig Spaß gemacht, diese Generaldebatte zu führen und ihr zu folgen. Sie sollte uns die Kraft geben, weiterzumachen.

Ganz zum Schluss möchte ich mich Conny Freiberg zuwenden, und zwar nicht nur, weil er der Vorsitzende der GdP ist, sondern weil er etwas verkörpert, auch teilweise durch seine klare Aussprache, aber auch mit dem Witz, den er vertritt. Ich will auch eine kleine Geschichte erzählen. Wenn Conny Freiberg sich im Bundesvorstand des DGB zu Wort meldet, hat es oftmals vorher sehr, sehr, sehr schwierige Debatten untereinander gegeben. Die Stimmung war nicht immer gut, wie das in der Familie manchmal so ist. Dann kommt eben Conny Freiberg und sagt: Übrigens müsst Ihr immer daran denken: Wir sind die Guten. – In diesem Sinne einen schönen Abend. (Heiterkeit – starker Beifall)

Claudia Wörmann-Adam, Vorsitzende des Kongresses

Lieber Michael, vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch an Euch herzlichen Dank für Eure Geduld.

Ich habe mit einem Zitat begonnen und möchte auch mit einem Zitat enden: „Im übrigen gilt ja hier derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als der, der den Schmutz macht.“ (Kurt Tucholsky)

In diesem Sinne: Lasst uns gefährlich sein und bleiben! (Beifall)

Ich wünsche Euch einen tollen Abend. Der Kongress ist unterbrochen.

(Ende des 2. Kongresstages: 18.34 Uhr)

-